

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Bierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgehaltene Kolonne
jeweils ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereine
und Versammlungen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 5. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Agrarische Klopffechtereien.

Es wird uns geschrieben:

Alle Welt war bisher darüber einig, daß die Brotverteurer
ausschließlich in dem Lager der Agrarier zu suchen sind. Es
ist ja nur natürlich, daß die Produzenten von Getreide in
Verfolgung ihrer egoistischen Interessen das Bestreben haben,
möglichst hohe Preise für ihre Produkte zu erzielen.

Wir werden nunmehr neuerdings eines anderen belehrt.
Die agrarische Presse selbst ist es, die mit einem Male das
Pferd beim Schwanz aufzäumt und uns eintredet: wir, die
Agrarier, sind die Brotverbilliger, und die Brot-
verteurer sind diejenigen, die den Terminhandel
wollen.

Man lacht umso mehr darüber, als die Agrarier im nämlichen
Moment, da sie sich als die Brotverbilliger aufspielen wollen,
erneute Forderungen auf einen erhöhten Getreidezoll aus-
sprechen. In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 24. September
präsentierten sich die Agrarier als die einzigen Brot-
verbilliger und am 28. September forderten diese Brot-
verbilliger wesentlich höhere Schutzzölle.

wir der Getreideeinfuhr nicht mehr bedürfen. Professor
v. Münker hat unseres Erachtens allerdings eine sehr achtens-
werte Leistung vollbracht, indem er nämlich der deutschen
Landwirtschaft gezeigt hat, welche Unterlassungssünden sie
unter dem Schutzollsystem in betriebstechnischer Beziehung sich
hat zu Schulden kommen lassen.

Das soll man also zu den Sprüngen und Widersprüchen
der agrarischen Presse angefaßt solcher Leistungen der
„Deutschen Tageszeitung“ sagen? Sollte ihr schon um die
Erfolge einer zollfreundlichen Sammlungspolitik bange sein?

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 4. Oktober.

Eine Lektion.

Einer der beiden wegen der Kanalangelegenheit gemah-
regelten Regierungspräsidenten, v. Colmar, hat in einem
offenen Briefe an seine Wähler erklärt, es falle ihm nicht ein,
sein Mandat niederzulegen.

Ich habe allerdings in voller Uebereinstimmung mit den
Interessen und Wünschen meines Wahlkreises — meinem Eide
gemäß nach meiner freien Ueberzeugung ohne
Kauftrüge und Instruktionen, wie es die allseitig be-
schworene Verfassung ausdrücklich vorschreibt, abgestimmt.

Daß ich an sich eine, nach allgemeiner Auffassung, unserer
Partei und mir gewordene Kränkung tiefschmerzlich empfinde,
bedarf keiner Ausführung. Ich scheide schweren Herzens aus der
fast vierzigjährigen Beamtenhätigkeit, in welcher bislang mir nur
Freude, Anerkennung und Dank zu teil geworden war.

gegen die Regierung vorgegangen ist. Mit grimmiger Ironie
hält er der Regierung vor, daß die Maßregelung verfassungs-
widrig ist. Und niemand wird behaupten, daß Herr v. Colmar
mit seinen Darlegungen unrecht hat.

Das neue Ministerium.

— Wien, 3. Oktober.

Heute endlich hat die zehntägige Ministerkrise ihr Ende
erreicht. Die sogenannte Regierung Clary hat ihr Amt an-
getreten. Provisorischer kann eine Regierung schon nicht sein;
erstens sind drei und zwar so ziemlich die wichtigsten Porte-
feuille nicht besetzt worden. — Die Ressorts des Unterrichts,
des Handels und der Finanzen erhielten keine Minister,
sondern nur Leiter — und zweitens hat das neue Kabinett
keinen Ministerpräsidenten, denn Graf Clary ist bloß mit
dem Vortritt im Ministerrate und das nur provisorisch betraut
worden.

Die neuen Männer sind ein buntes Gemisch von tüchtigen
Beamten und absoluten Nullen. Aus dem Kabinett Thun
stammen zwei Minister: der Eisenbahnminister Wittel,
ein einsichtsvoller und kenntnisreicher Mensch, der bei Hof
persona gratissima ist, und der Landesverteidigungsminister
Welfersheimb, der bereits zwanzig Jahre Minister
ist und jetzt das siebente Kabinett mitmacht.

Kriegsbeginn?

In London geht das Gerücht, daß die britische Agentur
in Pretoria Befehl zur Einziehung der Flagge
erhalten und daß die Feindseligkeiten bereits
begonnen haben. Und das „Reuter-Bureau“ meldet
aus Bloemfontain: die englischen Truppen haben bei
Kimberley die Grenze des Oranje-Freistaates über-
schritten.

Ist diese Meldung richtig, dann ist der Krieg da; dann
werden bald die Schnellfeuergeschütze donnern und die klei-
nkalibrigen Gewehre Menschenleiber zerreißen zum Zeugnis
menschlicher Gerechtigkeit und Kulturhöhe an der Schwelle eines
neuen Jahrhunderts.

Nach anderen Meldungen ist allerdings der letzte Schritt
zum Kriegsbeginn noch nicht getan worden und es wird er-
wartet, daß die Regierung von Transvaal eine nochmalige
Antwort auf die letzte englische Note geben wird; Londoner
Blätter wollen wissen, daß Transvaal die Landung weiterer
englischer Truppen als Kriegsfall erklären will.

Ueber die Truppenbewegungen der beiden Gegner
liegen folgende Meldungen vor:

Der „Standard“ meldet aus Kewenille vom 2. d. Mts.: Die
Vorwärts-Bewegung der Streitkräfte der Boeren, welche die Grenze
von Natal bedrohte, ist plötzlich ins Stocken geraten. Die Weh-
zahl der Buren, welche sich auf den Höhen nordöstlich und östlich
angesammelt hatten, ist nach ihrem ursprünglichen Stützpunkt bei
Sandpruit zurückgegangen. Der Korrespondent des „Standard“
hebt hervor, eine zahlreiche Streitmacht könne sich unmöglich
in jenem Gebiet längere Zeit halten, da nur wenig Fourage vor-
handen sei.

Feldzugsplan der Boeren ersehen. Die Hauptkräfte der Boeren werden den schmalen Streifen von Natal umringeln, der zwischen Transvaal und dem Orange-Freistaat liegt. Die Kommandos von Transvaal werden Laingsnek, Charlesston und Dundee bedrohen, während im Orange-Freistaat das Kommando von Hartismuth vom Vaalreynans-Pass aus operieren und Ladysmith bedrohen wird.

Dr. Jameson befindet sich augenblicklich im Matabeleland, wo er die Eingeborenen anwirbt, um das Rhodesia-Gebiet gegen den Einfall der Boeren zu verteidigen.

Deutsches Reich.

Scharfmacher-Jen.

Die wichtige Rede, die Brentano auf dem national-socialen Delegiertentag gegen die Justizhausvorlage gehalten, hat die im Dienste der Großindustrie stehenden Blätter zu wilden Flügen hingerissen. Die „Post“ äußert u. a.:

„Dieser Mißbrauch der Wissenschaft zum Zwecke einer politischen Stimmungsmacherie, die am letzten Ende niemand zu gute kommt, als der Socialdemokratie, und die so dringend erforderliche Sammlung aller staatsverhaltenden Parteien gegenüber den Mächten des Unsturzes Unklarheit zu machen droht, ist von uns schon oft genug und mit berechtigter Schärfe gekennzeichnet worden.“

Das weitere belammt das Stimmische Blatt wieder einmal, daß die Justizhausvorlage ein Ausnahmefall gegen die Socialdemokratie sein soll:

„Charakteristisch für seine Auffassung ist es schon, daß er Socialdemokratie und Arbeiterchaft fortwährend in einen Topf wirft und dementsprechend ein Gesetz, das sich gegen die terroristischen Ausschreitungen der Unsturzpartei richtet, ohne weiteres — gegen die Arbeiterchaft gerichtet erklärt. Durch von solcher — scheinbar unparteiischer — Stelle geäußerte Anschauungen müssen ja die Arbeiterkräfte schon gemacht und mit Mißtrauen gegen die Absichten der Regierung erfüllt werden.“

Offiziell wird so sehr gelegnet, daß es sich um ein neues Socialistengesetz handelt, das ja sogar zur Empfehlung des Entwurfes hervorgehoben wird, wie auch die Arbeitgeber gleichermäßen getroffen sein sollen. Die „Post“ ist offenerherzig oder einseitig genug, um diese Fiktion zu zerstören.

Nach kräftiger Lektüre der Kruppische Zeitung die „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus. Sie reden von demagogischer Verheugung:

„Wenn diese Wissenschaft auf eine geradezu demagogische, verheugende Art in den Dienst des Tagespolitik gestellt werden soll, dann ist der allerhöchste Protest und Widerstand geboten. Auf jenem gefährlichen Wege ist seit unserer neueren praktischen Socialpolitik allmählich weiter und weiter fortgeschritten worden; jetzt aber kommen wir allmählich an eine Grenze, wo im Interesse der Staatsverwaltung einmal ein energisches Halt geboten werden muß, mag noch soviel Gefahr wegen Bedrohung der Freiheit der Wissenschaft und dergleichen erhoben werden.“

Die moderne Inquisition in reinster Form! Man benutzt zwar nicht die Scheiterhaufen, versucht aber, die Männer der freien Forschung in den Höfen einzuschmelzen.

Das Annoncenblatt schreibt:

„Wir meinen, daß diese Proben genügen, um zu zeigen, welche auf Verheugung hinauskomme Zerschlagung auch von solchen Männern betrieben wird, die berufen sein sollten, von hoher Parte aufklärend und ausgleichend zu wirken. Das Spiel beginnt von neuem, das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen nicht löslich zu erklären, sondern demagogisch zu verklären und totzuschlagen. Man darf sich auf verheugte Kämpfe gefaßt machen, die durch den vergifteten Geist, welcher ihnen, wenn auch mehr oder weniger unwillkürlich und unbewußt, von den besten nationalen Stützen berufenen Männern eingehaucht wird, allerdings zu Gunsten der unfruchtlichen Socialdemokratie an den Fundamenten des Staates rütteln werden.“

Zum Vollständigen wird wohl Herr Brentano nicht Gelegenheit haben, sich auszuwachen. Vielleicht wäre es ohnedies an der Zeit, daß er selber und seine socialpolitisch auftretenden Kollegen wie auch andere Ziele ernstlich erwägen, ob ein solches Auftreten den hohen Amte von Hegler der deutschen Wissenschaft und des nationalen Geistes entspricht.“

Die journalistischen Individue-Inquisitionen verlangen also schamlos die gewalttätige Unterdrückung der Wissenschaft. Ein Minister darf zwar ungestraft gegen die Gesamtregierung intrigieren, ein Professor aber soll gehalten sein, statt seine Heberzeugung auszusprechen, dem Profiteur der Großindustrie zu dienen.

Ueber den Friedensschluß zwischen Miquel und den Konserverativen schreibt die „Germania“ weiter:

„Wir haben bereits mitgeteilt, daß die „Friedenskonferenz“ in den Redaktionsräumen der „Kreuz-Zeitung“ am Mittwochabend stattgefunden hat. Die beiden Delegierten zur Friedenskonferenz, von denen einer dem Herrn v. Miquel näher steht, hatten zu ihrem Bedauern den Herausgeber der „Kreuz-Zeitung“, Herrn Abg. Prof. Dr. Kropatschek, nicht anwesend getroffen. Aber da die Sache drängte, hielten sie mit einem anderen Herrn von der „Kreuz-Zeitung“ eine längere Konferenz ab, deren Niederschlag in der kurzen Mitteilungs-Notiz in der Morgenummer der „Kreuz-Zeitung“ vom Donnerstag zu erkennen war. Nachdem die „Friedenskonferenz“ in den Redaktionsräumen der „Kreuz-Ztg.“ beendet war, wurde auch die „Deutsche Tageszeitung“ „authentisch“ verständigt. So daß auch diese noch am Mittwochabend den Mitteilungsnotiz antworten konnte, was freilich in minder geistiger Weise geschah, als in der „Kreuz-Ztg.“. Dafür aber hat die „Dt. Tagesztg.“ des Verdienst in Anspruch zu nehmen, die Öffentlichkeit in recht ausführlicher Weise auf den politischen Schemenwechsel durch den eigenen Rückgang aufmerksam gemacht zu haben, der sich bei ihr innerhalb 24 Stunden vollzogen hat.“

„Selbstüberhebung der „revolutionären“ Socialdemokratie“ nennt das Stimmische Blatt es, daß wir in unserer gestrigen Leitartikel der Justizdiplomatie den Spiegel vorgehalten haben. Die Höhe der geistigen und moralischen Herabsetzung, welche das maimig-lache Mißgeschick der jüngsten Zeit in dem Redaktionsbüro des Stimmischen-Organes herabgebracht hat, befindet sich darin, daß die einzige Antwort auf unsere Auslassungen in den zerschnittenen Argumenten besteht: 1. daß wir am Frontreich verfaßt sind, 2. daß wir vor den Schindelmeter-Gewehren der Soldaten Angst haben und den Staat folglich doch nicht für morisch und schwach halten können; und 3. daß wir „mehr für die behagliche Situation des gegenwärtigen als die unsichere unserer zukünftigen Staates schwärmen.“

Unter der „bebaglichen Situation des gegenwärtigen Staates“ versteht der Leitartikel der „Post“, der mit der deutschen Sprache auf sehr gekünsteltem Fuße lebt, die behagliche (von Arbeitergroßen, die Herrn Stamm entgangen sind, gegründete Situation) der „gemäßigten Agitatoren“ in dem gegenwärtigen Staat.

Ob diese journalistische Leistung auch mit 25 Mark honorierter worden ist, wie die famosen Leitartikel des industriellen Herrn v. Jodlitz? —

Kapitalistische Gesetzwirrer.

Das Landgericht in Eisen ist jetzt mit einem Prozesse beschäftigt, der aufs neue die Berechtigung der Forderung zeigt, daß Arbeiter zur Grundkontrolle herangezogen werden sollen.

In den Jahren 1897 und 1898 sind auf Seite „Anker-Freie“ seitens jugendlicher Arbeiter mehrere Heberbüchlein verfaßt worden auf direkte Anweisung verantwortlicher Beamten. Der Hauptbeschuldigte ist der Betriebsführer Hohenbach, dem durch Befehl des Revierbeamten am 18. Januar d. J. die Beamtenqualifikation aberkannt wurde. Ungefährlich ist die Gewissenslosigkeit, mit der die

angedeuteten Heberbüchlein systematisch begangen wurden. So ist z. B. schon festgestellt, daß jugendliche Arbeiter 18 Stunden hintereinander beschäftigt wurden. Nach einer solchen Arbeitszeit gönnte man ihnen dann aber nicht mal genügend Ruhezeit, bereits nach 5 1/2 Stunden mußten sie wieder ins Werk. In 14 Monaten haben 33 jugendliche Arbeiter allein 687 Heberbüchlein verfaßt. Die meisten der verfaßten Heberbüchlein saßen aber nur auf wenigen Blättern, so daß in einem Monat bis zu 8 verfaßt wurden. Auch die Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen sind fortgesetzt übertreten worden, indem 16jährige Jungen in zahlreichen Fällen Sonntag 1/4 Schicht arbeiten mußten.

Mit welcher Verachtung die gesetzlichen Bestimmungen, durch welche die schutzbedürftigen jugendlichen Arbeiter vor schrankenloser Ausbeutung bewahrt werden sollen, übertreten wurden, erhellt aus folgenden: Am 17. August d. J. ist der Grubenvorstand der Gewerkschaft „Anker-Freie“ durch eine Verfügung des Revierbeamten auf die bereits entdeckten Unregelmäßigkeiten aufmerksam gemacht worden, mit dem gleichzeitigen Hinweis auf die Haftbarkeit der Gewerkschaftsleiter. Trotzdem sind in den folgenden Monaten noch wie vor Heberbüchlein seitens jugendlicher Arbeiter verfaßt worden. Damit ist die völlige Mißachtung der Gesetze noch deutlicher erwiesen.

Im Januar dieses Jahres, nachdem sich die Veranlassung des Revierbeamten als erfolglos erwiesen hatte, ordnete die Bergbehörde eine genaue Revision der betreffenden Belege, Markenbücher, Schichtzettel, Kontraste etc. an. Die hienüt beantragten Beamten fanden, daß die Belege durch Klauen und Neueintragen gefälscht waren. Der Zweck der Fälschung war, die Konstatierung der durch jugendliche Arbeiter verfaßten Schichten unmöglich zu machen. Man war sich also der gemachten Gesetzesübertretungen, die durch neue verwickelt werden sollten, vollst. bewußt.

Die genannten Vergehen angeordnet respektive durch aktive oder passive Beihilfe gefördert zu haben, sind 14 Personen angeklagt.

Der Prozeß wurde nach dem ersten Termin vertagt. Hier zeigt sich wieder einmal, daß ein besserer Schutz der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung nötig wäre, anstatt des Schutzes der sogenannten Arbeitswilligen durch Justizhausgehe. Es wird abzuwarten sein, wie das Landgericht diesen Fall beurteilt: die Gewerbe-Ordnung schreibt Geldstrafe bis zu 2000 M. oder im Unvermögensfalle Gefängnis bis zu 6 Monaten vor. Bisher hat man jedoch niemals von nennenswerter Bestrafung in solchen Fällen gehört. Wenn irgendwo, so wäre hier eine exemplarische Strafe gerechtfertigt.

Zur Durchführung der neuen Bestimmungen des Invalidenversicherungs-Gesetzes geht eine offiziöse Notiz durch die Presse, die in einem wichtigen Punkte irreführend ist und der Nichtstellung bedarf. Es handelt sich um die Wahlen der Vertreter der Versicherer als Vertrauensleute bei den unteren Verwaltungsbehörden. Diese Einrichtung ist neu und neu ist im Gesetze auch eine Art Ausdehnung des Wahlrechts für diese Vertrauensleute.

Bisher wurden die Mitglieder der für die Versicherungsanstalten bestehenden Ausschüsse nur von den Vorständen der Zwangs-Krankenkassen, unter Anschluß der freien Hilfskassen, gewählt. Die Ausschussmitglieder wurden bisher von den Vertretern der Versicherer bei den unteren Verwaltungsbehörden gewählt; diese Vertrauensleute selber aber werden nun von den Kassenvorständen gewählt. Da man dem alten Verfahren den Ausschluß der freien Hilfskassen mit Recht zum Vorwurfe gemacht hat, so hat sich die Regierung und der Reichstag, entgegenkommend wie man bei uns für Wünsche der Arbeiter immer ist, dazu verstanden, das Wahlrecht auch auf freie Hilfskassen auszudehnen, und dies teilt die offiziöse Auslassung auch mit. Nur erwähnt sie nicht, daß diese Wahlrechts-Ausdehnung so gut wie nichts bedeutet; sie beschränkt sich nämlich nur auf solche freie Hilfskassen, die sich nicht über den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde hinaus erstrecken.

Das sind also nur ganz kleine, auf einen oder wenige Orte sich erstreckende Kassen, deren Mitgliederzahl im ganzen nicht groß ist. Die großen centralisierten Kassen, an die allein die Arbeiter denken, wenn sie die Zulassung der Hilfskassen wünschen, sind nach wie vor ausgeschlossen.

Keine Mittel! Nachdem die deutschen Vergleiche seit Jahren eine intensivere Aufsicht der Verwaltungen durch staatliche Beamten verlangt, hatte sich endlich die preussische Regierung herbeigelassen, dem Landtag in seiner letzten Session einen entsprechenden Entwurf zu unterbreiten. Der Landtag bewilligte die nötigen Mittel zur Einstellung von zunächst fünfzig Unterbeamten. Den Wünschen der Arbeiter genügt dies keineswegs; sie hätten verlangt, daß die Belegschaften die unteren Aufsichtsbearbeiter aus ihren Reihen wählen sollten; es sollten das vor allem die Vertrauensleute der Arbeiter sein. Davon wollten natürlich die Unternehmer nichts wissen, und so wurde Befehl, daß die Verwaltungen auch die Unterbeamten anzustellen habe.

Man höre nun, wie die Behörden ihre Aufgabe gelöst haben. Die „Nat.-Lib. Korrespondenz“ teilt darüber mit: Zu dem unteren Aufsichtsdienst sollten erfahrenere Steiger genommen werden, die auch durch ihre Persönlichkeit zu dem schwereren Dienste geeignet waren. Die Verwaltungen sah sich daher darauf angewiesen, auch auf die Arbeitskräfte privater Bergwerksbetriebe zurückzugreifen. Bisher ist es ihr aber nicht gelungen, fünfzig neue Kräfte einzustellen. In vielen Fällen zogen neu gewonnene Arbeitskräfte ihre Meldung nachher wieder zurück, offenbar weil ihnen die privaten Werke, zumal bei der vorzüglichen Konjunktur, höhere Gehaltsätze zu bieten vermochten und günstigeren Bedingungen als die Staatsregierung nach Lage des Etats einzuräumen in der Lage war. Infolge dessen sind etwa zwanzig Stellen bisher noch nicht zur Besetzung gelangt. Zumerhin wird der „National-liberalen Korrespondenz“ zufolge gehofft, daß es in der ersten Hälfte des kommenden Jahres gelingt, die noch leerstehenden Stellen zu besetzen und den in Folge des hohen gewerblichen Aufschwunges so rapide gewachsenen Anforderungen des Verganheitsdienstes entsprechen zu können.

Wie man nämlich müssen die Gehaltsangebote sein, wenn nicht einmal fünfzig Steiger aufzutreiben sind, die eine geübtere staatliche Einstellung ihrer Verunsicherbarkeit vorziehen. Es ist das in der That im höchsten Grade beschämend für den preussischen Staat, umso mehr, als dadurch den steigenden Anforderungen des Verganheitsdienstes nicht entsprochen werden kann. Am so bedauerlicher ist es, als wir im Deutschen Reich sowohl, als auch im preussischen Staat gewohnt sind, für andere Dinge merklich viel Geld übrig zu haben. Und es mag uns so lauter gegen diese Knickigkeit protestiert werden, als es sich hier um die größte Sicherstellung der Gesundheit und des Lebens Tausender handelt.

Reimmar, 4. Oktober. In einer Ministerkonferenz wurde unter Vorsitz des Großherzogs beschlossen, die Bekämpfung der socialdemokratischen Agitation im Großherzogtum aufzunehmen. Die Einbringung eines neuen Vereinsgesetzes nach preussischem Muster im Landtag wird beschleunigt. Eine Verschärfung der vereinsrechtlichen Verhältnisse im Großherzogtum Sachsen-Weimar für die Arbeiterklasse ist nicht möglich. Schon jetzt regnet es Verbote über Verbote. Die Socialdemokratie gedeiht aber vortrefflich.

Centrumblätter in Bayern sagen sich in Uebereinstimmung mit den bayerischen Centrumsführern von der Wiederkehr Taktik los, die auf ein Bündnis mit dem kulturkampflichen, erzbischoflichen Nationalliberalismus lossteuert. Auch in Bayern hält es das Centrum unter den jetzigen Umständen für richtiger, den Nationalliberalen Abbruch zu thun, als ihnen durch einseitige Stellungsnahme gegen den „Unsturz“, wie es Herr Lieber wünschte, Dienste zu leisten.

München, 8. Oktober. (Fig. Ber.) Die bairische Abgeordneten-kammer beschäftigte sich in der heutigen Sitzung zunächst mit den Bahnen der ständigen Ausschüsse, die, einem Uebereinkommen der Parteien gemäß, per Acclamation vollzogen wurden; unsere Fraktion ist, mit Ausnahme der Geschäftsordnungs-Kommission, in allen Ausschüssen vertreten. Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete die Interpellation der Centrum's-Abgeordneten, zur unbilliglichen Hinderung der Rot der durch die Hochwasser-Katastrophe geschädigten Bewohner unverzinsliche oder gering verzinsliche Darlehen aus Staatsmitteln zu bewilligen. Dr. Daller (C.) begründete den Antrag mit einem Hinweis auf die großen Verluste an Eigentum, wodurch der Kredit vieler Unternehmer untergraben und zahlreiche Arbeiter brotlos geworden seien. Minister v. Feilich beantwortete die Interpellation sofort. Er besprach die von der Regierung getroffenen Hilfsmittel, beschränkte den Antrag Dr. Daller zur Annahme und empfahl 3 Millionen Mark für diesen Zweck zu bewilligen. Der Schaden lasse sich zur Zeit noch nicht feststellen; für Niederbayern, das weniger als Oberbayern gelitten, werde der Verlust an Eigentum schätzungsweise auf 2 Millionen Mark veranschlagt. Nach Verlauf von vier Wochen werden die Berichte der Regierungskommission vorliegen und ein entsprechender Gesetzentwurf ausgearbeitet werden. Das Haus bewilligte einstimmig die 3 Millionen Mark. Von unserer Seite sprach Genosse v. Soltmar, der sich besonders gegen die Ausführung des Ministers wandte, daß bei solchen Katastrophen in erster Linie die Privatwohlthätigkeit Hilfe bringen müßte. Mittwoch erfolgt die Beratung des zweiten Antrages der Centrum's-Partei, Mittel und Wege zur Hinaufhaltung der arbeitslosen Elementarereignisse zu suchen. Minister v. Feilich suchte die Regierung heute schon gegen die zu erwartenden Vorwürfe zu schützen; gegen berartige Elementarereignisse seien menschliche Vorkehrungen unzulänglich.

Aus der Pfalz. (Fig. Ber.) Seit ihren verschiedenen Wahlmiederlagen machen die Nationalliberalen die kampfhaftesten Bemühungen, wieder an die Spitze zu kommen. Um ihre Organisation besser ausbauen zu können, haben sich die Ludwigshafener Nationalliberalen einen eigenen Parteisekretär beigelegt, dem sie pro Jahr 4000 M. bezahlen. Nach dem Kölner Vorbilde richten sie ihre Hauptaufmerksamkeit auf die Gewinnung der Jugend. Zu Ludwigshafen haben sie Jugendvereine gegründet, in der Hauptsache die Jugend bis zum Erwachsenenalter vertreten ist. Bei diesen Gründungen haben die Herren von „Bildung und Recht“ auch nicht vor offenem Terrorismus zurück. So namentlich in Ludwigshafen, wo an einer Einladung, die vom nationalliberalen Parteisekretär Hiedel zwecks Gründung eines Jugendvereins ausging, die vielzählige Gewerkschaft angelockt war:

„Der Einfachheit halber soll unentschuldigtes Nicht-Erscheinen eines Herrn zu der Annahme berechtigen, daß er nicht gewillt ist, dem Verein beizutreten.“

Das dürfte deutlich genug sein. Heftlich geht die Parteilichkeit bei Gewinnung von Mitgliedern für den ins Leben zu rufenden nationalliberalen Verein in dieser Stadt vor. Die Anmeldung freiwilliger Mitglieder schreitet äußerst langsam vorwärts. Nur ein rascheres Tempo hinein zu bringen, hat die Parteilichkeit sich an verschiedene Fabrikanten gewandt, um diese zu veranlassen, Arbeiter und Arbeiterführer auf den Rang von Mitgliedern auszuscheiden. Die bekannte Badische Anilin- und Sodafabrik willigte auch ein und seitdem gehen deren Kasse von Haus zu Haus, um Mitglieder zu bekommen. Da die Fabrik über 5000 Arbeiter beschäftigt, dürfte der Verein bald eine stattliche Mitgliederzahl aufzuweisen haben.

Dieses Vorgehen sieht zwar dem Terrorismus so ähnlich wie ein Ei dem andern, hat aber dafür den Vorzug echt nationalliberal zu sein.

Der prägelnde Polizeikommissar. Daß unsere deutschen Gerichte Heberbüchlein manchmal auch recht milde beurteilen, wenn es sich bei der Täterschaft nicht um freilebende Arbeiter handelt, das geht aus einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Mey hervor, in der sich der Polizeikommissar Haesen aus Dienze wegen Mißhandlung und Verleumdung zu verantworten hatte. Haesen hatte erfahren, daß ein Bürger von Dienze, der Bürgermeister Mantoux, in einer Briefschaft erzählt habe, er (der Polizeikommissar) sei ihm böse, weil ihn von Mantoux ein Darlehen, um das er ihn ersucht habe, abgelehnt worden sei. Sofort begab sich Haesen auf das Bürgermeisteramt und ließ den Mantoux unter dem Vorwand einer amtlichen Einvernahme auf 4 Uhr nachmittags dorthin vorladen. Als der letztere dort eintraf und die Frage nach der obigen Äußerung über die Darlehensverweigerung der Wahrheit gemäß mit „Ja“ beantwortete, zog Haesen unter seinem Rock eine Hundepetische hervor und hieb mit derselben dem Mann auf Mantoux ein, daß diesem das Blut vom Gesichte rann. Damit behauptete er den Fleischermeister in der größten Weise und stellte seine Heberbüchlein erst ein, nachdem er vom Bürgermeister, der der ganzen Scene beigewohnt hatte, zur Besinnung gebracht worden war. Hieran wandte er sich nochmals an Mantoux mit den Worten: „Du laust froh sein, daß ich meinen Säbel nicht bei mir hatte, ich hätte dir sonst den Kopf durchbohrt!“ Bald nach dem Vorfall reichte der Herr Kommissar zu allem andern noch eine Anzeige gegen M. bei der Staatsanwaltschaft ein, that überhaupt, als ob er sich in vollem Rechte befände. Später aber, als ihm die Tragweite seiner brutalen Handlungsweise zum Bewußtsein kam, begab er sich in die psychiatrische Klinik nach Straßburg, um die ganze Affaire auf eine im Zustande krankhafter Erregung ausgeführte That hinauszuspülen, bei der die freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Die gerichtlichen Sachverständigen durchforschten jedoch diese Klänge, indem sie erklärten, daß von geistiger Unzureichungsfähigkeit Haesen im Augenblick der That keine Rede sein könne. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten nebst 50 M. Geldstrafe wegen Verleumdung; das Urteil des Gerichtshofes lautete jedoch nur auf eine Gesamt-Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wie nervös die österreichische Regierung geworden ist, zeigt die durch die Staatsanwaltschaft in Kuffing erfolgte Verhaftung des vor kurzem im Besitze von Joh. Cassenbach, Berlin, erschienenen Buches: Die Macht der Finsternis, Streiflichter aus der christlichen Kirche von Franz Siedel. Die Regierung scheint dieses Buch, das allerdings wenig Schmeicheles für die katholische Kirchenherrschaft enthält, mit der „Los von Rom“-Bewegung in Verbindung zu bringen. Während der Verbreitung in Wien bisher kein Hindernis in den Weg gelegt wurde, wurde die erste Sendung, die nach Deutschböhmen ging, beschlagnahmt.

Schweiz.

Bern, 8. Oktober. (Fig. Ber.) Die Schwenkung über der „Anfall“ der bundesrätlichen Mehrheit in Sachen des Tabakmonopols hat nicht bloß bei den Socialdemokraten und den ihnen nahestehenden Demokraten scharfe Kritik erlitten, sondern auch bei weit hinein in die Reihen der herrschenden radikalen Partei Wohlwille erregt. Ein Blatt dieser Richtung meint, man könne offenbar auf den Bundesrat so lange eingerebet, bis er, d. h. seine Mehrheit, aus lauter Angst, durch seine abweichende Haltung die Verfassungsgesetze zu gefährden, sich beeinflussen und bewegen ließe, rechtlich Recht zu machen. Dieses schwaedische Vorgehen werde der Doppelinitiative und damit der Socialdemokratie zu gute

kommen. Die radikalen „Völkler Nachrichten“ verhöhnten die ganze Sparpolitik der kompakten Majorität ihrer Partei, die im Kleinen groß sei und den Kredit für Förderung der schwächeren Klassen von 100 000 auf 50 000 Fr., denjenigen für die Erhaltung schweizerischer Kunstdenkmäler von 50 000 auf 20 000 Fr. reduziert habe, um so zum Schaden idealer Güter kleinliche Sparmassen zu machen, die gegenüber einem Erfordernis von 7 bis 8 Millionen für die Subventionierung der Versicherung verschwindend sind. Es sind demnach auch trotz alledem die Radikalen samt ihren Genossen von der bundesrätlichen Mehrheit seit davon überzeugt, daß die Einführung des Tabakmonopols schließlich doch zur Notwendigkeit werden wird. Dieser Umstand muß allerdings in der Annahme bestärken, daß die so plötzlich und energisch inaugurierte Sparpolitik wie die Ablehnung des Tabakmonopols und die endliche Durchdringung der Versicherungsvorlage parteipolitischen Motiven entspringen, die in den bevorstehenden Erneuerungswahlen zum Nationalrat ihre Erklärung finden.

Wenn diese Woche die Session der Bundesversammlung zu Ende geht, so wird nächste Woche auf der ganzen Linie die Wahlbewegung beginnen, und da wird es sich sofort zeigen, daß die Radikalen ihre neue Politik agitatorisch fruchtbarisieren und auch das ganze Versicherungswesen zu ihrer Parteinahme machen werden, um so recht glänzende Wahlergebnisse zu machen. Auf die Wahlen hin treffen auch die Sozialdemokraten ihre Vorbereitungen. Im Nationalrat Solothurn wird Genosse Färholz als Nationalratskandidat gegen den radikalen Agrarier Gisi aufgestellt, im Vierter Wahlkreis Genosse Reimann gegen den radikalen Oberst Bill. In Bern wird wahrscheinlich der Streber Sompel von der radikalen Partei fallen gelassen werden, da ihn die Sozialdemokraten selbstverständlich nicht unterstützen.

Belgien.

Mosk, 4. Oktober. Der Führer der Christlich-Demokraten, Abbé Daens, welcher seine Kandidatur für die nächste Wahl aufgestellt hat, erhielt einen Brief des Generals Visschers, worin dieser ihn auffordert, seine Kandidatur zurückzuziehen. Daens erwiderte, er erkenne die Gewalt des Visschers in kirchlichen Sachen an, nicht aber in politischen.

National-socialer Vertretertag.

Wöttingen, den 3. Oktober.

Geheimrat Prof. Brentano-München hält seinen Vortrag über den Schutz des gewerblichen Verhältnisses. Er betont, daß er keiner Partei angehöre, aber er hätte sich der Aufforderung Waffers Raumanns und Professor Sohms nicht entziehen wollen, denn die national-socialen Partei zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht unmittelbar den Interessen einer Erwerbsgruppe dient und außerdem habe sich auch Wieders ganze Lebensarbeit her in Rede stehenden Sache gewidmet. Deutschland ist seit dreißig Jahren mit an die erste Stelle gerückt, in politischer aber auch in wirtschaftlicher Beziehung. Nun auf einmal soll die Arbeiterklasse gefährlich geworden sein, die doch mitgewirkt hat an Aufschwung der Technik und des Handels. Sie soll unter ein Ausnahmegericht gestellt werden, das ihre Emporentwicklung unmöglich macht. Noch niemals ist die deutsche Arbeiterklasse so einmütig gewesen, das Gesetz abzuweisen. Die evangelischen Arbeitervereine und die katholischen und die liberalen Arbeiter wehren sich ebenso wie die Gewerkschaften gegen das Gesetz. Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Arbeiter auch nach oben zu vertreten. Unser Arbeitsrecht leidet an einer schrecklichen Unwahrheit. Der Arbeitsvertrag wird einseitig festgesetzt. Jeder Verkäufer zieht sich vom Marke zurück, wenn seine Ware keinen Preis hat. Der Arbeiter kann seine Ware Arbeitskraft nicht zurückziehen, denn er muß von ihr leben. Darum hat sich der Arbeiter koalitiert, er zahlt Beiträge in eine Kassenkasse, damit er in gewissen Fällen Unterstützung empfängt. Nun erst kann der Arbeiter sich auch einmal im Verlauf seiner Ware Beschränkung auferlegen. Im § 152, 1 sind die früheren Verbote der Verbindung der Arbeiter durch Erlangung besserer Lohnbedingungen, namentlich durch Arbeitsstellung, aufgehoben. Doch damit ist die Koalitionsfreiheit noch nicht gewahrt. Die Gesetzgebung hat die früheren Verbote nur unvollkommen beseitigt. Es sind neue Strafbestimmungen hinzugefügt, die die Ausübung der Koalitionsfreiheit erschweren. Man kann sagen, im Prinzip haben die Arbeiter die Koalitionsfreiheit, aber wenn sie davon Gebrauch machen, werden sie bestraft. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müssen umfassend organisiert sein, wenn sie etwas erreichen wollen. Die Organisation darf nicht nur auf einen einzelnen Betrieb beschränkt sein, denn das wäre ungenügend. Die Organisation muß das ganze Reich umfassen. In einzelnen deutschen Staaten fallen die Berufsorganisationen noch unter das Verbot der Verbindung politischer Vereine. Der Reichskanzler hat feierlich die Aufhebung dieses Verbots versprochen, aber sein Versprechen nicht eingelöst. Was § 2 des § 152 bestimmt, daß der Nachtritt von Vereinigungen obiger Art frei steht ohne Klage. Dies ist eine Anomalie, denn der rechtliche Schutz für den Zusammenhalt einer Organisation fehlt auf diese Weise. Die Organisationen können nur moralischen Druck ausüben, aber auch diesen läßt das Gesetz nicht zu. Ueberall wird jeder für einen Schutz erklärt, der ein Versprechen nicht hält. So gilt es auch für unehrenhaft, wenn er zum Streikbrecher wird. Dies erkennen auch die Gerichte an und halten den Andruß Streikbrecher für keine Verleumdung. Und doch kann jemand bestraft werden, der einen anderen so behandelt, wie er es verdient. Als jemand sagte: „Es ist nicht klug von Dir, anderen Arbeitern in den Rücken zu fallen.“ wurde er zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. (Hört, hört!) Verurteilungen sind sonst allgemein. Auch Herr v. Stumm hat den Abg. Richter im Reichstag öffentlich in Verurteilung erklärt. Arbeiter dürfen aber keine Verurteilungen anwenden: Ein Arbeiter in Breslau wurde wegen der einfachen Mitteilung, daß auf diesen Werten nur Streikbrecher arbeiteten, zu Gefängnis verurteilt! (Hört, hört!) Das Strafgesetz kennt keine Strafe für eine Drohung in einer Sache, die erlaubt ist. Ein Arbeiter aber kann bestraft werden, wenn er zu einem Arbeitswilligen sagt: Ich spiele nicht mehr mit Dir! Elal! oder: Meine Tochter soll mit Dir nicht mehr tanzen! Fälle von 4 Wochen Gefängnis liegen vor. (Hört, hört!) Die Innungen sollen Standesrechte und Standesehre wahren und pflegen; sie können Mitglieder zwingen zum Eintritt. Das stichtliche Urteil wird also durch staatliche Maßnahmen gestützt. Bei Arbeitern soll das nicht gelten. Wirkliche Verbrechen, die zur Wahrung berechtigter Interessen begangen werden, gelten als Milderung. Bei den Arbeitsverhältnissen ist das nicht gültig. Arbeiter werden in solchen Fällen härter bestraft. Man soll selbst das noch nicht genug sein. § 4 Absatz 3 der Justiznovellensatzung ist die einzige, allerdings selbstverständliche Verbesserung. Alle übrigen Paragraphen erhöhen die Strafen. Sogar das Streikpostenfischen wird streng bestraft. Bei einem Streik will der Arbeiter seine Ware besser verkaufen. Beide Teile wollen beim Streik dem andern Erfolg abschneiden. Arbeitgeber haben dies leicht. Sie können einander, sie halten Nachfrage, sie haben schwarze Listen, sie ziehen Ausländer herbei. Bei den Arbeitern hängt der Erfolg von der Mitte der Organisation ab. In England ist ein Postenfischen mehr nötig, denn die Organisation ist überall verbreitet. In Deutschland, wo die Organisation schwach ist, muß Postenfischen erlaubt sein und die Presse muß warnen dürfen. Postenfischen heißt lediglich vom Tatbestand unterrichten. Das ist nichts Unrechthäßiges. Im englischen Gesetz 1875 wird das Postenfischen von allen Strafen befreit. In Deutschland werden Arbeiter wegen Verleumdung bestraft, die sich vor Wahlhöfen auf Wände leihen. (Hört, hört!) Die einfache Befanmachung in der Presse „Vor Sitzung wird gewarnt“ wird bei uns bestraft. (Hört!) In der Vorlage wird ausdrücklich als grober Unfug das Streikpostenfischen bis zu einem Jahre bestraft. Arbeitgeber dagegen können strafflos schwarze Listen verbreiten. (Hört!) Noch

niemals gab es so schreckliche Ungerechtigkeit. (Sehr wahr.) Dies alles im Interesse der Arbeiter. (Hört, hört!) Weiter: § 3 bedroht diejenigen, die es sich zum Geschäft machen, andere zum Streik zu verleiten, mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten. Dies sind Gewerkschaftsbeamte. (Hört!) Arbeitgeber dagegen haben hoch bezahlte Agenten. Gewerkschaftsbeamte könnten künftig nur noch gefährliche Individuen sein, die aus dem Gefängnis nicht viel herauskommen. (Sehr richtig.) Den Arbeitern wird auf diese Weise die Ausübung des Koalitionsrechtes vollständig unmöglich gemacht. Jeder Zustand kann das Eigentum irgendwie gefährden. Graf Fojadovsky hat von Gefahr der Rechtsgründer beim Streik gesprochen. Kurz, wenn man Arbeiter bestraft, weil sie sich weigern, zu gewissen Bedingungen zu arbeiten, so haben wir wieder die alte, gewisse Sklaverei. (Bewegung.) Sollte das Gesetz durchkommen, so ist das die größte Revolution von oben. Doch nicht nur fort mit dem Gesetz, sondern Reform des bestehenden Rechts, das ungerecht ist. Der Streik ist gewiß nicht gut. Man muß ihn zu vermeiden suchen. Jedes Gesetz muß den Tatsachen entsprechen. Welches sind die? Das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Gleichberechtigung beim Arbeitsvertrag besteht. Dies ist in den kaiserlichen Februar-Erlässen feierlich anerkannt. Die Arbeitsbedingungen sind für die Arbeiter nicht mehr individuell, sondern gemeinsam. Die Arbeitgeber behandeln sie auch als Gemeinschaft. Die gemeinsamen Interessen müssen als Gemeinschaft mit den Arbeitgebern verhandelt. (Sehr richtig.) Mit einer Gemeinschaft kann man aber nur verhandeln durch Vertreter. Diese Vertreter müssen die Garantie für die Gemeinschaft übernehmen. Zwar besteht die Möglichkeit, daß die Streiks größer werden, über allgemeinere Gebiete sich erstrecken. Aber nur unorganisierte Arbeitermassen neigen zu regellosen Streiks. Das Schieds- und Einigungsverfahren dient zur Beseitigung der Streitigkeiten. Die Gewerbegerichte können das nicht leisten, diese brauchen nur unparteiisch zu richten. Dagegen zur Beseitigung des Streiks muß man Kenntnis des Marktes haben. In den Gewerbegerichten sind Männer aus verschiedenen Branchen. Diese haben natürlich keinen Überblick über jede Branche. Die gewünschten Einigungscommissionen müssen aus Arbeitern und Arbeitgebern der betreffenden Branche zusammengesetzt sein und kollektiv die Bedingungen vereinbaren. Diese können den Streik vermeiden. Dazu muß aber auch das Verbindungsverbot der Vereine aufgehoben werden. Folgende Resolutionen schlägt Referent vor:

1. Es ist dringend nötig, daß jene Gesetze, wonach in einzelnen deutschen Staaten Berufsorganisationen der Arbeiter als politische Vereine behandelt werden und ihnen die Verbindung unter einander untersagt ist, aufgehoben werden.
2. Ein neues Gesetz über Einigungsverfahren ist nötig, wonach das Einigungsamt aus Vertretern beider Parteien der unmittelbar am Streite beteiligten Gewerbe zu bestehen hat; auch soll das neue Gesetz den Behörden die Befugnis geben ein Einigungsverfahren einzuleiten.
3. Der § 152, 2 der Gewerbe-Ordnung ist zu beseitigen, dagegen soll der § 105 der Gewerbe-Ordnung lauten: „Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist vorbehaltlich der durch die Reichsgesetze begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Uebereinkunft. Eine solche kann nicht bloß von einem Gewerbetreibenden und einzelnen Arbeiter, sondern auch von Korporationen, von Gewerbetreibenden und von Korporationen von Arbeitern mit Wirkung für ihre Mitglieder rechtsverbindlich abgeschlossen werden. Wo immer eine Korporation von Arbeitgebern oder Arbeitern die Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder vereinbart, haften das Korporationsvermögen für die Erfüllung dieser Arbeitsbedingungen seitens ihrer Mitglieder.“
4. An Stelle des bisherigen § 153 der Gewerbe-Ordnung ist zu bestimmen, daß alle Vergehen und Verbrechen begangen von Arbeitgebern oder Arbeitern, um sie zur Teilnahme an Verbindungen oder Verbindungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken, zu bestimmen oder von der Teilnahme an solchen Vereinigungen oder Verbindungen abzuhalten nach Maßgabe der Bestimmungen des deutschen St.-G.-B. bestraft werden sollen.

Wir erheben Appell an das deutsche Volkstum, das nicht seine Aufgabe die unteren Volksschichten zu schützen vergessen möge, wie leider die Hohenstaufen sie veräußert und damit den Niedergang Deutschlands im 13. Jahrhundert im Gegensatz zu England und Frankreich verschuldet haben, schlägt der Referent. (Dankender, lang anhaltender Beifall, viele erheben sich von den Plätzen.)

Das Korreferat hält Schriftführer Nubmann aus Hamburg. Er betont namentlich die wohlthätige Wirkung der Gewerkschaften und befaßt sich darüber u. a. auf die amtlichen Aussagen der Fabrik-Inspektoren. Die national-socialen Arbeit sei vergeblich, wenn die Justiznovellensatzung durchkäme. Denn die Partei hätte gesagt zu den Arbeitern, habt Vertrauen zum heutigen Staate. Dies Vertrauen wurde aber durch die Vorlage vernichtet, sie macht den Staat zum Klassenstaat. Auch Korreferent erhält brauenden Beifall.

In der Diskussion verlangt V. Gerlach die Aufhebung aller die Frauen an der Organisation hindernden Bestimmungen. Im übrigen betonte er, daß dieselben Vergehen bei Arbeitern ganz anders beurteilt werden als bei den bestehenden Klassen. Drückprügeln des Nachtwächlers, Fenster einschlagen usw. gelte bei Arbeitern als Unfug, bei Studenten als Mord.

Geheimrat Sohms betrachtet den Antrag Gerlach als schon enthalten in den Brentanoschen Resolutionen. Es sei zwar befehlend, wenn das Gesetz sage, es verteidige die Freiheit des Arbeitswilligen, aber es nützt dem einzelnen die Freiheit nichts. Die individuelle Freiheit hat nur Wert durch die Organisation, denn der Arbeitsvertrag muß gemeinsam geschlossen werden. Der einzelne hat keine Macht, den Arbeitsvertrag durchzusetzen, und er hat kein Geld für sich. Die gemeinsame Organisation allein besitzt die Macht dazu und das Geld. Das Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen will nicht nur persönlichen Schutz wie für jeden anderen Staatsbürger, sondern es will über betriebenen Schutz; dies ist falsch. Dies neue Recht kann nicht gemacht werden. Das Recht muß wachsen aus dem Volkstoben heraus; dies Erkenntnis ist seit Savigny. Die Arbeiter aber wollten das neue Recht nicht. Die gesamte Arbeiterklasse hat sich zu den Sozialdemokraten gestellt, dies der Erfolg. An ihren Früchten soll ihr sie erkennen. (Sehr richtig.) Im 13. Jahrhundert war das Bürgerrecht die Limitierungspartei. Die Hohenstaufen verachteten, es zu unterdrücken. Es gelang nicht, aber das Volkstum ging daran zu Grunde. Die Justiznovellensatzung wird darum, selbst angenommen, wie ein Schatten vergehen, aber für den Staat würde es ein Verhängnis werden, wenn sie vorübergehend Gesetz würde. (Anhaltender Beifall.)

Nachdem noch einige Reden im gleichen Sinne gesprochen, wurde die Brentanosche Resolution einstimmig angenommen. Nach der Mittagspause spricht Damaschke-Berlin über das Kommunalprogramm und fordert besonders die Richtveränderung des im Gemeindebesitz befindlichen Grund und Bodens sowie schärfere Besteuerung bei Bodenverkäufen etc. (Schluß des zweiten Verhandlungstages.)

Partei-Nachrichten.

Quid pro quo. In der gestrigen Nummer sollte die Aufforderung an die Parteitage-Delegierten, sich beim Wohnungs-Ausschuss in Hannover zu melden, nochmals wiederholt werden mit dem Bemerkung, daß Anmeldungen, die nach dem 6. Oktober eingingen, nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Statt dessen ist infolge eines Verzeichnisses die Mitteilung über die Druckkosten mit jener Bemerkung zusammen nochmals veröffentlicht worden. Man wolle dies entschuldigen.

Partei-Organisation. Eine Parteiverammlung für den 16. sächsischen Reichstags-Wahlkreis beschloß die Gründung eines den ganzen Wahlkreis umfassenden Vereins. Diese Organisationsform ist in der Mehrzahl der sächsischen Wahlkreise durchgeführt.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen fortgesetzten Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde der Genosse Zielowski, verantwortlicher Redacteur der „Vollstimme“ in Frankfurt a. M., zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte in drei Nummern seines Blattes von Arbeitswilligen beim Hanner Maurerstreik berichtet und gesagt, die Streikenden würden den Arbeitswilligen schon die gebührende Antwort geben.

Wegen Vergehens gegen den gleichen Paragraphen wurde ferner der Maurer Friedrich Roth in Frankfurt a. M. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, weil er Arbeitswillige von der Arbeit abgehalten haben soll.

Zu sechs Wochen Haft wurde der Redacteur des Völkler „Vollstimme“ verurteilt, weil er St. Seban als Leiter des organisierten Massenmordes bezeichnet und dadurch groben Unfug verübt haben soll. — Wenn alle die wegen groben Unfugs durch Verleumdung des socialdemokratischen Publikums bestraft würden, die socialdemokratischen Feste und Veranstaltungen beschimpfen, da müßte man bald neue Gefängnisse bauen.

Der Arbeiter-Nachfahrerverein in Hamburg ist vom Landgericht als ein politischer Verein angesehen worden. Infolgedessen ist der Vorsitzende zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden, weil er eine Versammlung des Vereins nicht angemeldet hatte. Das Schöffengericht hatte auf Freisprechung erkannt, da es dem Verein keinen politischen Charakter zuerkennen konnte.

Der 7. internationale Geographen-Kongress.

Die letzte Sitzung des Kongresses, die am Mittwoch stattfand, wurde zunächst der Erledigung von Geschäften gewidmet.

Der nächste Kongress soll im Jahre 1903 oder 1904 stattfinden. Hierzu lagen Einladungen aus St. Petersburg, aus Budapest, aus Washington und aus Alaska im nordwestlichen Amerika vor. Es wurde hierüber noch kein endgültiger Beschluß gefaßt, sondern das Präsidium beauftragt, mit den in Betracht kommenden Behörden in Verbindung zu treten.

Weiter wurden eine ganze Reihe von Anträgen und Resolutionen erledigt. Einige derselben will ich hervorheben.

Auch diesen Kongress hat ebenso, wie die Münchener Naturforscher-Versammlung, die Frage der Zeitmessung der Zeit und des Winkels beschäftigt. Während der Aussprache, die nur in einer Abteilungsitzung stattfand, konnte ich nicht zugegen sein; aus dem an den Allgemeinen Kongress gelangten und dort angenommenen Antrag ist zu ersehen, daß man auch hier, wie in München, sich durchaus absehend gegen eine andere Einteilung der Zeit verhält; ebenso wünschte man keine andere Eintheilung als die jetzige, d. h. man will als Einheit den 300. Teil des Kreisumfangs beibehalten. Dagegen ist nach der Meinung des Kongresses kein Hindernis vorhanden, für diesen Grad die decimale Teilung in Anwendung zu bringen.

Weiter erwähne ich den Wunsch des Kongresses nach Benützung eines einheitlichen Maßsystems für alle geographischen Untersuchungen und Erörterungen; er empfiehlt das metrische Maß- und Gewichtssystem, sowie den Gebrauch der 100teiligen Temperaturkala. Letzteres ist sogar in einem besonderen Antrage noch einmal hervor gehoben.

Ferner erklärte der Kongress die Herstellung einer einheitlichen Erdkarte im Verhältnis 1:1 000 000, deren Blätter durch Meridiane und Parallelen begrenzt werden, für nützlich und wünschenswert und beauftragte sein Permanentes Bureau damit, die erforderlichen Schritte zu thun und zunächst einen Notentwurf auszuarbeiten zu lassen. Im Zusammenhang damit erklärte er auch die Begründung einer „Association Cartographique Internationale“ (internationale kartographische Gesellschaft) für zweckmäßig und beauftragte eine Kommission mit der Vorbereitung zur Gründung einer solchen.

Endlich erwähne ich noch den Beschluß, in welchem der Kongress seine Zustimmung zur Gründung einer internationalen seismologischen Gesellschaft ausspricht und gleichzeitig eine permanente Kommission für internationale Erdbenenforschung ernannte. Dieser Beschluß war in der Abteilungsitzung für Geophysik am Montagmorgen vorbereitet, wo namentlich Professor Gerland aus Straßburg warm dafür eingetreten war. Die Seismologie (Erdbenenforschung) hat sich früher nur mit den plötzlichen gewaltsamen Erschütterungen beschäftigt, welche an einzelnen Stellen der Erde zuweilen auftreten. Bei der verhältnismäßigen Seltenheit dieser großen Erdbeben war das Beobachtungsmaterial zur Erkennung ihrer Ursachen und ihres Wesens ziemlich spärlich, und eine eigentlich wissenschaftliche Seismologie gab es nicht. Man hat aber später erkannt, daß es neben diesen makro-seismischen Bewegungen der Erdkruste, den Großbeben, noch mikro-seismische Bewegungen oder Kleinbeben giebt, die außerordentlich häufig sind, ja, daß die Erdkruste eigentlich niemals in Ruhe ist, sondern beständige Schwankungen erleidet. Schon der Einfluß der Bestrahlung ruft derartige Bewegungen hervor, die sich deutlich verfolgen lassen.

Natürlich waren zur Erkennung dieser Verhältnisse ganz besonders feine Apparate nötig. Das Horizontalpendel ist dasjenige Instrument, welches die geringsten Kränkungen des Bodens, auf dem es steht, in deutlicher Weise anzeigt. Nachdem durch dieses Instrument die kleinsten Bewegungen der Erdkruste erkannt sind, sind der Wissenschaft natürlich wieder neue Aufgaben erwachsen. Zunächst müssen auch die Großbeben nach ihrer Art, Größe und Ausdehnung besser erforscht werden; so ist uns die Erdmilität des Meeresbodens in dieser Hinsicht besser bekannt, als die der Kontinente. Dann aber muß vor allen Dingen die Natur und Ursache der Kleinbeben erforscht werden; diese Fragen führen uns direkt in das Innere der Erde, die den Hauptteil für die hebelthätigen Kräfte bilden. Schwere, Druck, Dichte, Elasticität im Innern der Erde sind für die Beben jedenfalls von grundlegender Bedeutung. Da man die Beben nicht so gefälliglich, sich irgendwie an nationale Grenzen auf der Oberfläche der Erde zu heben, so muß auch ihre Erforschung die engen nationalen Grenzen überschreiten und kann nur auf internationaler Grundlage durch Bewegung der Völker fruchtbringend gefördert werden. Die Erfüllung dieser Forderung wie überhaupt die der internationalen Erledigung wissenschaftlicher Aufgaben kann sicherlich, so schloß Prof. Gerland seine Ausführungen, ein Werk des Friedens genannt werden.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde der wissenschaftliche Teil des letzten Kongrestages weitgehend der Erforschung der Atmosphäre gewidmet, also, wie der Präsident, Professor v. Richthofen, hervorhob, einem nicht eigentlich geographischen Gegenstande, dessen Specialforschung auch nicht in der Hand von Geographen liegt, deren Kenntnis aber sicherlich aus den geographischen Gesichtspunkten aus sehr wichtig ist. Zu dem Gegenstande sprachen Prof. Kotka aus Peston über seine meteorologischen Untersuchungen mittels aufsteigender Drachenballons, Prof. Hergesell aus Straßburg über „Die Ergebnisse internationaler Ballonfahrten“, der Franzose Lefferans de Vort über Temperaturmessungen in der Atmosphäre und Prof. Wilmann aus Berlin über „Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Ballonfahrten des Deutschen Vereins zur Förderung der Luftschifffahrt“.

Prof. Hergesell wies durch ein Beispiel, die Aufsicht, die am 19. Mai 1893 gleichzeitig an fünf Orten erfolgte, auf die Wichtigkeit solcher Fahrten hin. An jenem Tage herrschte nämlich eine eigentümliche Temperaturverteilung in Europa, die sogenannte Erscheinung der Eiseheiligen. In ganz West- und Mitteleuropa, in Frankreich und Deutschland, war es bitter kalt, etwa 0 Grad, während man im nordöstlichen Europa, im europäischem Rußland, eine Wärme von 20 Grad hatte. Die fünf aufsteigenden Ballons ergaben diese eigentümliche Temperaturverteilung nur auch in großen Höhen der Atmosphäre. In 5 Kilometer Höhe herrschte in Straßburg bereits eine Kälte von 30 Grad, während in der gleichen Höhe über Bina erst 10 Grad Kälte registriert wurden, und selbst in einer Höhe von 10 Kilometer war die Erscheinung, kalter Westen, warmer Osten, noch deutlich ausgeprochen. Es handelt sich also hier um eine Erscheinung, die keineswegs lokaler Natur ist und lokale Ursachen haben kann, sondern sie geht durch die ganze Atmosphäre hindurch, und muß daher viel allgemeinere Ursachen

Haben und jedenfalls mit den gewaltigen Luftströmungen vom Pol nach dem Äquator und umgekehrt zusammenhängen.

Prof. A. H. M. A. n. n. betonte, daß nach den wissenschaftlichen Aufnahmen in der Mitte des Jahrhunderts ziemlich allgemein geglaubt wurde, die Temperaturabnahme mit der Höhe werde immer geringer, je höher man komme, und an der Grenze der Atmosphäre herrsche die verhältnismäßig warme Temperatur von 34 bis 44 Grad Kälte. Der Grund dieser falschen Annahme lag in fehlerhaften Temperaturmessungen, weil es nicht möglich ist, mit Quecksilber- und Weingeist-Thermometern zuverlässige Angaben über die Lufttemperatur zu erhalten. Die genaueren Temperaturmessungen, die durch das im Jahre 1887 erfundene Aspirations-Thermometer möglich sind, haben im Gegenteil ergeben, daß die Abnahme der Temperatur mit der Höhe um so größer wird, je höher man steigt. Auch absolut genommen erhielt man tiefere Zahlen für die Temperatur als früher. Die tiefste Temperatur, die bisher ein Mensch im Ballon beobachtet hat, beträgt 48 Grad Kälte, die Schilling am 24. März 1899 in 8000 Meter Höhe traf; dagegen erreichte ein Registrierballon sogar eine Temperatur von 68 Grad Kälte bei 17 000 Meter Höhe.

Der letzte Vortrag des Kongresses, auf welchen nur noch die üblichen Danksprachen folgten, war der Vortrag des Prof. Günther aus München: „Der Einfluß des Humanismus in der Geschichte der Geographie“.

Der Vortragende hob drei wesentliche Momente hervor, durch die der aus Italien gekommene und dort wesentlich aristokratische Humanismus in Deutschland geographisch befruchtend gewirkt habe. Hier sei der Humanismus viel demokratischer geworden und habe die Wissenschaften in die allgemeinen Schulen eingeführt; dies sei auch mit der Geographie geschehen, und ihre Aufnahme in die Schulen sei wesentlich ein Verdienst der Humanisten.

Das zweite Moment sei, so paradox es auch klingen mag, das Wiedererwachen des nationalen Bewußtseins. Gerade, wenn man sich in die klassischen Werke der Griechen und Römer vertiefte, fühlte man das Bedürfnis, sich auch wieder als Deutscher zu fühlen, und speziell in der Geographie wurde dadurch ein besonderer Zweig, der der geographischen Namensgebung, auf nationaler Grundlage, gewendet und gefördert. (Besonders wertvoll scheint mir eine solche Wirkung, wenn sie wirklich stattgefunden hat, nicht zu sein. Ann. des Ref.).

Der dritte Hauptpunkt endlich ist der, daß die Geographie in den ersten Zusammenhängen mit den exakten Wissenschaften getreten sei. Gewiß gab es Humanisten, die von jeder exakten Forschung so weit entfernt waren, daß ihnen das Vorhandensein von Amerika offensichtlich Schwierigkeiten machte; es war bei den Alten nicht genannt, und daher wußten sie nicht recht, was sie damit machen sollten. Aber trotzdem hat der Humanismus in der Geschichte der Geographie eine eigenartige und hervorragende Rolle gespielt. Wenn Ulrich v. Hutten in ein begeistertes Lob des Jahrhunderts ausbrach, so geschah das nicht zum wenigsten auch im Hinblick auf die geographischen Errungenschaften seiner Zeit. Auch wir, so schloß der Vortragende, stehen an der Schwelle einer neuen Zeit, in welcher die Geographie sich zu großen Eroberungen vorbereitet; ob sie in Samaraland erfolgen, wie zu Hutten's Zeit, oder am Kenia oder in der Antarktis, ist gleichgültig; der Geist, der die Forscher voran treibt, ist immer derselbe. Auch wir dürfen daher wie Hutten anrufen: juvat vivere, non juvat quiescere (es ist eine Freude zu leben, nicht zu ruhen), es ist auch heute wert, geographisch zu leben und geographisch thätig zu sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bei der Stetigler Gewerkschaftskommission gingen folgende Veträge ein:

Für die Ausgesperrten in Dänemark: 3. Rate 50.—, darunter vom Centralverband der Steinseger, Filiale Schöneberg 3,25, bei einer Einsegnung gesammelt durch Frau Frisch 2,50.

Für die Lederarbeiter in Wilster: 1. und 2. Rate 125.—, darunter Centralverband der Maurer, Bahnhofsstr. 50.—, für die streikenden Steinseger Berlin: 25.—, darunter Steinseger, Filiale Schöneberg 4.—

J. A.: Franz Döring, Steinseger, Stetig, Subertusstr. 5.

Deutsches Reich.

Der Krefelder Färbereistreik steht noch so ziemlich auf dem alten Fleck. In allen Betrieben, 16 an der Zahl, sind die Forderungen der Arbeiter bewilligt, nur die beiden Firmen G. W. H. S. Sohn und Krefelder Seidenfärberei Aktiengesellschaft verhalten sich nach wie vor stülke ablehnend. Bezeichnend für den Standpunkt dieser Herren ist eine Bemerkung des Proyen Wülfgen, welcher erklärte: Ich werde niemals nachgeben und wenn der Streik ein Jahr lang dauert und ich eine Million Mark verliere. Unter diesen Umständen dürfte sich der Ausstand der 600 Färbere noch lange hinziehen, und Unterstützung der Streikenden seitens der deutschen Arbeiter ist sehr willkommen. Zuschriften richtete man an A. P. A. I. m. a. n. n. s., Geldsendungen an C. Winterberg, beide Kronprinzenstr. 122, Krefeld.

Die Textilarbeiter Nürnberg's haben an die Unternehmer die Forderung gestellt auf 57stündige Arbeitszeit und einem Minimallohn von 29 Mark pro Woche. Der Bezug von Vordermähern, Posamentieren, Ziehern zc. ist fernzuhalten. Die Arbeiterblätter, hauptsächlich die sächsischen und österrischen, wollen hier von Notiz nehmen.

In den Schuhfabriken Tuttingens ist es zu Differenzen gekommen. Der Bevollmächtigte des Schuhmacher-Verbandes und einige andere Schuhmacher, die in einer Versammlung Mißstände in dortigen Fabriken zur Sprache gebracht hatten, waren gemahnt worden. Der erstere wurde wieder eingestellt, die anderen nicht und so ist es in drei Fabriken zu Arbeitseinstellungen gekommen. Der Ausstand umfaßt etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen mit circa 600 Familienangehörigen, so daß also bereits 1200 Personen in Mitleidenschaft gezogen sind. Da die Tuttinger Fabriken, noch 18 an der Zahl, einen Ring bilden, steht leider zu befürchten, daß der Kampf noch weiter um sich greifen wird.

Ausland.

Von Antwerpen berichtet der offiziöse Telegraph: Im Auslande befindliche Lastwagenführer griffen heute mehrere Führer an. Die Polizei, die mit Revolvergeschüssen von den Auswärtigen empfangen wurde, mußte gegen diese von ihren Säbeln Gebrauch machen. Mehrere Polizeibeamte wurden bei dem Handgemeine verwundet. Eine Anzahl von Auswärtigen wurden verhaftet.

Die Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

Ist jetzt in vollem Gange, für die K l e m p n e r ist der Neunstundentag bereits fast überall durchgeführt, andere Branchen stehen im Begriff, in die Bewegung einzutreten. Gestern morgen fand im Lokale „Sandouci“ eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der streikenden Metallarbeiter statt. R ä t h e r gab den Bericht über den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Er verwies zunächst darauf, daß ca. 800 K l e m p n e r in 68 Betrieben die aufgestellten Forderungen völlig erreicht haben, während in 6 Betrieben mit etwa 50 K l e m p n e r ein teilweiser Erfolg erzielt wurde. In 10 kleineren Betrieben verlief die K l e m p n e r -bewegung resultatlos, und bei den Firmen F. F. S c h u l z, F e h r -bellinerstraße, und G e r e d e, Pringentstraße, befinden sich die Arbeiter noch im Ausstand. Insgesamt ist in über 700 Betrieben die neunstündige und teilweise eine kürzere Arbeitszeit eingeführt. Der Verlauf der gegenwärtigen Bewegung ist ein für die Arbeiter recht günstiger. In 30 Betrieben sind die aufgestellten Forderungen bereits bewilligt und alles geregelt. Bei 19 Firmen sind ungefähr 2000 Metallarbeiter ausständig. Bei einigen davon schweben Verhandlungen, die in den nächsten Tagen

zum Abschluß gelangen. In einer Anzahl von Betrieben werden die Forderungen den Betriebsleitungen erst im Laufe dieser Woche unterbreitet werden, da die hier in Betracht kommenden Arbeiter noch dazu Stellung nehmen. Auch die Dreher, Schleifer, Drücker, Gürtler zc. haben bereits in den meisten Betrieben, wo noch gearbeitet wird, den Beschluß gefaßt, die Arbeit ebenfalls einzustellen. Die Arbeitsniederlegung ist in fast allen Fällen einmütig erfolgt. Streikbrecher haben die Unternehmer trotz der gemachten Anstrengungen bisher nicht gefunden. Der Unternehmer-Nachweis wird sehr wenig frequentiert und die angebotenen Arbeiten bei den gesperrten Firmen werden von den Arbeitslosen zurückgewiesen. Von den Ausständigen wird durchweg die Meinung vertreten, daß ihre gestellten Forderungen anerkannt werden und daß in wenigen Wochen der Kampf zu Gunsten der Arbeiter beendet sein wird.

In nachfolgenden Betrieben sind bis jetzt nur die Former ausständig: K r a m m e, W e r n h. J o s e p h, F r i e t e r, W i n t z, G l a d e n b e d, E i t n e r, M u s t u l u s, S p e y e r, S c h w i d -l i n s k i, J. H a n d, S c h i l l e r und K ä r n b e r g. Sämtliche Metallarbeiter sind ausständig bei den Firmen: W u p l e, S p i n n u -S o h n, L ö w y, S p e d, P r o t r e c h t, Z e i c h e l m a n n und K u e i s e l.

Sieben weitere Versammlungen fanden am gestrigen Abend statt. Diese waren vor allem für die in Arbeit stehenden Metallarbeiter einberufen, um die Unterstützung und die sonstigen Maßnahmen zu Gunsten der Streikenden zu regeln.

Nächstehende Resolution gelangte in allen Versammlungen zur Annahme:

„Die heute Versammelten erklären die Forderung des Neunstundentages für gerechtfertigt, um so mehr, als bereits weit über 600 Betriebe der Eisen- und Metallindustrie Berlins die neunstündige bzw. noch kürzere Arbeitszeit seit Jahren durchgeführt haben. Die Anwesenden verpflichten daher jeden Metallarbeiter, den streikenden Kollegen jedwede moralische und materielle Unterstützung zu teil werden zu lassen; sie verpflichten sich, zu diesem Zweck während der Dauer des Streiks in allen Betrieben regelmäßige wöchentliche Sammlungen für den Unterstützungsfonds der Metallarbeiter vorzunehmen.“

Ueber die einzelnen Versammlungen liegen uns folgende Berichte vor:

Der Streik von 2000 Berliner Metallarbeitern am den Neunstundentag. Dies Thema stand auf der Tagesordnung von sieben öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen, die gestern Abend gleichzeitig abgehalten wurden.

In Kleist's Saal in der Weberstraße referierte Otto R ä t h e r. Er warf einen Rückblick auf die Entstehung der gegenwärtigen Bewegung für den Neunstundentag. Die gute Organisation der Former habe es zuzwege gebracht, daß in Berlin keine Leiharbeiter angestellt werden. Es sei sicher anzunehmen, daß die Former infolge ihrer guten Organisation auch weitere Forderungen durchsetzen können. Die Macht der Unternehmerorganisation sei deshalb, weil ihnen eine starke Arbeiterorganisation gegenübersteht, nicht so stark, wie die Unternehmer es hinstellen, und wie es auch die Arbeiter zum Teil glauben. Das habe schon der Umstand gelehrt, daß die Drohung der Unternehmer, die Mitarbeiter auszuwerfen, eine leere Phrase geblieben sei, und das zeige auch der Verlauf des K l e m p n e r -streiks. Die Unternehmerorganisation sei durchaus keine unüberwindliche Macht. Was die gegenwärtige Bewegung der Former betreffe, so sei es bemerkenswert, daß auch die Arbeiter großer Betriebe sich der Bewegung angeschlossen haben; ein Ereignis, welches am meisten die betreffenden Fabrikanten überrascht habe, da sie nicht geglaubt hätten, daß die großen Betriebe überhaupt vom Streik betroffen würden. Die Unternehmer versuchen jetzt, Ersatz für die Streikenden zu bekommen und die Arbeiten hinauszuschieben. Das erstere werde sicher durch die Wachsamkeit der Streikenden vereitelt werden. Die Streikenden seien entschlossen, den Kampf bis zum Ende durchzuführen. Dagezu bedürfen sie aber der Unterstützung aller Berliner Kollegen. In mehreren Betrieben siehe die Entscheidung über die Bewegung noch aus, so auch in der Fabrik von W i n t z. Wenn irgend einer der Berliner Industriellen in der Lage wäre, die neunstündige Arbeitszeit zu bewilligen, dann sei es der Kommerzienrat W i n t z, der fünfzigjährige Millionär. Wenn die Arbeiter Furcht haben vor den Millionen, hinter denen sich Herr W i n t z wie in einer Festung verschanzt, dann sollten sie bedenken, daß sie, die Arbeiter, erst diese Festung aufgebaut haben. (Beifall.) Wenn die Arbeiter des Herrn W i n t z auf dessen freiwillige Zugeständnisse rechnen, so würden sie vergebens warten. (Zustimmung.) Es sei eine Freude, zu sehen, wie alte Arbeitsveteranen, die sich sonst den Bestrebungen der organisierten Kollegen ferngehalten haben, jetzt in die Bewegung mit eingetreten sind. Der Redner appellierte zum Schluß an die Opferfreudigkeit aller Metallarbeiter und empfahl die Annahme der Resolution.

Es folgte eine rege Diskussion. Ein Redner teilte mit, die Verhandlungen mit Herrn W i n t z hätten bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt. Herr W i n t z habe sich sowohl persönlich als auch im Hinblick auf den Beschluß des Verbandes der Metallindustriellen gegen die Einführung des Neunstundentages erklärt. Die Arbeiter würden aber aufs neue vorstellig werden. Weiter wurde mitgeteilt, daß sich auch die Arbeiter der Firma Ende u. Debus dem Streik angeschlossen haben. Die stark besuchte Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf den Neunstundentag.

Die Versammlung im Kaiserlichen Konzertsaal erregte sich eines guten Besuchs und fand das Referat von P ä g e l sowie die nachfolgende kurze Diskussion allseitige Zustimmung.

Die Versammlung in der Urania, Wrangelstraße, war sehr stark besucht, der Saal war von über 1000 Personen gefüllt, die dem Referat des Schlossers S c h l e g e l lebhafteste Zustimmung spendeten.

In der Versammlung bei V i e d e l in der Hafenhöhe 62/63 hatten über tausend Personen Platz gefunden, die mit lebhaftem Beifall das von C o h e n gehaltene Referat aufnahmen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Im Roabiter Gesellschaftshaus nahmen circa 200 Personen an der Versammlung teil. Das Referat hielt R a s s a t s c h, der in eingehender Weise die Ursache des Formerstreiks darlegte und zur thätigsten Unterstützung der Streikenden aufforderte. Dem wurde in der Diskussion zugestimmt.

In der Versammlung, die im R ö s l i n e r H o f statt, erläuterte S c h e f f l e r in einem 1 1/2 stündigen Vortrage den augenblicklichen Stand der Streikbewegung in der Berliner Metallindustrie. Der Referent, welcher von den Anwesenden unter regen Beifallsbezeugungen angehört wurde, wies nach, daß infolge der günstigen Geschäftslage in der Metallindustrie es möglich ist, den Neunstundentag durchzuführen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und verpflichteten sich die Anwesenden, wöchentlich mindestens 50 Pf. zum Unterstützungsfonds beizusteuern. Mit einem Hoch auf die Metallarbeiter-Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Ebenso wie die Versammlung im K l u b h a u s (Gesundbrunnen) eine rege Teilnahme auf. Hier behandelte Former R ö r s t e n besonders die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Diskussion war nur kurz, worauf die Versammlung unter begeisteter Stimmung für den gewerkschaftlichen Kampf geschlossen wurde.

Versammlungen.

Die M a s c h - und K o s t i m s c h n e i d e r hielten am Dienstag eine öffentliche Versammlung in den Aminhallen ab. Der Vertrauensmann R i t t e r besprach die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in verschiedenen Verhältnissen. Insbesondere beschäftigte er sich mit der Firma H a n s e n und führte aus, daß derselbst der im Frühjahr bewilligte Tarif nicht mehr ausginge und daß die Löhne herabgesetzt worden seien. Wie aus der Diskussion hervorging, haben die

Differenzen zwischen H a n s e n und seinen Arbeitern stattgefunden, in deren Verlauf ein Teil der Arbeiter aufgehört hat, während ein anderer Teil erklärt, mit den Verhältnissen zufrieden zu sein. Die Versammlung beschloß, die Firma H a n s e n so lange zu sperren, bis sie sich mit dem Vertrauensmann oder der Organisation wegen der vorliegenden Differenzen geeinigt hat.

Die T ö p f e r, die gestern eine stark besuchte Versammlung in den Andreas-Sälen abhielten, beschloßen einstimmig, am n o c h t i n Montag in Berlin und Umgegend in den G e n e r a l s t r i k einzutreten, um den aufgestellten Lohnsatz zur Durchführung zu bringen. Der Lohnsatz enthält im allgemeinen nur eine geringe Erhöhung im Verhältnis zu dem 1888er Tarif, nur um etwa 3 Proz. durchschnittlich. Hauptächlich wird mit der Einführung des neuen Tarifs bezweckt, die Preise einheitlich festzusetzen. Die Konjunktur wird zunehmend günstiger; bei einer großen Anzahl Bauten drängt die Arbeit jetzt schon, auf vielen Bauten muß in der nächsten Zeit mit der Arbeit begonnen werden, es wird infolgedessen erwartet, daß die allgemeine Einführung des Tarifs in kurzer Zeit gelingen wird.

Alle angefangenen Arbeiten sollen soweit wie möglich bis zum Sonnabend fertig gestellt werden, damit am Montag die Arbeitseinstellung ohne weiteres erfolgen kann.

Am Montagvormittag 10 Uhr findet eine Versammlung in den Andreas-Sälen statt.

Vor Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung hatte S a g e r über die Tätigkeit der Gewerkschaftskommission berichtet, wobei er insbesondere die Stellungnahme der Kommission zu den paritätischen Arbeitsnachweisen und die Beschlüsse bezüglich des Abstimmungsmodus erörterte. Der Redner sprach sich im zustimmenden Sinne über die gefaßten bekannten Beschlüsse aus und kritisierte das Verhalten der losalorganisierten Gewerkschaften, die aus der Gewerkschaftskommission ausgetreten sind. Nach einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte, in der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der lokalen und centralen Richtung kam, wurde beschlossen, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, und mit großer Majorität eine Resolution angenommen, in der sich die Versammlung mit der Tätigkeit S a g e r s vollständig einverstanden erklärt und ihm aufgegeben wird, auch in Zukunft so wie bisher als Delegierter zu wirken.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 1. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Reaktionäre Puppenspiele. — Karl Marx über Karl Grün als Geschichtsschreiber des Sozialismus. Aus dem Marx Engels'schen Nachlaß. — Zum Vorwort von Hannover. Von Karl Kautsky. — Die innere Organisation der belgischen Arbeiterpartei. Von Emil Vanderveke, Brüssel. — Di-Transvaal-Krisis. Von Heinrich Cunow. I. — Revue der Neuen. — Notizen: Die Konzentration in der Buchbinderei Wiens. Von Julius Grünwald.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Transvaal.

Frankfurt a. M., 4. Oktober. (W. S.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus New York: Mehrere hundert bekannte Männer eruchten eine Anleihe auf Grund der Beschlüsse der Friedenskonferenz, England und Transvaal die Vermittlung der Vereinigten Staaten anzubieten.

London, 4. Oktober. (W. S. W.) Eine zweite Ausgabe der „Times“ veröffentlicht eine Depesche aus Pretoria über die vom Präsidenten Krüger bei der Vertagung der Volksraad gehaltene Rede. Danach sagte der Präsident, alles deute auf Krieg, denn der Geist der Lage sei über andere Länder gekommen, und das Volk von Transvaal wünsche sich selber zu regieren. Wenn auch Tausende kommen, es anzugreifen, sei nichts zu fürchten, denn der Herr sei der letzte Richter und er werde entscheiden. Die Angeln seien zu Tausenden gekommen bei dem Jameson-Einfall, aber die Bürger seien nicht getroffen worden, während auf der anderen Seite über 100 fielen; das zeige, daß der Herr die Angeln lenke und die Welt regiere. Der Präsident des Volksraads erwiderte, es sei besser, nicht das Leben, als kein Land zu haben; es sei jetzt nichts mehr möglich als der Krieg.

Eine Depesche der „Times“ aus Kapstadt meldet: General White fand bei seiner Ankunft hier selbst, daß man die Lage an der Grenze von Natal so ernst ansieht, daß die Beförden es für räthlich hielten, an den Admiral in der Simonsbai die telegraphische Anfrage zu richten, ob der Kreuzer „Davis“ verfügbar sei, um den General White und 12 Offiziere direkt nach Durban zu bringen.

London, 4. Oktober. (W. S. W.) Das Unterhausmitglied Clark hatte Sätze aus der Rede des Herzogs von Devonshire, aus denen nach seiner Ansicht die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung der Streitigkeiten sich ergebe, nach Pretoria telegraphiert. Darauf antwortete die Transvaal-Regierung telegraphisch, sie vernehme mit Genugthuung, daß mächtige Einflüsse am Werke seien, um friedliche Regelung herbeizuführen; in Anbetracht jedoch der Art und Weise, wie die früheren Vorschläge verworfen wurden, könne die Regierung nicht nochmals Vorschläge machen. Wenn ein aufrichtiger Wunsch nach Frieden vorhanden sei, so biete die Annahme der „Gemeinsamen Kommission“ eine ausgezeichnete Einleitung zu einem befriedigenden und ehrenhaften Ausgleich.

Frankfurt a. M., 4. Oktober. (W. S.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Wiesbaden: Der bisher für den innerpolitischen Teil des „Preussischen Couriers“ zeichnende Redacteur C. Haas hat die fernere Verantwortlichkeit abgelehnt, nachdem das Blatt heute früh einen Artikel zu Gunsten der Justizhausvorlage veröffentlichte.

Wien, 4. Oktober. (W. S.) Die Kabineten haben die Absicht, im Abgeordnetenhaus einen Antrag einzubringen, gegen das Ministerium Thun eine Generalaufklage einzulegen.

Wien, 4. Oktober. (W. S.) Es heißt, die Regierung beabsichtige dem Hause der Abgeordneten ein Sprachengesetz zu unterbreiten, welches vorläufig Böhmen und Mähren betreffe.

Valeruo, 4. Oktober. (Weldung der „Aegysia Stefani“) Kaiser Wilhelm jandte anlässlich des 80. Geburtstages Crispis an diesen folgenden Glückwunschtelegramm:

„Mit aufrichtiger Freude ergreife ich die Gelegenheit, welche mir der Geburtstag, den Ew. Excellenz heute feiern, darbietet, um Ihnen meine besten Glückwünsche zu senden. Ich nehme lebhaften Anteil an dieser Feier, welche Ihrer langen, ehrenvollen Laufbahn besonderen Glanz verleiht. Seien Sie überzeugt, daß ich niemals die wertvolle Mitarbeit vergessen werde, welche Ew. Excellenz dem Friedenswerke gewidmet haben, das die Interessen Italiens und Deutschlands eng verknüpft.“

Wien, 4. Oktober. (W. S. W.) Die Schupstina wurde heute vom König Alexander persönlich mit einer Ehrenrede eröffnet, in welcher die aus der Initiative des Kaisers von Ausland hervorgegangene, durch die Friedenskonferenz geschaffene und für die internationalen Beziehungen sehr wichtige Erneuerung begrüßt wird. Die zwischen der Türkei und Serbien vereinbarten Maßnahmen würden einer Wiederholung der übrigens lokalen Ursachen entprungene Grenzkonflikte vorbeugen. Dann heißt es weiter: Die Loyalität des Volkes für die nationale Dynastie konnte jenen Elementen des Umsturzes nicht passen, welche behufs Beförderung der gesegneten Ordnung ihre Zustufe zu einem Komplott genommen, und den Arm eines feilen Jambidums gebunden haben um Milan zu ermorden, dessen Leben dem Könige Alexander, der Arme und dem Volke so wertvoll sei. Hierdurch sei die Verhängung des inzwischen wieder aufgehobenen Belagerungszustandes verursacht.

New York, 4. Oktober. (Weldung des „New Yorker Bureau“) Der Kommandant des amerikanischen Kriegsschiffes „Detroit“ telegraphiert aus La Guayra, daß ein Waffenstillstand von fünf Tagen vereinbart sei, um das Ergebnis der Friedenskonferenz der Vesehhaber der Venezolanischen Ausständigen mit den Anführern der Regierungstruppen abzuwarten.

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Dritter Tag.

Nachdem Landgerichts-Direktor Densö die Sitzung eröffnet hatte und die Zeugen aufgerufen worden waren, erwidert sich Angeklagter v. Kähler das Wort zur Verurteilung einiger Punkte. Die irrthümlich in den Zeitungsberichten wiedergegeben waren. Er habe nicht gesagt, daß er im Klub nicht mehr als 25 000 M. verloren, sondern nicht mehr als 25 000 M. gewonnen habe. Ferner sei es nicht richtig, daß er für die Familie Voigt in der Lüneburgerstraße eine Wohnung bezahle habe. Er sei durchaus nicht etwa der Manager der Familie Voigt gewesen, sondern habe nur Beziehungen zu Fräulein Frieda Voigt gehabt und keineswegs die Wohnung für die Familie bezahle. Da er nicht nur Angeklagter, sondern auch Beamter sei und sich später vor dem Minister zu verantworten haben werde, liege ihm daran, die Dinge richtig zu stellen. Der Oberstaatsanwalt erwidert dem gegenüber, daß der Angeklagte v. Kähler doch auch zugegeben habe, sechs Monate lang monatlich 4-500 M. dem Fräulein Frieda Voigt gegeben zu haben.

Vor Eintritt in die Verhandlungen wird die Frage erörtert, welche Stellung den noch immer nicht erschienenen Zeugen gegenüber eingenommen werden solle, damit, wie Oberstaatsanwalt Dr. Hensel hervorgehe, die Sache nicht schließlich auf einen toten Punkt komme. Die Staatsanwaltschaft erklärt, daß sie auf einige Zeugen nicht verzichten könne, daselbst geschieht seitens der Verteidiger. Angeklagter v. Kähler betont, daß er das dringendste Interesse daran habe, mit dem nicht erschienenen Zeugen Ernst von Werderich sich vor der Öffentlichkeit zu unterhalten und ihn zu veranlassen, die belastenden Behauptungen, die er in der Voruntersuchung gemacht, zurückzunehmen zu müssen. Es sollen sofort nochmals dringende Depeschen an einzelne der ausgebliebenen Zeugen abgelassen werden. Justizrat Dr. Sello legt besonderes Gewicht auf eine Vernehmung des Herrern v. Reccum.

Ein hoffnungsvoller junger Mann.

Justizrat Dr. Sello bittet, dem Angeklagten v. Kähler Gelegenheit zu geben, sich nochmals im Zusammenhange über seine ganze Lebensführung auszusprechen, da es sich doch um die Klärung der Frage handle, ob derselbe nur ein leidenschaftlicher Spieler, oder — wie die Anklage behauptet — ein gewerbmäßiger Glücksspieler sei. — Vorsitzender Landgerichtsrat Densö: Herr v. Kähler hat doch gewiß schon sehr reichlich Gelegenheit gehabt, sich zu äußern, und wird wohl bei sehr vielen einzelnen Punkten Gelegenheit dazu haben. — Justizrat Dr. Sello: Es handelt sich doch um die ganze Zukunft dieses hoffnungsvollen jungen Mannes. — Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück. Nach derselben erklärt der Vorsitzende, daß der Gerichtshof sich den Beschluß darüber, ob die kommissarische Vernehmung des Zeugen Freiherrn v. Reccum nach dem Vorschlage des Verteidigers durch ein nach Wiesbaden zu entsendendes Mitglied des Kollegiums stattfinden soll, bis zum Schluß der heutigen Sitzung vorbehalten. Mit demselben Recht, wie hier, müßte aber doch — wie der Vorsitzende bemerkt — die kommissarische Vernehmung auch anderer Zeugen nicht durch einen an dem betreffenden Ort weilenden erkrankten Richter, sondern durch ein Mitglied des Kollegiums stattfinden. Die Verhandlung würde auf diese Weise ins Unendliche, in die Länge gezogen werden. Der Oberstaatsanwalt erklärt auch, daß er das selbe Recht für die kommissarische Vernehmung der Anklagezeugen in Anspruch nehmen möchte. Dadurch würde das Ende der Verhandlung allerdings ins Unabsehbare in die Ferne gerückt werden. — Nach längerem Hin und Her macht der Oberstaatsanwalt den allerseits acceptierten Vorschlag, vielleicht am Sonntagabend eine Pause einzutreten zu lassen und diese dazu zu benutzen, um unter Beteiligung der Verteidigung genau die Fragen festzustellen, die die mit der kommissarischen Vernehmung zu beauftragenden erkrankten Richter der betr. Gerichte den zu vernehmenden Zeugen vorzulegen haben würden. Auf diese Weise würde man um die Entsendung eines Mitgliedes des Kollegiums herumkommen. — Der Oberstaatsanwalt giebt Auskunft über die neuerdings nochmals vergeblich angestellten Versuche, den Aufenthalt des Herrn Dr. Kornblum zu ermitteln. — Justizrat Dr. Sello beantragt, eine ganze Reihe von Zeugen zu laden, die behaupten sollen, daß v. Kähler in seinem Privatleben durchaus einfach und sparsam gelebt, in seiner amtlichen Thätigkeit ernst und fleißig gearbeitet habe, ein fleißiger Besucher des Repetitoriums gewesen sei etc. etc. — Vors.: Das kann ja alles möglich sein, dies hindert ja aber nicht, daß der Angeklagte nach der ersten Arbeit eifrig gespielt hat. — Angell. v. Kähler: Das Spielen an sich wird ja nicht mit Strafe bedroht, sondern nur das gewerbmäßige Spielen, und da habe ich das lebhafteste Interesse daran, festzustellen, daß ich nicht bloß das Spiel, sondern sehr ernste Dinge betrieben und sehr fleißig gearbeitet habe. — Die benannten Zeugen sollen vorgeladen werden; bis dahin verzichtet v. Kähler auf seine Darlegungen.

Die Spielerlaubnisbahn v. Kröcher.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Schwindt wird dem Angeklagten v. Kröcher das Wort zu einer kurzen zusammenhängenden Darstellung seines Lebensganges gegeben. Im Jahre 1895 sei er Offizier gewesen und habe zuerst in Potsdam nach den großen Kasinobällen gespielt. Er habe damals 1000 M. zur Verfügung gehabt, die eigentlich zur Anschaffung von Möbeln dienen sollten, von ihm aber zum Jeu benutzt worden seien. In Berlin sei er dann in die Spielgesellschaft des Victoria-Hotels geraten und sei bis zum Frühjahr 1896 mit 6000 M. in Verlust gewesen. Da habe er seinem Vater die „Beichte“ abgelegt. Es sei aber eine falsche Behauptung, daß er seinem Vater das bestimmte Versprechen abgelegt habe, nicht mehr zu spielen; er habe ihm nur gesagt, daß ihm das Spielen nach den gemachten Erfahrungen unsympathisch geworden sei. Sein sehr generöser Vater würde ihn bei späteren Spielverlusten sicher nicht in Stich lassen haben. — Nach der Beichte habe er 6 bis 8 Wochen angelegt und sei erst im Sommer wieder in das Victoria-Hotel gegangen. Entschieden falsch sei es auch, daß er fast ausnahmslos gewonnen habe, er habe vielmehr auch verloren. Der größte Gewinn, den er dort erzielt, sei einmal 12 000 M. gewesen und zwar habe er damals diesen Gewinn durch das Spiel des Herrn v. Brillow, der die Bank hielt, erzielt. Mit großer Bestimmtheit müsse er die Behauptung zurückweisen, daß er dem verstorbenen Erbprinzen von Coburg große Summen im Spiel abgenommen habe. Nur einmal habe er von dem Prinzen einen unbaren Gewinn von 3000 M. gezogen. — Vors.: Sie sollen selbst erzählt haben, daß Ihnen der Prinz eine Kante zum Ausgleich für Spielverluste ausgelegt habe. — Angell. v. Kröcher: Das ist eine drollige Erfindung von Leuten, die mir übelwollen, Herr Präsident, Sie glauben gar nicht, wie sehr in Spielkreisen gelächelt wird.

Ueber v. Schachtmeyer.

Zeuge Fiedellorn, Angestellter im Bankhause Lagowitz, bezeugt, daß der Angeklagte v. Schachtmeyer recht glückliche Geschäfte an der Börse gemacht habe. v. Schachtmeyer habe als Lehrling ja ziemlich viel Geld ausgegeben, aber über seine Verhältnisse habe er nicht gelebt. Privatlen Verkehr habe er mit Schachtmeyer nur selten unterhalten. Der Zeuge bestätigt weiter, daß Schachtmeyer größere Summen beim Bankhause Lagowitz hinterlegt hat und der Angeklagte giebt zu, daß ein größerer Teil davon Spielgewinne darstelle. — Oberstaatsanwalt Hensel: Herr Zeuge, halten Sie die kaufmännische Ausbildung des Herrn v. Schachtmeyer für genügend? — Zeuge: Im Bankgeschäft ist eine dreijährige Lehrzeit unvoll. Herr v. Schachtmeyer hat nur zwei Jahre lang gelernt, aber gegen seine Arbeit ist nie etwas einzuwenden gewesen. Es wird festgestellt, daß v. Schachtmeyer 1894 aus

dem Geschäft von Lagowitz ausgetreten ist, seitdem aber an keinem gewerblichen Unternehmen beteiligt gewesen, obwohl er mehrfach den Versuch gemacht hat, sich geschäftlich zu betätigen. In die Zeit nach 1894 fällt auch seine Militärdienstzeit und zwei Uebungen.

Ein Spiel in Leipzig.

Zeuge Kaufmann Marx in Leipzig hat in Leipzig zuweilen in Anknüpfung an die Pferderennen und im „Hotel de Prusse“ einmal mit dem Angeklagten v. Kähler gespielt. Herr v. Kröcher hat er nur einmal beim Nennen in Leipzig gesehen, den Angeklagten v. Schachtmeyer kennt er gar nicht. Zeuge Marx wird vom Vorsitzenden über den Verkehr zwischen Dr. Kornblum und v. Kähler beim Spiel in Leipzig befragt, kann aber nichts darüber sagen. Die Frage stützt sich auf Aussagen Kornblums, die dieser in der Voruntersuchung gemacht hat.

Auf die Frage, ob es in Sachen üblich sei, daß die Karte erst links oder erst rechts gegeben wurde, antwortet der Zeuge, daß er dies für ziemlich gleichgültig halte. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel macht darauf aufmerksam, daß Dr. Kornblum gerade aus dem Umstande, daß Herr Marx einmal die Karte erst links gegeben, die Folgerung gezogen, daß Marx falsch gespielt habe. Nach der Behauptung des Dr. Kornblum habe der Angeklagte v. Kähler dies sofort bemerkt und seinen Einsatz zurückgezogen. — Zeuge Marx: Die Behauptung, daß er falsch gespielt habe, sei eine Insinuation. Er sei ein solcher Kaufmann und spiele nur ab und zu einmal zu seinem Vergnügen. — Angell. v. Kähler: Hier hat also wieder Herr v. Mantuffel eine Behauptung des Dr. Kornblum, die von dem Zeugen als Insinuation bezeichnet worden, einfach geglaubt und dem Belastungsmaterial einverleibt.

Ein aristokratischer Sachverständiger.

Hierauf wird Graf Reventlow als Sachverständiger benommen. Er giebt Auskunft über die Art, wie Baccarat gespielt wird und über die Spiel-Manieren, die dabei beobachtet werden. Nach seiner Ansicht ist die Thatsache, daß ein Bankhalter die Karten nicht vom Bloß, sondern von dem Spiel aus der Hand abzieht, nicht auffällig. Als Zeuge belundet Graf Reventlow, daß er nur einmal im Klub der Harmlosen im Centralhotel gespielt und dabei 800 M. gewonnen habe. Er hat mit den drei Angeklagten auch an anderen Orten gespielt, aber niemals etwas bemerkt, was auf ein Falschspiel derselben hindeute, hat auch niemals etwas davon gehört, daß gegen die Angeklagten der Vorwurf des Falschspiels erhoben werde. Er weiß ferner nicht, daß die drei Angeklagten das Direktorium des Klubs der Harmlosen gebildet haben. Auf ganz bestimmte Fragen des Angeklagten v. Kröcher erklärt der Sachverständige: Es sei nicht verdächtig, wenn der Pointeur auf „Sechs“ noch zukaufe. Das deute durchaus nicht darauf hin, daß der Pointeur die nächste Karte kennen müsse. In anderen Klubs sei es Bestimmung, daß in solchen Fällen, wenn der Pointeur auf Sechs zukaufe und unglücklich laufe, diejenigen Mitglieder, die mit ihm zusammenpointieren, schadlos halten muß. Im Klub der Harmlosen sei aber nicht so rigoros gespielt worden, wie in anderen Klubs, wo ein solches Zukaufen auf Sechs teilweise verboten sei. Auf eine weitere Frage des Angeklagten v. Kröcher erklärt es der Sachverständige nochmals nicht für verdächtig, wenn Spieler, die sie kennen, die Karten nicht vom Bloß, sondern aus der Hand ziehen. Auch den Vorfall in Leipzig, bei welchem der Angeklagte v. Kähler den Einsatz zurückgezogen, als der Zeuge Marx erst links gegeben hatte, erklärt der Sachverständige nicht für bedenklich. Den Spieler Wolff hat er nicht gekannt und erst aus den Zeitungen erfahren, daß dieser ein Falschspieler sein solle.

Die Karten.

Der Vorsitzende wünscht hierauf Auskunft, weshalb die beim Spiel benutzten Karten gerade bei Wolff u. Co. in Frankfurt a. M. bestellt worden seien. Die Angeklagten v. Kröcher und v. Kähler geben darüber eine Auskunft, die diese Kartenbestellung als durchaus unbedenklich erscheinen lassen soll. v. Kröcher erklärt, daß er das Klublokal recht nett und gemüthlich anstatten wollte. So habe er einen sehr hübschen neuen Spieltisch bauen lassen und habe auch recht nette und feine Karten beschaffen wollen. In einem gelegentlichen Gespräch habe ihm Wolff das Muster einer Karte aus der Fabrik von Wolff u. Co. gezeigt, daselbst habe ihm gefallen und deshalb habe er die Karten in Frankfurt bestellt. Die Kartenfabrik von Wolff u. Co. sei für Süddeutschland daselbst, was die Stralunder Spielkarten-Fabrik für Norddeutschland sind. Freilich wolle ja jetzt Herr v. Mantuffel auch die letzteren als Bankfängerarten erklären. Sie seien dies ebenso wenig wie die Wärschen Karten.

Herr Wolff.

Oberstaatsanwalt: Hat der Angeklagte v. Kröcher nicht nach jenem intimen Gespräch Veranlassung genommen, sich nach Wolff zu erkundigen? — Angell. v. Kröcher: Es war gar kein intimes Gespräch und zu einer Erkundigung lag gar kein Grund vor, da Wolff durchaus den Eindruck eines honesten, hochanständigen Mannes machte. — Oberstaatsanwalt: Verkehrten denn im Klub noch andere Leute, die nicht genau bekannt waren? — Angell. v. Kähler: Ich erkläre, daß thatsächlich an einem Abende eine ganze Reihe von Personen, die er nicht kannte, im Klub anwesend war. Uebrigens hebt v. Kähler hervor, daß er sich thatsächlich nach dem Wolff erkundigt habe. Er hatte anfänglich geglaubt, daß Wolff identisch mit einem Herrn Wolff sei, der, wie er wußte, vor Jahren einmal in Noabit gewohnt habe. Er habe deshalb Herrn v. Schachtmeyer danach gefragt, ob Wolff studiert habe. — Oberstaatsanwalt: Daß es nicht der ehemalige Regierungsrater Wolff war, den v. Kähler im Gedächtnis hatte, mußte er doch schon daraus entnehmen, daß Wolff ein alter Mann ist. — Angell.: Ich habe erst durch die Untersuchung erfahren, daß Wolff schon zu einer Zeit verurteilt worden ist, als ich noch gar nicht auf der Welt war. (Heiterkeit.) — Der Angeklagte erklärt weiter, v. Schachtmeyer habe ihm den Wolff als einen wohlhabenden Herrn bezeichnet, der große Terrains besitze. — v. Schachtmeyer bestätigt dies. Er habe Wolff durch v. Kröcher kennen gelernt und als er mit Wolff einmal den Kurfürstendamm entlang gegangen sei, habe Wolff dortige Ländereien als ihm gehörige Terrains bezeichnet. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel beantragt event. den Rechtsanwalt Bronker laden zu lassen. Dieser sei der Verteidiger Wolffs gewesen und wisse, daß Wolff wohlhabend sei und Terrains besitze habe. — Angell. v. Kröcher: Die Anklage bezeichnet es als auffällig, daß ein so alter Herr wie Wolff sich so jungen Leuten attachieren durfte. Demgegenüber ist zu bemerken, daß Wolff noch jünger ansah, wie manche andere Herren, die im Klub verkehrten. — Rechtsanwalt Vincus hält es für nötig, immer wieder zu betonen, daß v. Schachtmeyer an den Beratungen über die Gründung des Klubs und an der Gründung selbst absofort nicht beteiligt war, mit der Beforgung der Spielkarten etc. nichts zu thun hatte und erst später in den Klub eingetreten sei.

(Mittagspause.)

Kriminalkommissar v. Mantuffel.

Es wird der Kriminalkommissar v. Mantuffel benommen, der als Zeuge verurteilt wird. Er beschreibt zunächst die Persönlichkeit des Wolff. Dieser sei ziemlich groß, bleich, bräunt, fast schwarz im Haar, trage modernen Spitzbart, habe sehr wohlgepflegte, mit vielen Ringen geschmückte Hände, sei tadellos gekleidet, trage Lackschuhe und trage einen Cylinder. — Der Vorsitzende verliest das Urteil vom 19. Februar 1880, durch welches der wegen Diebstahls wiederholt und zuletzt mit 2 Jahren Zuchthaus verurteilte Wolff zu 4 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. Die Strafe wurde über ihn verhängt, weil er im Verein mit dem Spieler Reuter nach dem Befehle von Remplagen im Glücksspiele Offizieren und anderen

Herrn nach vorher vereinbarten Plan 100 000 M., dem Herrn Prinz-Reichenheim in einer Nacht 400 000 M. abgenommen hat. Reuter ist zu acht Monaten Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Präf. (zum Zeugen v. Mantuffel): Was wissen Sie nun über die Beteiligung des Wolff an dem Klub der Harmlosen und über die Art, wie derselbe Eingang in die Kreise gefunden hat? — v. Mantuffel: Als die ersten sensationellen Enthüllungen im „Berliner Tageblatt“ erschienen, kam dies den polizeilichen Kreisen sehr überraschend, denn wir hatten keine Ahnung davon. Wir dachten zunächst, daß die Artikel lediglich auf unsaubere Motive zurückzuführen seien; als dann aber Artikel mit näheren Angaben erschienen, war es klar, daß diese Dinge nicht aus den Fingern gefogesen sein konnten. Schon im Herbst 1897 hatte ich gerüchweise vernommen, daß Wolff wieder in bessere Kreise Zutritt gefunden habe, und da ich wußte, daß jüngere Offiziere häufig in Berlin spielen, hielt ich es für nötig, Ermittlungen anzustellen. Dies war aber sehr schwierig, denn in solchen Spielkreisen wird, wenn die Aufmerksamkeit der Polizei erweckt wird, der Ort, wo gespielt wird, immer sehr schnell gewechselt. Ich mußte deshalb mit einem Herrn in Verbindung zu kommen suchen, der zu den betreffenden Kreisen Zutritt hatte. Dies war der Redakteur Fölzer, dem ich bei einer Begegnung sagte: er möge die Herren vor einem Verkehr mit Wolff warnen, und habe, um zu zeigen, daß diese Warnung sehr ernst sei, hinzugesetzt: Sagen Sie den Herren, daß ich sie nicht fassen kann, wenn es zum Skandal kommt. Ich war dann höchst unangenehm überrascht, als die weiteren Artikel erschienen. Ich habe mich dann mit ausdrücklicher Bewilligung meines Prääsidenten mit dem „Tageblatt“ in Verbindung gesetzt, aber von dieser Seite nicht viel weiter erfahren.

Mantuffel und Kornblum.

Der Zeuge erzählt dann eingehend die Mittelungen, die ihm Dr. Kornblum gemacht habe. Ueber Kornblum sei ihm einmal mitgeteilt worden, daß derselbe Spieler sei, und es seien allerlei Verdächtigungen daran geknüpft worden, die aber nicht genügend begründet waren. Er habe sich nach Kornblums Vermögensverhältnissen erkundigt und erfahren, daß diese gut seien. Diese Beziehungen Wolffs, die der Zeuge wiederholt und die mit ihren Befahrungen die Grundlage der Anklage bilden, erklärt v. Kröcher an verschiedenen Stellen für durchaus erlogen oder für „freie Phantasien“ des Dr. Kornblum. Er bestreitet namentlich, daß Kornblum ihn vor dem Wolff gewarnt habe. — Zeuge v. Mantuffel belundet des weiteren: Kornblum habe ihm wiederholt sein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß Wolff fast wortgetreu darüber unterrichtet war, was er während Herrn v. Kröcher gesagt habe. Als Wolff dem Kornblum eines Tages begegnete, habe der erstere dem Kornblum Vorwürfe darüber gemacht, daß er ihn öffentlich blamiere; er sei sehr froh, daß er nach langen Mühen wieder Eingang in bessere Kreise gefunden habe, und da wäre es doch netter gewesen, wenn ihn Herr Kornblum nicht öffentlich blamiert, sondern privatim Mißtrauen gegeben hätte. — Vorsitzender: Welche Beziehungen bestanden zwischen Herrn Wolff und v. Kähler nach den Behauptungen des Kornblum? — Zeuge: Es scheint ihm so, als ob v. Kähler der Meinung sei, daß Dr. Kornblum ihm gegenüber geüßigt ausgesagt habe. Dies sei aber nicht der Fall, tatsächlich habe ihm gegenüber Dr. Kornblum Herrn v. Kähler energisch in Schutz genommen.

Die Verhaftung v. Kröchers.

Nachdem der Zeuge die Spielkreise in Leipzig geschildert, bei welcher mit Herrn Wolff gespielt wurde, wird er aufgefordert, mitzuteilen, welche Maßnahmen er zur Verhaftung der Angeklagten getroffen habe, da die Angeklagten behaupten, daß sie von der bevorstehenden Verhaftung Kenntnis hatten und sehr leicht hätten entfliehen können. Der Zeuge belundet: Ich glaube nicht, daß die Angeklagten von dem Haftbefehl früher Kenntnis erhalten konnten, bevor ich mich ihnen offenbarte. Am Abende erhielt ich den Haftbefehl, der vom Untersuchungsrichter Herr verhängt und von der Strafammer bestätigt worden war. Landgerichtsrat Herr hielt die Verhaftung des Herrn v. Kröcher für am wichtigsten. Ich begab mich deshalb am folgenden Morgen in der Frühe zum Herrn v. Kröcher. Da ich nicht wußte, was ich, der ich ja auch Offizier bin, event. in einer solchen Lage thun würde, so hatte ich einen Beamten mitgenommen, der jede Bewegung des Herrn v. Kröcher zu beobachten hatte. Ich gab Herrn v. Kröcher gegenüber zu erkennen, daß es mir peinlich sei, ihn behelligen zu müssen, aber es hätten sich Umstände gegen ihn herausgestellt, welche eine Hausdurchsuchung bei ihm notwendig machten. Er möge so liebenswürdig sein und mir förmlich in seiner Wohnung befindlichen Behälter öffnen. Ich muß bemerken, daß ich mir vom Landgerichtsrat Herr die Erlaubnis ausgedrückt hatte, bei der Verhaftung so schonend und rücksichtsvoll wie nur möglich vorzugehen. Herr v. Kröcher kam meinem Wunsch bereitwillig nach. Als ich die Durchsuchung beendet hatte, wirkte ich an dem Ausdruck herum, wie ich ihm die Mitteilung von seiner Verhaftung beibringen sollte. Ich sagte ihm, daß ich ihn dem Richter vorführen müsse. Er ging sofort mit. — Präf.: War er nicht konfirmiert? — Zeuge: Nein, im Gegenteil, ich war konfirmiert, weil er so gar nicht konfirmiert war. Ich hatte so etwas noch nicht gesehen. Mich froh innerlich. Herr v. Kröcher fragte mich dann, ob ich ihm nicht sagen könnte, ob die anderen auch verhaftet sind. Ich war neugierig, wer die anderen sein sollten. Herr v. Kröcher fragte mich denn auch bald: Ist Herr v. Schachtmeyer auch verhaftet? Als wir von der Friedrich Wilhelmstraße durch den Tiergarten über die Brücke bei der Paulstraße fuhren, sagte Herr v. Kröcher plötzlich: Hier wohnt ja auch Herr v. Kähler, vielleicht können wir hinaufgehen und ihn gleich mitnehmen. Vors.: Herr v. Kröcher, verhält sich das so? — Angell.: Nicht ganz. Herr v. Mantuffel hat den Haftbefehl nicht aus der Tasche gezogen. Er teilte mir meine Verhaftung auch nicht auf der Treppe mit, sondern unten am Gartenthor. Ich bin das erstmal in meinem Leben verhaftet worden, und erinnere mich deshalb ganz genau daran. (Heiterkeit.) Ich habe diese Bemerkung über das Mitnehmen des Herrn v. Kähler nur scherzhaft gemacht, nachdem Herr v. Mantuffel mir gesagt hatte, Herr v. Kähler sei auch in die Affäre verwickelt. — Zeuge v. Mantuffel: Ich glaube nicht, daß ich den Namen des Herrn v. Kähler schon genannt hätte. Vielleicht können meine Beamten darüber Auskunft geben. Es sind ehemalige Unteroffiziere, sie haben mir auch gesagt, ein solcher Gleichmut bei einem ehemaligen Offizier sei ihnen noch nicht vorgekommen.

Angell. v. Kähler: Für mich ist es von größter Wichtigkeit, ob Herr v. Kröcher meinen Namen zuerst genannt hat. Meine Existenz steht auf dem Spiele, und es würde mich doch verdächtigen, wenn Herr v. Kröcher sofort meinen Namen genannt hätte. — Vors.: Da haben Sie ganz recht. — Weisiger Landgerichtsrat Oued: Herr v. Mantuffel, ist der Name des Herrn v. Kähler zuerst von Ihnen oder von Herrn v. Kröcher genannt worden? — Zeuge v. Mantuffel: Das kann ich nicht genau sagen. — Rechtsanwalt Sello: Sie haben doch die Anrechnung des Herrn v. Kröcher nur als eine scherzhaft, vom Galgenhumor diktierte ausgelegt? — Zeuge: Jawohl; inwiefern fiel sie mir auf, weil sie doch ein Schuldbekenntnis in sich schloß für sich und Herrn v. Kähler. — Justizrat Sello: Gerade deshalb ist von großer Wichtigkeit, festzustellen, wer zuerst den Namen des Herrn v. Kähler genannt hat. — Zeuge: Ich glaube, Herr v. Kröcher. — Angell. v. Kähler: Ich bitte den löblichen Kriminalkommissar, sein Gedächtnis zu schärfen. Als vorhin der Herr Weisiger fragte, da antwortete Herr v. Mantuffel, er wisse das nicht. — Weisiger Dr. Oued: Ich konstatiere, daß meine Frage lautete: Wer hat zuerst

den Namen des Herrn v. Kasper genannt? und daß die Antwort des Zeugen lautete: Das weiß ich nicht. — v. Kröcher: Während der Unterhaltung im Bogen habe v. Mantuffel versucht, ihm beizubringen, daß v. Kasper schlechter über ihn rede.

Eine rücksichtsvolle Verhaftung.

Der Zeuge v. Mantuffel erzählt dann den Vorgang der Verhaftung des Angekl. v. Kasper. Als er in die Wohnung des Hrn. v. K. gekommen sei, habe ihm sein Kammerdiener aufgemacht. — v. Kasper: Was? mein Kammerdiener?! — v. Mantuffel: Es war ein kleiner, halbwüchsiger Junge. — v. Kasper: Also das Gegenstück von dem, was der Zeuge soeben unter seinem Eide behauptet hat! — Zeuge v. Mantuffel erzählt dann, wie er zweimal vergeblich in v. Kaspers Wohnung war und dort zwei Visitenkarten zurückgelassen habe, wie dann am nächsten Morgen v. Kasper ihn aufgesucht habe, wie der Versuch, den Untersuchungsrichter Herr sofort zu sprechen, verunglücke und dann eine Hausdurchsuchung bei v. Kasper stattfand. Er sei kolossal überrascht von der enormen, tadellosen Ordnung, in welcher sich die Papiere des Herrn v. K. befanden. Letzterer habe ihm bereitwillig alles überlassen, er habe absolut nichts verborgen, alles sei wunderschön geordnet gewesen und er, Zeuge, habe die Überzeugung gewonnen, daß „nichts mehr da“ sei. Wegen die Zweckmäßigkeit des letzteren Ausdrucks verwarf sich v. Kasper entschieden. Der Zeuge erzählt weiter: Er habe Herrn v. Kasper auf dessen Witten gestattet, in seiner Gegenwart auf einen kurzen Moment Frieda Gostig zu sprechen. Dann war es ihm von Wichtigkeit, durch Herrn v. Kasper zu erfahren, wie er sich zu der ganzen Angelegenheit stelle; es sei überlegt worden, wie dies am besten geschehen könne, und so habe man dann die Weinstraße von Eggerecht aufgesucht. Bei diesen Erzählungen habe v. Kasper auf ihn einen sehr vertrauensvollen Eindruck gemacht, wenn er auch nicht habe begreifen können, warum v. Kasper so entschieden für Herrn v. Kröcher eintrat. Bei der eminenten Begabung und bei der Geschäftlichkeit, mit welcher v. Kasper seine Ausführungen machte, seien ihm vorübergehend Zweifel gekommen, ob es unter solchen Umständen nötig sei, ihn sofort in Haft zu nehmen. Er glaube überzeugt sein zu dürfen, daß v. Kasper nicht entfliehen würde und habe sich deshalb entschieden, Herrn v. Kasper in der Nacht noch in seiner Wohnung zu lassen und ihn erst am nächsten Morgen abzuholen. Herr v. Kasper habe ihm das Versprechen gegeben, seine Wohnung nicht zu verlassen. Am nächsten Morgen habe er Herrn v. Kasper abgeholt, dieser habe erst noch den Koffer aufgesucht und sei dann mit ihm zu dem Untersuchungsrichter Herr gegangen.

Der Angeklagte v. Kasper behauptet auf das Bestimmteste, daß v. Mantuffel dabei sofort seine entschiedene Ansicht dahin ausgesprochen habe, es werde sofort wieder seine Entlassung erfolgen. Der Zeuge will dies nicht so bestimmt ausgesprochen, aber allerdings gesagt haben: wenn das alles so richtig sei, wie er behaupte, dann würde er wohl freikommen. Er sei auch mit dem Untersuchungsrichter Herr zum Oberstaatsanwalt Dreher gegangen und habe seine Zweifel darüber ausgedrückt, daß die Haft fortzubauern habe. Der Oberstaatsanwalt habe aber die Haft aufrecht zu halten bestimmt. — Oberstaatsanwalt Jsenbittel: Die Aufrechterhaltung der Haft sei ja gar nicht der Entscheidung des Kriminalkommissars unterstellt, sondern derjenigen des Richters. In diesem Falle sei die Aufrechterhaltung der Haft von der zustehenden Strafkammer beschlossen, es sei dagegen Beschwerde erhoben und der Beschluß der Strafkammer durch das Kammergericht bestätigt worden.

Mantuffel bei v. Schachtmeier.

In Betreff der Verhaftung v. Schachtmeiers macht Zeuge v. Mantuffel folgende Angaben: Auch bei diesem Angeklagten habe er eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Er habe ihm gesagt, daß es ihm hauptsächlich daran liege, eine Quittung des Herrn Montag zu bekommen. Der Angeklagte habe erklärt, daß er dies Papier sowie einen ganzen Haufen anderer Papiere, die den Klub betrafen, verbrannt habe. Der Angeklagte v. Schachtmeier giebt dies zu. Er habe dies auf Anraten des Mitangeklagten v. Kasper getan, aber keineswegs um die Sachlage zu verdunkeln. Bei Auflösung des Klubs habe er v. Kasper gefragt, was mit den Druckschriften und Quittungen geschehen solle. Herr v. Kasper habe ihm erwidert, er möge nur die ganze Geschichte in seiner Wohnung verbrennen, er fiede gerade im Examen, und es sei ihm unangenehm, wenn es bekannt würde, daß er sich für einen Spielklub interessiert habe. Die Druckschriften hätten ebensowenig Wert gehabt, wie die den Klub betreffenden Quittungen. Es sei ein Spielreglement gewesen, welches von Herrn v. J. J. verfaßt worden sei, ferner eine Liste der Mitglieder usw. Herr v. Mantuffel müsse auch zugeben, daß er sofort alle seine Behältnisse zur Verfügung gestellt habe. — Zeuge v. Mantuffel giebt dies zu.

Auf Fragen des Oberstaatsanwalts erklärt sich v. Kasper nochmals über den „Kammerdiener“, der dem Zeugen v. Mantuffel die Thür geöffnet haben soll. Dieser „Kammerdiener“ sei ein kleiner Junge gewesen, der im November 6 Mark und im Dezember mit Rücksicht auf Weihnacht 10 Mark erhalten habe. Im gewöhnlichen Leben nenne man solchen „Kammerdiener“ Laufjungen. — Auf eine Reihe von Fragen des Rechtsanwalts Dr. Schwandt erklärt Zeuge v. Mantuffel, daß ihm Kornblum niemals gesagt, Kröcher habe falsch gespielt. Ob der Redacteur Fölzer die ihm aufgetragene Warnung an die Offiziere auch wirklich bestellt habe, wisse er nicht. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt: v. Kröcher habe jedenfalls mit Herrn Fölzer nicht gesprochen und keine Warnung vor Wolff erhalten.

Kröcher und Mantuffel.

v. Mantuffel: Es sei richtig, daß v. Kröcher nach den ersten im Tageblatt geschriebenen Artikeln eines Tages zu ihm gekommen sei, um von ihm, der Hauptmann der Landwehr und ein älterer Kamerad des v. K. war, einen Rat zu erbitten. Er sagte, daß in den Artikeln seine Person so deutlich gezeichnet worden sei, daß sie sofort erkennbar war und wollte gern Rat haben, wie er sich zu verhalten habe. Er habe Herrn v. Kröcher darauf gefragt, wodurch er sich beleidigt fühle und dieser habe erwidert, daß er ja zugeben müsse, leidenschaftlich gespielt und auch gewonnen zu haben. Darauf habe er erwidert, daß das bloße Spielen ja nicht strafbar sei und es auch nichts Böses sei, wenn man beim Spielen Glück habe, das sei vielmehr für jeden Spieler angenehm. Er habe ihm geraten, sich so schnell als möglich an den Ehrenrat zu wenden, dessen stellvertretender Stabschef er, der Zeuge, sei. Kröcher habe dann noch einen Brief hervorgezogen, den er für einen gemeinen Expressbrief hielt. Der von dem Lieutenant Bancart herrührende Brief habe ihn natürlich sehr interessiert, da ihm kurz vorher der Redacteur Friedländer vom „Tageblatt“ mitgeteilt habe, daß er aus London Mitteilungen über Spielaffären erhalten habe und der Verdacht vorlag, daß beide Schreiben denselben Verfasser haben könnten. v. Kröcher habe ihm den Brief des Herrn Bancart überlassen, er habe sich Abschrift davon genommen und das Original Herrn v. Kröcher wieder zugestellt. — Zeuge überreicht nun die Antwort, die v. Kröcher dem Lieutenant Bancart erteilt hat. Aus dem Inhalte geht hervor, daß er den Wolff dem Bancart gegenüber in Schutz nimmt. Der Zeuge v. Mantuffel erklärt auf Befragen, daß er nicht begreifen könne, wie der Angeklagte als Offizier, dem doch indirekt vorgeworfen wurde, mit einem „geschickten“ Bankhalter zusammenzuhängen, seine solche Antwort erteilen konnte. Der Angeklagte v. Kröcher weist darauf hin, daß Bancart sich damals und noch heute in London befinden habe.

General v. Kröcher.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Herr Zeuge, ist es richtig, daß Sie dem Vater des Herrn v. Kröcher, dem General v. Kröcher, geraten haben, sein Sohn solle nichts gegen Dr. Kornblum unternehmen, denn dieser habe nur Gutes über ihn gesprochen? — Zeuge v. Mantuffel: General v. Kröcher hat mich einmal in meiner Wohnung aufgesucht, mich aber nicht getroffen. Dann habe ich den General einmal auf dem Korridor vor dem Amtszimmer des Land-

gerichtsrats Herr gesprochen, ich entsinne mich aber nicht, ob der Name des Dr. Kornblum erwähnt wurde. General v. Kröcher sprach die Erwartung aus, daß gegen seinen Sohn strenggerichtlich vorgegangen werden würde, aber er besorge auch, daß ebenfalls das gerichtliche Verfahren gegen seinen Sohn eingeleitet werden würde. Ich verhielt mich zurückhaltend, worauf der General erklärte, daß er wisse, daß sein Sohn gewerbsmäßig spiele. Ich erwiderte ihm: „Am Gotteswillen, sagen Sie so etwas nicht. Ich könnte ja als Zeuge vernommen werden.“ General v. Kröcher fragte mich nun, eine wie hohe Strafe auf gewerbsmäßiges Glücksspiel stehe. Ich verwies ihn hierauf auf den Landgerichtsrat Herr. Auch dieser hat es abgelehnt, sich auf die Frage auszulassen.

Angekl. v. Kröcher: Ich bleibe dabei, daß mein Vater mir dreimal die Verurteilung des Herrn v. Mantuffel, ich solle nicht gegen Dr. Kornblum vorgehen, wiedererzählt hat. — Rechtsanwalt Dr. Schwandt: Ich kann es mir kaum denken, daß ein Vater seinen Sohn des „gewerbsmäßigen“ Glücksspiels bezichtigen sollte, wenn er diesen Strafbegriff kennt, und ich beantrage nunmehr die Ladung des Generals v. Kröcher oder dessen kommissarische Vernehmung in Halle. — Oberstaatsanwalt Jsenbittel teilt mit, daß er gestern eine Depesche vom General v. Kröcher erhalten habe, worin derselbe erklärt, daß er von seinem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch machen und unter keinen Umständen als Zeuge auftreten werde. Die Verteidiger erklärten sich nun bereit, nochmals eine Anfrage an den General v. Kröcher zu richten, ob er als Zeuge erscheinen wolle.

Die Vernehmung des Kriminalkommissars v. Mantuffel wird hier unterbrochen. Es sollen morgen noch zahlreiche Fragen an ihn gerichtet werden.

Zwischendurch wird Zeuge Rittmeister v. Schnard vernommen. Dieser äußert sich über einen Referenten v. Rabede, der bei seiner Vernehmung in der Voruntersuchung ungünstige Aussagen über v. Kasper gemacht hat. Den letzteren kennt v. Schnard als vollkommenen Gentleman, dagegen befindet er über v. Rabede, daß dieser ihn in schändester Weise um 12000 M. bares Geld gebracht habe. Es wird festgestellt, daß von Rabede in einem gegen ihn angestrenzten Prozeß den Einwand der Unzurechnungsfähigkeit mit Erfolg gemacht habe. In seinen Aussagen hat Rabede u. a. das Verhalten v. Kaspers beim Spiel als unsärl bezeichnet und dafür einzelne Beispiele angeführt. — v. Kasper tritt diesen Aussagen eines Zeugen, der sich selbst für „unzurechnungsfähig“ erklärt habe, mit Entschiedenheit entgegen, schildert diesen als einen materiell völlig ruinerten und ganz unzuverlässigen Zeugen und sucht nachzuweisen, daß in der Aussage desselben ein halbes Duzend Meinende enthalten seien.

Hierauf wird die Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation, welche gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner eine mehrtägige Sitzung abhielt, beschloß, den Antrag der Großen Straßenbahn-Gesellschaft auf Weiterführung mehrerer Linien an Sonn- und Feiertagen gegen Erhebung von Zuschlagspreisen abzulehnen.

Der Antrag der Gesellschaft, die Linie Dönhofsplatz—Bogauerstraße nur bis Ritterstraße, die Linie Lindenstraße, zu führen, wurde ebenfalls abgelehnt, der Gesellschaft jedoch anheimgegeben, auf der Strecke Ritterstraße—Dönhofsplatz statt des Accumulatorbetriebes oberirdische Stromzuführung einzuführen.

Die Verhandlungen wegen Einrichtung von Wartehallen werden bis zum April n. J. ausgesetzt; inzwischen soll durch die städtischen Bau-Inspektionen ermittelt werden, an welchen Stellen Wartehallen notwendig sind.

Den Hauptgegenstand der Deputationsberatung bildete die Verichterhaltung einer Subkommission über die Organisation eines für Rechnung der Stadt zu errichtenden und zu betreibenden Straßenbahn-Unternehmens.

Bekanntlich hat die Verkehrsdeputation nach Abschluß des Vertrages mit der Straßenbahn-Gesellschaft einen Plan aufgestellt, nach welchem der weitere Ausbau des Straßenbahnnetzes erfolgen soll. Auf dieses neue etwa 48 Kilometer Doppelgleis umfassende Netz, auf welchem rund 57 Kilometer Straßenbahnlinien eingerichtet werden sollen, waren eine Anzahl Unternehmergebote eingegangen, welche zwar erheblich günstigere Bedingungen als beim Anwandlungsverträge enthielten, aber zu einem Abschlusse nicht gelangten.

Inzwischen war die Verkehrsdeputation zum Teil wegen der in die Erscheinung tretenden Verwicklungen, die gesamten Straßenbahn-Unternehmungen in einer Hand zu vereinigen, in ernste Erwägung darüber getreten, ob es nicht, um einer vollständigen Monopolisierung zu Gunsten einer Privatgesellschaft vorzubeugen, geboten erscheine, die zum Ausbau und zur Erweiterung des Straßenbahnnetzes notwendigen neuen Linien in städtische Regie zu nehmen. Zur eingehenden Prüfung dieser Frage wurde eine Subkommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, neben den allgemeinen und rechtlichen Gesichtspunkten auch die Rentabilität eines städtischen Straßenbahn-Unternehmens auf den in Aussicht genommenen Linien zu erörtern.

Die Kommission hat sich für die Übernahme der neuen Linien ausgesprochen und der Deputation entsprechende Rentabilitätsberechnungen und Verwaltungsvorschläge unterbreitet.

Ueber den Antrag der Subkommission wurde mehrere Stunden in eingehendster, alle einschlägigen Gesichtspunkte erörternder Weise diskutiert. Die Befürworter des Antrages machten namentlich geltend, daß neben den finanziellen Vorteilen die Errichtung eines städtischen Straßenbahn-Unternehmens auch aus dem Grunde notwendig werde, um bei Ablauf des Vertrages mit der Gesellschaft im Jahre 1919 auf Grund eigener Erfahrungen die Gesellschaftslinien übernehmen zu können. Wenn die Stadt auch die im Laufe der Jahre sich als notwendig erweisenden Linien an Privatgesellschaften verpachte, so begründe dies eine solche Machtstellung der Unternehmer — die ihre verschiedenen Gesellschaften in zwischen fusioniert haben würden —, daß die Stadt dann vollkommen wehrlos sei und sich den Bedingungen des Privatkapitals ergeben müsse. Man müsse daher bei Zeiten sich darauf einrichten, dieser Gefahr durch Einrichtung eines städtischen Unternehmens vorzubeugen. Da außerdem noch — wie die Berechnungen ergeben — die Stadt bei Selbstbetrieb höhere Einnahmen erziele als wie Abgabe und Gewinnteilung an Privatgesellschaften ergeben, so ließe sich auch in dieser Beziehung kein Bedenken gegen den Antrag erheben.

Die Gegner leiteten ihren Widerspruch aus principiellen Gründen ab. Die Stadt sei nicht dazu da, der Privatindustrie Konkurrenz zu machen; man könne nicht so vorteilhaft verwalten und sollte sich nicht mit noch mehr Beamten belasten. Auch arbeite eine städtische Verwaltung zu langsam und solle vermeiden, sich dem Vorwurfe schicklicher Verwaltung auszusetzen.

Diesen Einwendungen traten vom Magistrat der Bürgermeister Kirchner und die Stadträte Reubrin und Krause entgegen, welche ausführten, daß die Bedenken nicht schwerwiegend genug seien um den Antrag der Subkommission preiszugeben — da eine gewisse Selbstständigkeit der verwaltenden Deputation bzw. des Direktors die etwa sich herausstellenden Schwierigkeiten leicht überwinden werde.

Der Stadtv. Singer befürwortete, unter Verschäftigung aller Gesichtspunkte, lebhaft den Antrag der Subkommission, dessen Annahme er als die einzige Möglichkeit bezeichnete, die Nachsicherung des in den Gesellschaften koalitierten Kapitals zu brechen. Die Stadtv. Cassel, Dünse und Rosenow unterstützten die Ausführungen Singers und meinten, man müsse bei einem kleineren Unternehmen die Probe machen, ob die Stadt befähigt sei, Straßenbahnen selbst erfolgreich zu betreiben. Mit großer Energie bekämpften Stadtrat Weigert und die Stadtverordneten Jacoby und Ahlmann den Antrag der Kommission, indem sie den ungenügenden finanziellen Mehrertrag sowie die Belastigungen durch die Verwaltung und die Beeinträchtigung der Privatindustrie als Ablehnungsgründe bezeichneten.

Bei der Abstimmung beschloß die Deputation mit 11 gegen 3 Stimmen, beim Magistrat und den Stadtverordneten zu beantragen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die neuen notwendig erscheinenden Straßenbahn-Linien für Rechnung der Stadt gebaut und betrieben werden. Die Verwaltung des städtischen Straßenbahn-Unternehmens soll durch die Verkehrsdeputation nach bestimmten, von den städtischen Behörden festzusetzenden Grundfagen geführt werden.

Die weiteren Gegenstände mußten wegen vorgerückter Zeit vertagt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung hat den Antrag gestellt, der Magistrat möge mit Deputierten der Stadtverordneten-Versammlung in gemischter Deputation wegen Uebernahme des öffentlichen Anschlagwesens in städtische Verwaltung beraten. Der Vertrag mit der Firma Raud und Hartmann läuft im Jahre 1901 ab.

Ferner hat die Fraktion beantragt, die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen dritter Abteilung am Sonntag, den 4. November d. J., statifinden zu lassen.

Tokales.

Freie Volksbühne. Die dritte Abteilung hat ihre „Haust“-Aufführung Sonntagmorgen 2 1/2 Uhr im Ostend-Theater, für die sechste Abteilung 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater werden die „Journalisten“ gegeben. Pünktliches Erscheinen wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht. — Die Jahrsliste 23 von Fritz Jubel befindet sich jetzt Markgrafenstraße 102 beim Restaurateur Sah. — Die Willets zum Herbstfest 14. Oktober, Brauerei Friedrichshain, gelangen jetzt in allen Zahlstellen zur Ausgabe a 50 Pf. Bitte die heutige Annonce im Inseratenteil zu beachten.

Der Vorstand. J. A.: G. Winler.

Bei den Harmlosen

legte die Sache am Mittwoch früh moralisch ein. Und zwar war einer der Harmlosen der moralisch Enttäuschte. Herr v. Kasper hielt eine Ansprache an die versammelte Zeugenchaft. Er hielt sich nämlich Zeitungen in Untersuchungsgefängnis, und da hatte er in den Prozeßberichten ein paar Irrtümer gefunden, die ihn veranlaßten, den Journalisten seine ernste Mißbilligung auszusprechen. Der Hauptpunkt seiner Anklage war, daß in dem Bericht gestanden habe, er hätte den Unterhalt für die Familie Bogt bezahlet, während er in Wirklichkeit nur der einen der beiden Schwägeren Bogt, der Dame seines Herzens, monatlich etwa 500 bis 600 Mark gegeben habe. Man begreift die Entrüstung dieses Harmlosen, wenn die bösen Zeitungen ihm unterstellen, nicht nur für seine Geliebte den Unterhalt bezahlt zu haben, sondern der Menager der beiden Damen gewesen zu sein. Jeder in der höheren Moral Beschlagene begreift, daß durch solche irrtümlichen Berichte die tadellosen, funigen und hochmoralischen Beziehungen des Herrn v. Kasper ins bodenlos Immoralische verkehrt werden. Es wird nach dieser Nichtigstellung Herrn v. Kasper sicher gelingen, sich bei dem Minister des Innern zu rehabilitieren, was er — nota bene nach der Freisprechung — zu thun beabsichtigt. Und der „hoffnungsvolle junge Mann“, als welchen Dr. Sello seinen Klienten bezeichnete, wird noch eine Fierde der preussischen Beamtenchaft, er wird Landrat oder noch mehr werden und wird helfen, die immer mehr zu Tage tretende Verlotterung der Jugend — natürlich der Arbeiterjugend — durch energische Maßregeln zu unterdrücken.

Wie es in den Kreisen der satisfaktionsfähigen goldenen Jugend zugeht, darüber hatte am Mittwoch der Lieutenant der Reserve Graf Reventiov einige Auskunft zu erteilen. Nach seinen Eindrücken sind an den Fein-Abenden der Harmlosen alle bei den Edelsten und Besten üblichen Spielregeln beobachtet worden.

Dann kam Herr v. Mantuffel, der Kriminalkommissar, an die Reihe, der wohl das Material für die Anklage zusammengetragen, aber das Pech gehabt hat, daß die minder Harmlosen, der wegen Diebstahl und Glücksspiel vorbestrafte Herr Wolff und der stark kompromittierte Dr. Kornblum ins Ausland entweichen konnten. Sie sind dort von der soeben reorganisierten Kriminalpolizei nicht zu ermitteln, so daß nur die jungen Aristokraten im Wege hängen geblieben sind.

Herr v. Mantuffel begann nach guter polizeilicher Tradition mit dem Wunsch, daß man nicht nach der Art fragen möge, in der er seine Recherchen vorgenommen habe, — er müsse sonst vorläufig sein Zeugnis verweigern. Er erzählte mancherlei, was er über Wolff, Kornblum etc. weiß, — und er schilderte dann, in wie rücksichtsvoller Weise er die Angeklagten verhaftet und dabei — das Nächstenliebende mit dem Nächstigen verbindet — aus den Verhafteten wechselseitig belastendes Material herauszuholen versucht habe. Der Kriminalkommissar erwies bei seinen Mitteilungen wider Willen den Angeklagten den guten Dienst, sich in allerlei Widersprüche zu verwickeln, was von den Harmlosen, die den Herrn von der Kriminalpolizei in ein wohlgezieltes Kreuzfeuer nahmen, weidlich ausgenutzt wurde. Hat es somit Herr v. Mantuffel vorläufig nicht verstanden, sich bei seinem Auftreten einen Achtungserfolg zu sichern, so hat er dafür die Zeitgeschichte um ein gefügigtes Wort bereichert. Er hat bei der Verhaftung des Herrn v. Kröcher „innerlich gefroren“, was noch nicht vielen Kriminalbeamten geschehen sein dürfte, und was um so anerkenntniswerter ist, als Herr von Kröcher innerlich und äußerlich so ganz unvertoren war.

Wahrhaft gerührt aber wird jedes edle Herz sein, wenn es hört, mit welcher zartesten Rücksicht Herr von Mantuffel die harmlosen Aristokraten verhaftet hat. Ein Kriminalkommissar, der innerlich friert und die Verhaftung kaum auszusprechen wagt, um seine Klienten nicht zu erschrecken, — ein Kriminalbeamter, der mit dem Verhafteten abends ins Weinrestaurant soupiert, geht, ihn dann im Bogen nach Hause begleitet und ihn ruhig die Nacht in seiner Wohnung zubringen läßt, um ihn dann am anderen Morgen nach Rombit abzuholen, — ein so zartes und liebevolles Verfahren stellt die Berliner Kriminalpolizei ins beste Licht. Und jeder Leser wird den doppelten Schmerz zu würdigen verstehen, von dem die Kriminalbeamten gerissen werden, wenn die rauhe Pflicht sie treibt, am frühesten Morgen in das Schlafzimmer sozialdemokratischer Redacture zu dringen, um sie aus dem Bette heraus zu verhaften.

Die angeklagten Harmlosen, oder die Herren Angeklagten, wie Gerichtspräsident und Oberstaatsanwalt sie nennen, werden überhaupt von einem merkwürdigen Glück förmlich verfolgt. Sie werden auch im Prozeßverfahren mit der größten Rücksicht behandelt. Während sonst in Haft befindliche Angeklagte, mit dem Gefangenen-Auffeher hinter sich, Spiehruten durch die bevölkerten Korridore laufen müssen, werden diese Angeklagten durch die inneren Räume abgeführt. Man hat der Verteidigung gestattet, während des Prozesses für die Verpflegung der jungen Lebemannner aus dem Restaurant zu sorgen, und die jungen Herren genießen eine Freiheit der Rede, wie man sie wohl auf der Anklagebank nur selten gesehen hat.

Wir gönnen den „Herren Angeklagten“ alle Vergünstigungen, ja wir freuen uns sogar darüber; denn da ja alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind, so wird in Zukunft sicher auch minder

hochgelobten Sterblichen eine gleich noble Behandlung zu teil werden.

Die Aussichten des Prozesses sind für die Angeklagten dauernd günstig. So, wie es bis jetzt aussieht, darf man wohl ihre Freisprechung erwarten. Und die eingelochten Harmlosen werden mit Sehnsucht des Moments harren, wo sie ein tiefes fideles Befreiungs-Feu veranlassen können.

Die Beteiligung an den Stadtverordneten-Wahlen

Ist in Berlin zwar nicht so gering, wie die an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus, aber sie kann — leider! — auch nicht bedeutend genannt werden und bleibt namentlich weit hinter der Beteiligung an den Wahlen zum Reichstage zurück. Dabei unterscheiden sich die drei Wähler-Abteilungen in sehr bemerkenswerter Weise von einander. Am stärksten ist die Beteiligung jedesmal in der dritten, am schwächsten jedesmal in der ersten Abteilung. Die Wahlen vom 8., 9., 10. November 1897 brachten in der dritten Abteilung 34 Proz., in der zweiten Abteilung 39 Proz., in der ersten Abteilung 50 Proz. aller Wähler der betreffenden Abteilungen an die Urne. Diese Unterschiede, die übrigens auch bei den Wahlen zum Landtage in derselben Weise auftreten, sind um so auffälliger, da in der ersten Abteilung nie und in der zweiten fast nie ein wirklicher Wahlkampf stattfindet, so daß man hier eigentlich kaum ein lebhaftes Interesse an der Wahl und ihrem Ausfall erwarten sollte. Wenn gerade in der dritten Abteilung, wo sich verschiedene Parteien gegenüber stehen und meist ein erbitterter Kampf um das Mandat geführt wird, die Beteiligung so schwach ist, so wird das nur dadurch verständlich, daß den Wählern der dritten Abteilung die Ausübung ihrer Wahlrechts am meisten erschwert ist. Sie befinden sich am meisten in wirtschaftlicher Abhängigkeit, darum empfinden sie schon den mit der Ausübung des Wahlrechts verbundenen Zeitverlust am unangenehmsten. Sie haben darum aber auch die Gefahren der öffentlichen Stimmbgabe am meisten zu fürchten. Fänden die Wahlen am Sonntag statt und wären sie geheim (Forderungen, die seit langem von der Socialdemokratie vertreten werden), so würde die Beteiligung ohne Zweifel auch in der 3. Abteilung viel reger sein. Daneben trifft freilich auch die Wähler selber ein Teil der Schuld an dem geringen Umfang der Wahlbeteiligung. Daß auch unter den oben erwähnten erschwerenden Umständen eine regere Beteiligung möglich ist, das haben frühere Wahlen bewiesen. An den Wahlen von 1883 (die die ersten Socialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung führten) beteiligten sich selbst in der 3. Abteilung fast 40 Proz. der Wahlberechtigten.

Sollte, was damals möglich war, nicht wieder möglich sein? Möge jeder Wähler bedenken, daß er nicht bloß ein Wahlrecht, sondern auch eine Wahlpflicht hat, und daß er diese Pflicht nicht nur in seinem Interesse zu erfüllen hat, sondern auch im Interesse der vielen anderen, denen unter dem heute noch herrschenden Wahlsystem das Wahlrecht überhaupt vorenthalten ist. Gerade in der 3. Abteilung muß die Beteiligung am stärksten sein, — so sehr sich im übrigen die Abneigung weiter Volksschichten gegen das Klassen-Wahlsystem verstehen läßt.

Das städtische Obdach im Jahre 1898/99. II.

Bei der Abteilung für städtische Obdachlose ist im letzten Jahre eine kleine Abnahme der Frequenz eingetreten. Es nächtigten hier 1898/99 (bez. 1897/98): 204 092 (302 246) männliche Personen, darunter 43 (06) Knaben, und 11 377 (9262) weibliche Personen, darunter 46 (77) Mädchen, überhaupt 306 369 (311 008) Personen, durchschnittlich pro Tag 839 (833). Von den Monaten des Jahres 1898/99 hatte der August 1898 mit 12 048 Aufnahmen die geringste, der Februar 1899 mit 44 462 Aufnahmen die höchste Frequenz. Die geringste Tagesfrequenz hatte der 17. August mit 278, die höchste der 26. Februar mit 1916. Unter den aufgenommenen männlichen Personen sollen nach Angabe des Verwaltungsberichts 145 442 (147 650) „Handwerker“ und 149 550 (154 506) „Arbeiter“ gewesen sein. Andere Berufe könnten dann überhaupt nicht vertreten gewesen sein, was aber kaum zutreffen dürfte. Man scheint im städtischen Obdach die Berufsaufgaben etwas sehr summarisch zu behandeln und überhaupt nur zwei Berufsgruppen zu kennen. Zum ersten mal anwesend waren 4887 (6292) männliche, 223 (202) weibliche, wiederholt anwesend 290 105 (295 954) männliche, 11 154 (9000) weibliche Personen, 3050 (3658) männliche und 69 (56) weibliche wurden wegen zu häufiger Benutzung des Obdachs dem Amtsanwalt zur Verstrafung überwiesen, 15 731 (19 202) männliche und 416 (390) weibliche wurden wiederholt verwahrt. Die Mittel der Verwarnung und der Ueberweisung an den Amtsanwalt werden verhältnismäßig am häufigsten zur Beginn der kälteren Jahreszeit angewandt, sie vermögen aber die alljährlich um diese Zeit eintretende Steigerung der Obdachfrequenz nicht zu verhindern.

Die Berliner Wäsche-Industrie beschäftigt nach Ausweis der hiesigen Orts-Stammliste ca. 21 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die jetzt noch nicht verfallene hiesige Handindustrie hat, gerechnet, dürfte sich die Zahl der in der Wäscheindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf mindestens 30 000 erhöhen, wovon etwa 90 Prozent weibliche Personen sind. Die Berliner Wäsche-Industrie ist in erheblichem Maße auf das ausländische Geschäft angewiesen. In den hauptsächlichsten Abgabegebieten zählten bisher Süd-Amerika, insbesondere Argentinien, ferner die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Australien. Da sich jedoch in allen diesen Staaten in den letzten Jahren eine eigene Wäsche-Industrie entwickelt hat, ferner aber in diesen Abgabegebieten der englische Wettbewerb immer mehr hervortritt, ist die Berliner Wäsche-Industrie, wie es in dem Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für das Berichtsjahr 1898/99 heißt, „auf dem Punkt angelangt, wo sie das mühsam erworben Terrain wieder verlieren wird, wenn ihr von Staats und Reich wegen nicht eine Unterstützung gewährt wird, die die Vorpränge des konkurrierenden Auslandes einigermaßen wehrt.“

In diesem Zwecke fordern die Wäscheindustriellen: 1. Die Herabsetzung der Zölle auf Leinen und Baumwolle (eine Forderung, die sie seit 20 Jahren vergeblich gestellt haben). 2. Die Zulassung von Transit-Werksstätten, die es ermöglichen, ausländische Stoffe unverzollt zu verarbeiten. — Solche Werksstätten bestehen bereits in Italien und auch in Hamburg.

Am Kölnischen Rathause beginnt nunmehr die Epigone ihr Herfürungsweh. Gestern früh hat man mit der Errichtung des Abbruchraumes den Anfang gemacht.

Arbeiter-Wochenkarten. Die Eisenbahndirektion der Anhalter Bahn hat, wie uns geschrieben wird, neuerdings eine Verfügung an ihre Schalterbeamten erlassen, wonach diese bei der Verabfolgung von Arbeiter-Wochenkarten sich genauer als bisher über die Arbeiterqualifikation der in Betracht kommenden Fahrgäste informieren sollen. Diese bürokratische Anordnung verleiht um die Beamten in nicht seltenen Fällen, solche Arbeiter, deren Beruf eine bessere Kleidung gestattet, nicht für voll zu halten. Schriftgelehrte, Buchbinder etc. wird gesagt, daß ihre Versicherungskarte keine genügende Legitimation sei, und das Ende solcher Scherereien ist dann, daß der Arbeiter, wenn er nicht den Zug veräumen will, mühselig den Betrag für die Einzelsahrt erlegen muß. Die Direktion, die bei der Verabfolgung von Monatskarten coulant verfährt, sollte auch beim Verkauf der gar nicht einmal billigeren Arbeiterwochenkarten jede Willkür meiden und die Versicherungskarte als vollständige

Legitimation betrachten, wenn sie überhaupt noch ferner auf den wunderlichen Standpunkt verfallen will, daß Wochenkarten nur an „Arbeiter“ verkauft werden dürfen.

Karl Wampe, der Fabrikant des bekannten Bildes, ist gestern nach längerer Krankheit im Alter von 42 Jahren gestorben.

Der Schnelltelegraph. In den Bureaus der Vereinigten Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Pest wurden nach einem Telegramm der „N. Fr. Pr.“ am 20. September in der Zeit zwischen 10 und 12 Uhr abends sehr interessante Versuche mit dem Schnelltelegraphen von Pollak und Virag zwischen Pest und Berlin angestellt. Die Pest-Telegraphenverwaltung sowie jene des Deutschen Reiches hatten für diesen Zweck eine Linie zur Verfügung gestellt, damit die neue Erfindung in Gegenwart offizieller Persönlichkeiten erprobt werde. Es handelt sich um den von dem Elektrotechniker Anton Pollak und dem Maschineningenieur Josef Virag, welcher zugleich Richter am Pest-Bezirks-Gerichtshof ist, erfundenen Schnelltelegraphen, der eine Uebertragungsgeschwindigkeit von mehr als achtzigtausend Worten in der Stunde gestattet, unbeschadet der vollsten Präzision des Telegraphierens. Die Versuche können als vollkommen und überraschend gelungen bezeichnet werden. Es wurde beispielsweise eine Depesche von 220 Worten mit den vorbereiteten perforierten Papierstreifen in der Zeit von 10 Sekunden nach Berlin gegeben, und genau in der gleichen Zeit gelangte eine ebenso große Depesche aus Berlin hier ein. Am Berliner Apparat stand der eine der Erfinder, Herr Pollak, während Herr Virag in Pest die Demonstrationen und das Telegraphieren besorgte. In Berlin war die Reichs-Postverwaltung bei den Experimenten durch den Geheimen Rat Dr. Sydow und andere Persönlichkeiten vertreten. In Pest waren zahlreiche höhere Fachorgane der Telegraphenverwaltung anwesend. Ueberdies waren ein Vertreter der französischen Regierung und der Repräsentant einer Kabelgesellschaft in Chicago zugegen, der den Weg über den Ocean unternommen hatte, um den Apparat zu erproben. Man hatte die österreichische Telegraphenverwaltung ebenfalls zu den Versuchen geladen, dieselbe hat sich aber nicht vertreten lassen. Es wird demnach ein ähnlicher Versuch in Wien unternommen werden. Das Aussehen der eingelangten Depeschen erfolgte nach dem Verfahren wie beim Telephonieren und nahm nur immer wenige Minuten in Anspruch.

In der Valentinschen Mordsache ist auf Anordnung der hiesigen Staatsanwaltschaft in Würzburg der aus Triest gebürtige cand. chem. Arthur Jachia verhaftet worden. Da er aber kein Alibi nachweisen konnte, so mußte er sofort wieder aus der Haft entlassen werden. Die Verhaftung war erfolgt auf Grund der Aussage eines hiesigen Künstlers, der den 3. zur Zeit des Mordes hier in Berlin gesehen haben will. — Weiter wurde in Deutsch-Krone (Westpreußen) der Arbeiter Böhl verhaftet, da auf ihn das Signalement eines der Mörder zuzutreffen schien. Wahrscheinlich hat auch er mit dem Morde nichts zu thun, immerhin aber hat die Polizei mit der Verhaftung dieses Burschen einen guten Griff getan. Er ist nämlich vor zwei Jahren aus dem Gefängnis in Rummelsburg entflohen und wird seither fleißig verfolgt, u. a. auch wegen Betruges und schweren Diebstahls.

Auf dem Bahnhof „Alexanderplatz“ ist am 1. Oktober der kleine Fahrkarten-Schalter beseitigt worden, der hier seit vielen Jahren auf dem Bahnhof für die Stadtbüchse stand und für die von der Sontardstraße oder von der Panoramastraße heraufkommenden Fahrgäste bestimmt war. Als Ersatz sind Fahrkarten-Automaten aufgestellt worden, die aber nur Karten nach der Stadt- und Ringbahn verkaufen. Wer zu den über die Stadteisenbahn führenden Vorortzügen der Richtung Grünau will, der muß jetzt den Aufgang an der Königsstraße benutzen, da die betreffenden Fahrkarten nur noch hier zu haben sind.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 1. Oktober erkrankte sich in einer Singpielhalle in der Chausseestrasse ein etwa 24 Jahre alter und 1,70 Meter großer Mann mit dunkelblondem Haar und kleinem dunklen Schnurrbart, besleidet mit dunkelgrünem Jackettanzug und Schuhschuh. Er führte eine Visitenkarte mit dem Namen V. Pajol y Morales bei sich. Wer zur Ermittlung der Persönlichkeit Angaben machen kann, wird ersucht, sie an das Polizeipräsidium, Zimmer 246, zu richten.

Einen schweren Zusammenstoß gab es Mittwochvormittag in der Wadstraße auf der von Siemens u. Halske betriebenen elektrischen Straßenbahn Gartenstraße-Pankow. Der künftige Christof Briegleb aus der Putzstraße 35 kam mit einer dem Fuhrer Herrn Schramm aus der Koloniestr. 156 gehörigen Droische 2 Klasse in scharfen Trab von der Gartenstraße her durch die Hochstraße gefahren und bog in die Wadstraße ein. Schräg gegenüber der Grünthalerstraße geriet er durch seine eigene Schuld mit einem elektrischen Wagen zusammen, der von Pankow nach der Gartenstraße fuhr. Briegleb, ein Mann von 42 Jahren, stieg bei dem Zusammenstoß vom Bod, geriet unter das Schuttbloch des Straßenbahnwagens und zog sich bedeutende Verletzungen am Kopfe zu. Er wurde, nachdem ihm der Heilgehilfe Doermann aus der Grünthalerstraße einen Rotverband angelegt hatte, nach dem Lazarettkrankenhaus gebracht. Das Pferd brach sich mehrere Glieder und mußte nach der Abbederri geschlachtet werden. Die Droische wurde zertrümmert. Es dauerte geraume Zeit, bis man das Pferd befreit, die Wagenrümpfe beseitigt und den Straßenbahnwagen wieder flott gemacht hatte.

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist Dienstagabend um 6 Uhr der 54 Jahre alte Bauarbeiter Gustav Kluge aus der Oberbergerstr. 45, der auf dem Bau der Elektrizitätswerke in Nieder-Schöneweide beschäftigt war. Infolge eines Fehltritts stürzte er unmittelbar vor Feierabend, als er eben seine Sachen zusammenholen wollte, von einem eisernen Träger aus der Höhe des ersten Stockwerks herab und zog sich Verwundungen an Kopf und Unterschenkeln zu. Ein hiesiger Rettungswagen brachte den Verunglückten in das Krankenhaus am Friedrichshain, wo er bestimmungslos daniederliegt.

Mit 3000 Mark durchgebrannt ist der 17 Jahre alte Handlungslehrling Bernhard Goldberg, der in dem Konfektionsgeschäft von Leopold Timm in der Neuen Friedrichstraße beschäftigt war. Der junge Mann, der Sohn eines jüdischen Antiquars, kam durch das Lesen von Indianergeschichten auf den Gedanken, einmal selbst auf Abenteuer auszugehen. Unter einem Vorwande ließ er sich vom Geschäft seine Ausweispapiere, Quittungsarten etc. herausgeben. Einige Tage später fand er auch Gelegenheit, Geld zu bekommen. Man schickte ihn mit 3000 M., die er einzahlte sollte, in ein Bankgeschäft. Goldberg unterzeichnete dieses Geld und ließ sich nicht mehr sehen. Trotz eifriger Nachforschungen hat man noch keine Spur von ihm gefunden.

In bewußtlosem Zustande wurde der Schneider E. Herrmann am Montag der vorigen Woche morgens gegen 7 Uhr von Polizeibeamten auf dem Fluß des Hauses Weuthstr. 14 aufgefunden und nach der nahegelegenen Polizeiwache gebracht. Die Beamten hielten den Mann für sinnlos betrunken und ließen ihn einige Stunden auf der Wache liegen. Am 11 Uhr wurde Herrmann, der immer noch bewußtlos war, nach dem Polizeipräsidium gebracht. Der dort anwesende Arzt erkannte sofort, daß er einen Schwerverkranken vor sich hatte und ordnete die Ueberführung desselben nach der Charité an, wo Herrmann, ohne zum Bewußtsein gekommen zu sein, in der Nacht vom Montag zum Dienstag an Gehirnblutung verstarb. — Herrmann war am Sonntagabend gesund und munter ausgegangen. Nachdem die Angehörigen des Verunglückten während des Montags vergebens auf seine Rückkehr gewartet hatten, begaben sich Frau und Tochter des Verstorbenen am Dienstagmorgen nach dem Bureau des 42. Polizeireviers am Luisen-Platz, um sich zu erkundigen, ob die Polizei von der Auffindung eines unbekanntes Mannes — Papiere hatte Herrmann nicht bei sich — vielleicht etwas wisse. Aber die Beamten wußten nichts davon. Auch am Mittwoch vormittag konnte Frau Herrmann auf dem Polizeibureau noch keine Auskunft

über den Verbleib ihres Mannes erhalten. Nun begab sich die unglückliche Frau nach dem Zeichenkaufhaus und daselbst erfuhr sie, daß ihr Mann in der Charité verstorben sei.

Es ist doch höchst sonderbar, daß man am Mittwoch auf dem Bureau des 42. Polizeireviers noch nicht wußte, daß Polizeibeamte in der Weuthstraße am Montag früh einen unbekanntes Kranken Mann aufgefunden hatten, der einige Stunden später auf Veranlassung der Polizei nach der Charité gebracht wurde. Unseres Wissens werden derartige Vorfälle, sobald sie zur Kenntnis der Polizei kommen, allen Revieren telegraphisch mitgeteilt. Wäre das auch in diesem Falle geschehen, dann hätte Frau Herrmann bei der ersten Nachfrage auf dem Polizeibureau erfahren müssen, daß man einen Unbekanntes aufgefunden hatte. Es scheint demnach, daß irgend ein Polizeibeamter ein Versehen begangen und die Meldung unterlassen hat. Unverständlich ist auch, daß man einen Schwerverkranken für betrunken halten und stundenlang ohne ärztliche Hilfe liegen lassen konnte.

Poppschneider. Ueber einen nichtswürdigen Dubenstreich ist der Kriminalpolizei nachstehende Meldung zugegangen: Als sich die 12 jährige Schülerin Klara Hoffmann am Montagmittag auf dem Wege von der Schule nach der in der Prenzlauer Allee 29 befindlichen elterlichen Wohnung befand, wurde ihr von unbekanntes Personen das zu einem Popf geflochtene Haar abgeschnitten. Der Popf wurde etwa drei Stunden später in dem Keller des Hauses Prenzlauer Allee 29 vorgefunden. Der Popf bedächtig sind drei junge Burschen, die das Mädchen in der Prenzlauer Allee verfolgt und, als es an der Ecke der Meyerstraße die Auslagen eines Schaufensters betrachtete, hinter ihm stehen blieben. Der Vater des Mädchens hat auf die Ermittlung der Urheber des Dubenstreiches eine Belohnung von 20 M. ausgesetzt.

Strasensperre. Das Nord-Ufer von der Buch- bis zur Föhnerstraße wird beaufs Köpfbolierung vom 6. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die Centrale sich nicht mehr in den „Arminshäusern“, sondern im Restaurant „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45, befindet. Daselbst beginnt am 9. Oktober, abends 9 Uhr, ein neuer Kursus. Der Kursus in der Filiale bei A. Neumann, Wannenstr. 150, beginnt am 16. Oktober ebenfalls abends 9 Uhr. Der Samariterkursus unterrichtet seine Teilnehmer: a) in der ersten Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen; b) in der ersten Hilfeleistung bei plötzlichen und gefährlichen Krankheitszuständen; c) in den Grundzügen der Krankenpflege. Der Unterricht erstreckt sich auf zwölf Uebungs- resp. Vortrags-Abende sowohl in der Centrale wie in der Filiale. Die Abolvierung eines solchen Kursus berechtigt zum Eintritt in die Arbeiter-Samariter-Kolonnen. Das Eintrittsgeld beträgt 25 Pf., der monatliche Beitrag ebenfalls 25 Pf. Außerdem steht den Teilnehmern eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Der Besuch der ersten beiden Vortragsabende steht jedermann als Gast frei. Der Vorstand.

Die Fachschule für Schuhmacher, welche in diesem Semester eine bedeutende Erweiterung durch Eröffnung einer technischen Klasse für Schäftfabrikation erhält, beginnt das Wintersemester in der Fortbildungsschule Niederwallstraße 6/7 am Donnerstag, den 12. Oktober, abends 7 Uhr, im Schulhaus dortselbst, und zwar im Schreiben, Rechnen, Deutsch, Englisch und technischen Unterricht in der Schäftfabrikation. Der Unterricht in der Fachklasse im Schulhaus Wredischstraße 20 beginnt am Sonntag, den 15. Oktober, vormittags 9 Uhr und Dienstag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr ebenfalls im Schulhaus von Wredisch- oder Wollschneiderei nach dem Mittelstücken, Leder- und Warentunde, Abzählen von Fäden mit besonderer Berücksichtigung der Krippel-Beschaffung. Aufnahmen erfolgen an jedem Unterrichtstage im Schulhaus.

Die 4. städtische Fortbildungsschule, Feinerebendorferstr. 18 liefert den trefflichen Beweis, daß die Fabrikfähigkeit einer Großstadt sich immer mehr nach der Peripherie zieht. Anfangs von 200 Schülern besucht, ist jetzt die Zahl über 1000 gestiegen. Es ist klar, daß eine solche Anstalt in den verschiedenen Disziplinen unterrichten muß, die den mannigfachen Wünschen der Schüler Rechnung tragen. In den bestehenden Kursen wird mit Beginn des Semesters — 11. Oktober — ein Fangkursus und in der kaufmännischen Abteilung Oberstufe für Englisch und Französisch, Buchführung und Handelskunde, kaufmännische Korrespondenz und Maschinenzeichnen eingerichtet. Mit der Schule ist der städtische Gewerksaal und die Berliner Lehrerschule mit 300 Schülern verbunden, wo Hochschulen für Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker, Drechsler, Tischler geleitet wird. Anmeldungen nimmt täglich der Leiter der Anstalt, Rektor Eugenberger, entgegen.

Feuerbericht. Mittelfeuer wurde gestern früh 9 Uhr von Pajowstr. 106 aus gemeldet. Hier war in dem im zweiten Stock des linken Seitensriegels gelegenen Fabrikraum der Accumulatoren-Fabrik „Minerva“ Leer übergedeckt und in Brand geraten, der infolge einer großen Gefahr in sich barg, als sich über dem Brandherd eine umfangreiche Möbelfabrik befand. Dem Fabrikpersonal der „Minerva“ gelang es jedoch mittels der Hausleitung, das Feuer noch im Entstehen zu dämpfen, so daß die in erheblicher Stärke angelommene Feuerwehr alsbald wieder abrücken konnte. — Ein weiterer Fabrikbrand kam gestern früh 3 Uhr Schützen-Strasse 23 in der Kupferwaren-Fabrik des Hof-Kupferbeschmiedemeisters Albert Müller zum Ausbruch. Das Feuer hat sich ebenfalls vor seinem Ausbruch stundenlang geschwelt, denn als es bemerkt wurde, stand bereits der Dachstuhl des einstöckigen Fabrikgebäudes in hellen Flammen. Der sehr kleine und enge Hofraum wirkte wie ein Schornstein, so daß die Flammengarden bis über die angrenzenden vier Stock hohen Gebäude hinausflügelten. Die Feuerwehr hatte fast zwei Stunden zu thun, um die Gefahr zu beseitigen. — Auf böswillige Brandstiftung zurückzuführen ist ein Feuer, das früh 4 Uhr Kossoderstraße 41 zum Ausbruch kam und einen Posten Stroh, sowie einen Stangenwagen einscherte. Der Thäter wurde nicht ermittelt.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet in der Bauerei Samariterstr. 94, eine öffentliche Kommunalwähler-Verammlung statt, in welcher Dr. Jabel über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen sprechen wird. Darauf folgt die Aufstellung der Kandidaten für jeden Bezirk. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Wohnungsnot in Charlottenburg. Um der Not an kleinen Wohnungen zu steuern, hat der Charlottenburger Magistrat, wie berichtet, die städtischen Cholerabaracken am Fürstentumsweg zu Wohnbaracken eingerichtet. Nach einer Mitteilung des statistischen Amtes der Stadt sind die Baracken zur Zeit mit 68 Insassen besetzt, und zwar mit 4 Männern, 11 Frauen und 51 Kindern. Der Gemeindevorstand der Charlottenburger Grundbesitzervereine giebt sich auch weiter darin zu erkennen, daß er von der Errichtung von Arbeiterwohnungen konsequent abstieht. Und die Gemeinde hat selbstverständlich auch nichts, was die Wohnungsnot dauernd lindern könnte. Das sage nach Socialisten aus.

Nixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich heute mit dem Antrage der socialdemokratischen Fraktion auf Einführung der obligatorischen und mentelligen Desinfektion zu beschäftigen. Genosse Dr. Silberstein wird den Antrag begründen. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Wahl von Mitgliedern zur Militär-Erziehungscommission und zu den Veranlagungscommissionen für die Gebäudesteuer und die Einkommensteuer. Unter den Stadtverordneten, die die Vorbereitungskommission vorschlagen wird, befinden sich nun doch Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion, abgesehen von der Militär-Erziehungscommission. Bekanntlich war es der völlige Ausschluß der Socialdemokraten aus jener Vorbereitungskommission, der vor einigen Wochen die Fraktion veranlaßte, demonstrativ die Sitzung zu verlassen. Das Verhalten unserer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung und das in öffentlicher Volksversammlung über die Wohltätigen abgehaltene Gericht sind also doch nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Die socialdemokratische Fraktion dürfte sich indessen heute kaum damit einverstanden erklären, daß die Segner bestimmen, wer von ihren Mitgliedern in die Kommissionen eintreten soll.

In Marienbusch scheidet der Gemeindevorsteher Dehler heute aus seinem Amte, das er 18 Jahre lang verwaltet hat. Bürgerliche Vereine bereiten dem Scheidenden mannigfache Ehrentagen.

Straßenbahn Der gepflanzte Einrichtung einer elektrischen Straßenbahn Berlin-Potsdam hat die Pöhlendorfer Gemeindevertretung in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, daß sie gegen die Ausführung dieses Projekts grundsätzlich nichts einzuwenden habe, sich aber die Stellung besonderer Bedingungen vorbehalte. Die Direktion der Westlichen Berliner Vorortbahn beabsichtigt nämlich, die von ihr angelegte und am Sonntag eröffnete elektrische Bahnlinie Eintrags-Straße, mit einer Abzweigung Pöhlendorfer, Alsenstraße, Alte Fischerhütte, bis zur Glienider Brücke in Potsdam weiter zu führen. Die Bahnlinien sollen dem Personen- und Güterverkehr dienen.

Groben Unfug soll der 65jährige Parteigenosse Busch in Ertner dadurch verübt haben, daß er in öffentlicher Versammlung am 2. Juli sagte: „Den halte ich für keinen Parteigenossen, der das Lokal des Gastwirts Müller in Ertner noch fernherhin besucht. Die Abstammung muß für alle ein Schwur sein.“

Vor zehn Jahren bekämpfte man hier die Socialdemokraten, indem man die Parteigenossen, insbesondere gerade den Genossen Busch, aufforderte, ihre Wahlzettel zu öffnen und zu zeigen! Heute geht man legal vor und greift zu dem Rätselparagraphen des Strafgesetzbuches, dem § 360 Abs. 11.

Von der Ränderhande an der Oberpreze befinden sich augenblicklich immer noch nur zwei Mitglieder im Untersuchungsgefängnis; die beiden anderen der Polizei bekannten Mitglieder der Bande sind flüchtig geworden und noch nicht ergriffen. Sie sollen sich in der Umgegend von Berlin aufhalten und dort gesehen worden sein.

Gerichts-Beilage.

Der Polizeikant gegen die Wahlagitation. Die Parteigenossen Reichold, Pleew, Dohrmann und Mlietshau verurteilt an einem Sonntag des vorigen Jahres, nachdem die Reichstagswahl ausgeschrieben worden war, in märkischen Landgemeinden Wahlflugblätter. Sie gingen von Gehöft zu Gehöft und gaben dort die Druckschriften ab. Es blühte ihnen dafür eine Anklage wegen Verletzung der Verfassungsgesetzgebung des Oberpräsidenten vom 5. Oktober 1896, wonach u. a. am Sonntag und Festtagen jede öffentlich bemerkbare Arbeit verboten ist. Nachdem das Schöffengericht und das Landgericht auf Freisprechung erkannt hatten, wies das Kammergericht die Sache zu nochmaliger Entscheidung an das Landgericht in Frankfurt a. O. zurück. Dieses verurteilte nunmehr die Angeklagten zu Geldstrafen von je 15 M., indem es auf Grund der Gewerbeordnung annahm, daß sie die Flugblätter öffentlich sichtbar getragen und somit eine öffentlich bemerkbare Arbeit verrichtet hätten. Es sollen Flugblätter aus der Tasche eines Verbreiters hervorgehoben haben.

Die gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Revision begründete der Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, der die Angeklagten auch vor dem Kammergericht vertrat. Er bestritt vor allem, daß in dem Herumtragen von Flugblättern eine öffentlich bemerkbare Arbeit zu sehen sei. Ferner machte der Anwalt geltend, die Oberpräsidial-Verordnung sei auf jeden Fall insofern unzulässig, als sie ganz allgemein alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten an Sonntag und Festtagen verbiete. Auf das Herumtragen von Wahlflugblättern zum Zwecke der Verteilung könne, vorausgesetzt, daß es überhaupt eine Arbeit sei, ein solches Verbot nicht ausgedehnt werden. Der § 48 der Gewerbeordnung beseitige ausdrücklich für die Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahlzuges bis zur Beendigung des Wahlaktes das landesgesetzliche Erfordernis der Genehmigung für das öffentliche Verteilen von Druckschriften, so weit es sich um Druckschriften handele. Hierdurch habe freier Mann geschaffen werden sollen für die Wahlagitation mittels der Druckschrift. Dem siehe aber jenes allgemeine Verbot entgegen. Im übrigen hätten die Angeklagten die Flugblätter nicht einmal öffentlich verteilt. — Wäre es strafbar, an Sonntagen die Wähler zu besuchen und ihnen die Wahlzettel zu verteilen, so wäre es strafbar, an Sonntagen die Wähler von Gehöft zu Gehöft zu tragen, dann müßte ja auch das Ausstragen von Zeitungen an Sonntagen unterbleiben. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision und erklärte die Verordnung des Oberpräsidenten vom 5. Oktober 1896 für rechtmäßig. Die Angeklagten waren nicht wegen des Verteilens der Flugblätter bestraft worden, sondern weil sie sie öffentlich sichtbar getragen hätten. Mit Recht habe der Vorsitzende darin eine öffentlich bemerkbare Arbeit gesehen. Auf den Inhalt der Flugblätter komme es nicht an. Zum Schluss sei noch die Erklärung des Oberstaatsanwalts angeführt, daß bei solchen Vorgängen gegen Anhänger des Bundes der Landwirte ebenfalls die Anklage erhoben worden wäre.

Der Vorstand des Arbeiter-Turnvereins in Nachen wurde unter Androhung einer Geldstrafe von 30 Mark von der Polizeibehörde aufgefordert, ihr die Statuten und das Mitgliederverzeichnis des Vereins einzureichen, weil der Verdacht vorliege, daß der Verein unter dem Deckmantel von Vereinsvergütungen öffentliche Tanzlustbarkeiten veranstalte. Als der Vorstand dem Verlangen nicht nachkam, setzte die Behörde die Strafe fest und erneuerte ihre Verfügung. Diesmal drohte sie für den Fall der Zuwiderhandlung eine Strafe von 60 M. an. Die hiergegen eingelegten Beschwerden beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten blieben ohne Erfolg. In seiner letzten Sitzung hatte sich nunmehr der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes mit der Angelegenheit zu beschäftigen. — Der beklagte Oberpräsident berief sich besonders auf ein Vergütungen des Arbeiter-Turnvereins, das Ende Dezember 1897 abgehalten worden ist. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld, der den Kläger vertrat, beschloß das Gericht, über den Charakter des Festes Beweis zu erheben.

Gebildete Jugend. Eine Messerattacke unter vierzehnjährigen Gymnasialschülern wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Neuchâtel, Waiz, verhandelt. Am Freitagsmorgen vergnügte sich eine Anzahl solcher Jungen in Königsdach im Garten einer Witwe mit Schießen aus einem Fledermausgewehr; dabei belam der Sohn des Hauses mit einem Witzschüler Streit und ließ sich von einem zum Besuch anwesenden Jungen aus Mannheim ein Dolchmesser geben, welches er im Verlauf des Streites seinem Kameraden fünf Centimeter tief in den Rücken steckte. Da vom Gericht Kostgeld in Betracht gezogen wurde, erfolgte Freisprechung. Der Eigentümer des Dolches, 1885 geboren, wurde wegen verbotenen Waffentragens mit 3 M. oder einem Tag Gefängnis bestraft. — Um einen „Studentenmüll“ anzuführen, fehlten die beiden Schüler der Chemiker technischen Staats-Veranstaltung, Nidel und Claife aus Limbach, eine Scheune in Brand, in der ein Handwerksbursche wohnt. Dieser ist durch die Flammen umgekommen. Die beiden Techniker wurden jeder zu 1 Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Solche Hoffnungen sind ja kein Wunder in Kreisen, die den Duellmord mit einer gewissen Ehrfurcht betrachten. Von der Anwendung der Prügelstrafe wollen die konservativen Lobredner dieser Barbarei in solchen Fällen selbstverständlich nichts wissen.

Versammlungen.

Die Schlacht- und Viehhofsarbeiter hielten am 3. d. M. ihre Versammlung ab, in welcher über die Entlassung von zwei ihrer Kollegen verhandelt wurde. Nach genauer Schilderung der Vorgänge, die zur Entlassung geführt, gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: Die versammelten Arbeiter des Schlacht- und Viehhofs, welche Kenntnis genommen haben von der Entlassung ihrer Kollegen, der Arbeiter M. u. G., welche ersterer 12, letzterer 2 Jahre

auf dem Städtischen Schlacht- und Viehhof beschäftigt war, sind der Ansicht, daß die Entlassung derselben nur wegen ihrer Thätigkeit für die gewerkschaftliche Organisation der Vieh- und Schlachthofsarbeiter erfolgt ist. M., welcher Schriftführer, G., welcher Vertrauensmann einer Abteilung der Schlachthofsarbeiter ist, haben sich während der Dauer ihrer Beschäftigung auf dem Schlacht- und Viehhof nach Aussage aller ihrer Kollegen in jeder Weise stets gut geführt, welches auch durch das denselben ausgestellte Entlassungszeugnis bestätigt wird. Der Entlassungsgrund war bei M. der, daß er einen erst seit einigen Wochen im Dienst befindlichen Aufseher auf bestehende Mißstände in seiner Abteilung aufmerksam machen wollte, während G. nach Ausspruch des Schlachthofs-Inspektors, Herrn Feierabend, nur deshalb entlassen wurde, weil er zu seinen Kollegen gesagt haben soll: Wenn der Aufseher nicht da ist, brauchen wir nicht so viel zu thun. Da G. diese Äußerung gemacht zu haben sofort bestritt, und das Verlangen stellte, ihm denjenigen gegenüber zu stellen, welcher diese Äußerung gehört haben will und man diesem Verlangen nicht nachkam, die Arbeitskollegen des G. von dieser Äußerung jedoch nichts wissen, so erheben die Versammelten hieraus, daß eine Verletzung der betreffenden Kollegen stattgefunden hat zu dem Zwecke, auf solche Weise die gewerkschaftliche Organisation der Vieh- und Schlachthofsarbeiter zu zerstören! Gleichzeitig erheben dieselben hieraus, daß die Verwaltung nicht gewillt ist, die wiederholt gerügten Mißstände zu beseitigen, sowie den Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Ferner beschließen die Versammelten, den Herrn Bürgermeister Kirschner, welcher dem Vorstande schriftlich erklärt hat, daß wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation niemand gemeldet werden darf, von dem Geschehen in Kenntnis zu setzen, mit dem Ersuchen, zu veranlassen, daß die betreffenden Arbeiter wieder in städtischen Dienst eingestellt werden. Den Gemahregelten wird von der Versammlung Unterstützung zugesprochen.

Die Maurer der Vertrauensmänner-Centralisation hatten für Dienstagabend zwei Versammlungen eubereufen. Die Versammlung in den „Vorwärts-Sälen“ in der Kiderstraße war stark besucht. Rater referierte über den ersten Gegenstand der Tagesordnung: Das neugegründete Gewerkschafts-Komitee, indem er auf die bekannten Ursachen über die Entlassung derselben hinwies, und in seinen weiteren Ausführungen das neue Regulative erläuterte und zur Annahme empfahl. Nach kurzer Debatte wurde das Regulative mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Hierauf wurden als Delegierter Gehl, als Stellvertreter Jegerbe gewählt.

Die zweite Versammlung über den zweiten Gegenstand der Tagesordnung: Das Kranken-Kassen-Unterwesen Berlins. Da es in neuerer Zeit üblich geworden sei, unter allerlei hochtrabenden und wohlklingenden Namen „volksfremde“ und „arbeiterfeindliche“ Gründungen zu betreiben, um auf die allbekannte Gutmütigkeit und Vertrauensseligkeit der Arbeiter zu spekulieren und nach Vauersängerart an Trüben zu fischen, sei es an der Zeit, derartige Angelegenheiten an die Öffentlichkeit zu bringen. Namentlich handele es sich hierbei nicht um die auf Grund der reichsgesetzlichen Kranken- und Unfallversicherung gegründeten, sondern nur um Kassen, die als Versicherungsgesellschaft mit gegenseitiger Haftpflicht begründet sind. Gewöhnlich sind die „Gründer“ einige Goldleute, welche, auf die Dummheit der Massen spekulierend, sich dadurch eine gesicherte Existenz schaffen wollen. Schon die Zustände der bereits verfallenen „Kassen“ hätten denen denkenden Arbeiter belehren sollen. Als besonderer „Geschäftskauf“ sei in der Regel eine Klausel eingeführt in dem „Mevers“, den jedes neu „gewonnene“ Mitglied zu unterschreiben hat, worauf eben fast gar nicht geachtet werde, daß eine frühere, aber verschwiegene Krankheit kein Anrecht auf Unterstützung gewähre. Auf diese Weise verfehlen es die bekannten „Vertrauensmänner“ dieser „Kassen“, durch eine scheinbar ganz gleichgültige Frage an die sich feindlich meldenden Mitglieder, durch deren ganz naive Antworten, derartige „frühere“ Krankheiten „nachzuweisen“, um ihnen deshalb die verlangte Unterstützung zu verweigern. Nicht nur, daß trotzdem aber gezahlt werden muß, die armen Teufel können noch froh sein, nicht wegen angeblichen „Vertrages“ belangt zu werden!

Die Verhältnisse verhältnisse dieser „Kassen“ seien wohl am besten dadurch gekennzeichnet, daß bei diesen das Verändern pro Mitglied ungefähr 22 Pfennige (31 000 Mitglieder ca. 7000 M.), bei der Maurer-Krankenkasse dagegen 22 Mark pro Mitglied betrage. Diese Angaben des Referenten wurden von mehreren anderen Rednern bestätigt und u. a. der Wunsch ausgesprochen, daß der „Vorwärts“ auf die Geschäftspraxis dieser Gründungen aufmerksam machen und die gesamte Arbeiter-Schaft warnen sollte. Ein eigens in diesem Sinne gestellter Antrag gelangte nicht zur Abstimmung. Dagegen sollen in nächster Zeit von allen Gewerkschaften Versammlungen einberufen werden, in denen unter Hinweis auf diese Zustände gemeinverständliche Vorträge über Kranken- und Unfallversicherung zur allgemeinen Aufklärung gehalten werden sollen.

Unter „Gewerkschaftliches“ referierte Rater über das Verhältnis der im „Vand der Poliere“ organisierten Poliere zu den Maurern, in längeren erläuternden Ausführungen, wonach bei Streiks zc. die Poliere als gleichgestellte Unterstützungsberechtigten anerkannt zu werden wünschten. Es haben darüber bereits Verhandlungen zwischen beiderseitigen Vertrauensmännern stattgefunden, deren Ergebnis der Redner in nachstehender Resolution zusammengefaßt hat.

Die am 3. Oktober 1899 in den „Vorwärts-Sälen“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation) beschloß: 1. Diejenigen Maurerpoliere, welche ein halbes Jahr Mitglied des Bundes der Maurerpoliere Berlins sind und während dieser Zeit familiäre Beiträge richtig gezahlt sind, falls sie innerhalb 3 Monaten als Gesellen gearbeitet, nicht gehalten, sich der Gesellenorganisation anzuschließen, jedoch verpflichtet, während dieser Zeit vom öffentlichen Fonds der Maurer zu zahlen. 2. Die Mitglieder des Bundes der Maurerpoliere Berlins verpflichten sich, für strenge Innehaltung der von der Kitzbühner-Kommission aufgestellten, bzw. festgesetzten Arbeitsbedingungen und Ausführensbestimmungen zu sorgen und keine Gesellen, welche für diese Bedingungen arbeiten und gleichzeitig für die Organisation thätig sind, zu entlassen. 3. Die Mitgliedschaft des Bundes erklärt, keinen Gesellen vom Arbeitsnachweise des Arbeitgeber-Bundes einzustellen, keine Entlassungsbefehle zu verlangen und keine gegenwärtigen „Accord-Maurer“ zu beschäftigen. Dieser Beschluß bezieht sich nur auf die Mitglieder des „Bundes der Poliere“, jeder andere oder garnicht organisierte Maurerpolier ist von diesen Bedingungen ausgeschlossen und wird in jeglicher Beziehung jedem Gesellen gleich behandelt. Nach sehr lebhafter Besprechung im obigen Sinne, wobei die Verhältnisse zwischen Maurer und Poliere oft in sehr drastischer Weise geschildert wurden, gelangte diese Resolution gegen wenige Stimmen zur Annahme. Dieser Beschluß dient mithin weiteren Verhandlungen der Poliere mit den Maurern als Unterlage. Im ferneren Verlauf der Versammlung wurden noch eine Anzahl Beschwerden gegen einige Maurer wegen Zuwiderhandelns gegen die Arbeitsbedingungen vorgebracht, die noch genauer geprüft werden sollen.

Centralverband der Kreditoren. Donnerstagabend präc. 8 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 57: Mitgliederversammlung.

Vermitlertes.

Das Eisenbahnunglück auf dem Klosterthorbahnhof in Hamburg glebt unserem Parteiorgan, dem „Ham b. Echo“, Veranlassung, den Ursachen der Katastrophe näher zu treten. Unser Parteiblatt schreibt die Schuld an dem Unglück der bekannten preussischen Sparpolitik zu und meint: „Will der Staatsanwalt seine

*) Das, was hier verlangt wird, hat der „Vorwärts“ seit Jahren zu wiederholten Malen getan, ein Kraut gegen die Dummheit haben wir natürlich auch nicht. Red. d. „Vorw.“

Pflicht thun, dann muß er diejenigen beim Fragen nehmen, die einzig und allein die Schuld an der Eisenbahnunglücke in Hamburg tragen, welche die Quelle des Unheils ist. Durch das Unglück, in dem sich das Unglück hauptsächlich ereignete, muß der gesamte Verkehr mit dem Norden pausieren. Es muß angesichts dessen als ein Wunder bezeichnet werden, daß nicht schon weit mehr große Unglücksfälle vorgekommen sind. Die himmelschreienden Zustände auf und bei dem Klosterthorbahnhof sollten dem doch die Vollzeithörde längst veranlassen haben, der preussischen Eisenbahn-Verwaltung den Betrieb dafelbst kurzer Hand zu verbieten! Hoffentlich wird die Hamburger Presse in diesem Falle einmal ihre Pflicht thun und energisch verlangen, daß man hier die wirklich Schuldigen zur Verantwortung zieht, diejenigen Leute, welche die Hamburger Eisenbahnunglücke bis zum äußersten antworten ließen, diejenigen Leute, welche durch ihre im Interesse des Eisenbahnklus betriebene Anklage und Anklage bewirkt haben, daß die nötige Anzahl von Beamten fehlt, um auf diesem elenden Bahnhof, der eines hinterpommernischen Dorfes unwürdig ist, bei einem solchen außergewöhnlichen Verkehr Ordnung halten zu können!

Diese schweren Anschuldigungen erhalten eine Begründung in folgender vom „Hamburger Echo“ veröffentlichten Zuschrift eines Stationsbeamten:

„Als das Entgeltliche gesehen war, hieß es unter allen Beamten des Bahnhofs Klosterthor: „So muß es erst kommen.“ Das bedeutet folgendes: Ich schwöre Ihnen, Herr Redacteur, daß ein ministerieller Erlass von diesem Sommer ausdrücklich vorschreibt: „Alle im vorigen Jahre anlässlich der Unfälle mehr eingestellten Beamten sind zunächst wieder zurückzuziehen.“ Infolge davon sind z. B. die drei Betriebskontrolleure der Direktion Altona seit längerer Zeit fast täglich unterwegs, um festzustellen, wo hier noch ein Stationsassistent, dort ein Rangiermeister oder Weichensteller, hier wieder ein Portier zc. zu ersporen ist! Bedeut man dann, daß infolge der Weichenstopper an den Bahnen fast keine Schaffner mehr sind, so ist es geradezu ein Wunder, wenn unter dem Sparsystem Miquel-Thielen nicht noch viel mehr Unglück passiert! Ueber diesen Erlass werden die etwa in den Anklagezustand versetzten Stationsbeamten demnachst vor Gericht befragt werden müssen, damit die wahren Schuldigen endlich einmal gestellt werden.“

Wie wird die preussische Eisenbahnverwaltung sich vor dieser neuen schweren Anklage verantworten?

Andréas Polarboje. Im Stockholmer „Aftonbladet“ spricht Dr. Eholm die Ansicht aus, daß Andréas die aufgefundenen Polarboje wahrscheinlich als Schleppkahn benutzte, während der Wallon über offenem Wasser schwebte, und daß die Boje dann gegen die Eisfläche stieß und fortgerissen wurde. Wenn Andréas diese Boje in dieser Weise benutzte, so sei es natürlich, daß er den für die Dampfschiffe bestimmten Schieber und die Flagge abschraubte, da er wünschte, wenn er wieder über Land kam, die Boje aufzuhissen, um sie bestimmungsgemäß zu verwenden.

In Rom ist gestern der 12. Orientalisten-Kongress auf dem Kapitol eröffnet worden. Die Zahl der Teilnehmer beträgt 1200.

Noch schlimmere Zustände als in Berlin scheinen in Hannover auf der Straßenbahn zu herrschen. Schon wieder ist dort ein Strohdenkmahl mit tödlichem Ausgang vorgekommen. Von der Straßenbahn wurde am Sonntagabend in Herrenhausen die etwa zehnjährige Tochter der Arbeiter-Entwicklungs-Gesellschaft überfahren und getötet. Es ist dies der sechste Todesfall, der in einem Monat durch die Straßenbahn herbeigeführt wurde. — Ferner wurde am Freitagabend in Sebnde der Arbeitergemeinlicher Stolte von einem Straßenbahnwagen überfahren und schwer verletzt. Im Demittelstift mußte dem Verunglückten das linke Bein bis zum Knie abgenommen werden.

Ein Zufasse des Provinzial-Arbeitshauses in Beminghausen ist erschollen worden. Ein Aufseher bemerkte, wie der Gefangene im Wegriff stand, die hohe Umfassungsmauer des Kastellhofes zu übersteigen und zu entfliehen. Er rief ihn an, gab, als das nichts half, einen blinden Schuß ab und schoß, als die Flucht auch darauf nicht eingeleitet wurde, scharf. Die Kugel drang dem Sträfling in den Leib, so daß sogleich der Tod eintrat.

Marktpreise von Berlin am 3. Oktober 1899

nach Ermittlungen des Hgl. Polizeipräsidenten.

| Ware | D.-Gr. | 15.40 | 14.70 | Schweinefleisch 1 kg | 1.60 | 1.10 |
|----------------------------|--------|-------|-------|----------------------|-------|------|
| *) Weizen | | 15.40 | 14.70 | Rohfleisch | 1.60 | 1.10 |
| *) Roggen | | 15.40 | 14.70 | Hammerfleisch | 1.60 | 1.10 |
| *) Butter-Vorste | | 15.20 | 14.50 | Butter | 2.60 | 2.10 |
| *) Käse gut | | 14.40 | 13.70 | Eier 60 Stk | 4.50 | 2.80 |
| *) mittel | | 13.60 | 13.00 | Rampfen 1 kg | 2.20 | 1.50 |
| *) gering | | 4.16 | 3.82 | Kale | 2.80 | 1.20 |
| *) Milchfroh | | 6.70 | 4.10 | Hammer | 2.60 | 1.10 |
| *) Honig | | 40.00 | 35.00 | Hechte | 2.00 | 1.00 |
| *) Erdbeeren | | 50.00 | 25.00 | Varische | 1.80 | 0.80 |
| *) Wein | | 70.00 | 30.00 | Schale | 2.80 | 1.40 |
| *) Kartoffeln, neue | | 7.00 | 5.00 | Bleie | 1.40 | 0.80 |
| *) Rindfleisch, Rente 1 kg | | 1.00 | 1.20 | Archie per Schot | 12.00 | 2.00 |
| *) do. Bauch | | 1.20 | 1.00 | | | |

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Kollerungsfeste — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 4. Oktober 1899. Russisches Getreide war in vorzüglicher Qualität zu fast rentablen Preisen angeboten, woraus man schließt, daß das Ernte-Ergebnis in Rußland besser ist, als anfangs angegeben. Weizen und Roggen waren bis 75 Pf. billiger zu haben. Sofer ziemlich behauptet, trotz bedeutenden schlesischen Angebotes. Mühl lag fest. — Am Spiritusmarkt war die Kauflust geringfügig. Von den außerhalb des Ringes befindlichen Firmen wurden nur 8000 Liter 70er loco mit 43.70 M. (— 0.10) gehandelt. Termine waren bei nominell unveränderten Preisen fast ohne Umsatz.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 4. Oktober 1899. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 346 Rinder, 1688 Kühe, 1180 Schafe, 9217 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (Beziehungswerte für 1 Pfund in Pf.): für Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00; — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 48—52; — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 00—00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 51—52; e) gering genährte Kühe und Färsen 47—50. — Schafe: a) leichte Wollschäfer (Wollschaf) und beste Sauglämmer 74—75; b) mittlere Wollschäfer und gute Sauglämmer 71—73; c) geringe Sauglämmer 68—70; d) ältere, gering genährte Färsen 43—45. — Schafe: a) Rasthämmer und jüngere Rasthämmer 63—66; b) ältere Rasthämmer 55—59; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Westschafe) 47—53; d) vollfleischige Niederungs-schafe (Vordringel) 27—33. — Equine: für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara. a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 49—50; b) Räder 49; c) fleischige 47—48; d) gering entwickelte 45—48; e) Saugen 43—44. — Verkauf und Tendenz: Vom Rindermarkt blieben ungefähr 90 Stück unverkauft. Der Schafmarkt gestaltete sich ruhig. Bei den Schafen fanden ungefähr 800 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief glatt und wurde geräumt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

Engel. Im Jahre 1897 wohnten in Berlin 1387 Engländer, und zwar meistens in den westlichen Stadtteilen.

Red. D. Jeder Mebus befehrt Sie darüber, daß selbstverständlich auch die Wasserfläche des Ozeans sich der Angelfischn der Erde anschmiegt.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 5. Oktober 1899. Mild und vielfach heiter, zeitweise wolfig bei mäßigen bis frischen (ab westlichen Winden); keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Unserm neuesten Kurs.

- September
1. Dresden. Maurer Horter wegen Verleumdung eines Streikbrechers 5 Monate Gefängnis.
2. Bochum. Gegen 9 am Herner Streik beteiligte wurde auf zusammen 91 Monate Gefängnis erkannt.
3. Lüneburg. 5 Fischer und Bauarbeiter wegen Verübung groben Unfugs je 10 M. Geldstrafe.
4. Wittenberg. 2 Zimmerer wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 8 Tage Gefängnis.
5. Bochum. Wegen Verübung groben Unfugs Genosse Wolf 6 Wochen Gefängnis.
6. Kiel. 6 M. Geldstrafe Genosse Korn wegen Vergehens gegen das Preßgesetz.
7. Berlin. Genosse Huth-Brandenburg 200 M. und Maurer Krull-Rauen 30 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Politikers.
8. Jülich. Wegen Verleumdung bezw. Bedrohung von Streikbrechern die Maurer Wächter, Zettel und Hoffmann je 8 Wochen, Jahr 8 Tage, Fischer 14 Tage und Zuschwetter 6 Wochen Gefängnis.
9. Dresden. 3 Wochen Gefängnis Maurer Sträd wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
10. Merane. 3 Maurer je eine Woche Gefängnis wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs.
11. Straßburg. Genosse Wulf 20 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
12. Tschob. Die Zimmerer Schinkel und Kirstein-Glückstadt wegen Verübung eines Streikbrechers je 6 Wochen Gefängnis.
13. Ein Gerber aus Wülter 4 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
14. Bochum. Die am Herner Streik beteiligten Vergleite Hienz und Olesneczek ein Jahr bezw. 6 Monate Gefängnis wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Besetze, resp. wegen Nötigung.
15. Leipzig. Wegen Verleumdung der Obermeister der Bäckerinnung Genosse Rautz-Königsberg 50 M. Geldstrafe.
16. Essen. 6 Monate Gefängnis der Bergarbeiter Botoczil-Baume wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
17. Berlin. Der Klempner Wital 2 Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Streikbrechers.
18. Wegen des gleichen Delictes Tischler Kother 3 Monate Gefängnis.
19. Leipzig. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung der Formner Kothelnik 2 Wochen Gefängnis.
20. Charlottenburg. Genosse Zahn wegen Verleumdung eines Streikbrechers 2 Wochen Gefängnis.
21. Gleiwitz. 9 Monate Gefängnis Genosse Raudziora-Jaborg wegen Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung und Verhöhnung von Einrichtungen der katholischen Kirche.
22. Würzen. Die Maurer Sigismund und Jährmann 3 Monate bezw. 1 Woche Gefängnis wegen Bedrohung und Verleumdung von Streikbrechern.
23. Leipzig. Wegen Hausfriedensbruchs die Klempner Mäder und Mühle 2 Wochen bezw. 12 Tage Gefängnis.
24. Düsseldorf. Zwei Maurer wegen Verübung von Streikbrechern je 3 Monate Gefängnis.
25. Oera. Genosse Seifarth wegen Verleumdung der preussischen Generale 150 M. Geldstrafe.
26. Dresden. 5 Monate Gefängnis der Maurer Fallenberg wegen einfacher Körperverletzung eines Streikbrechers.
27. Leipzig. In der Revisionsinstanz der Genosse Bürger-Hamburg 3 Monate Gefängnis wegen Verleumdung einer Eisenbahn-Direktion.
28. Dresden. 4, 3 und 2 Monate Gefängnis die Maurer Dorn, Korn und Walter wegen Nötigung und Verleumdung von Streikbrechern.
29. Frankfurt a. M. Genosse Thoma wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 30 M. Geldstrafe.
30. Hamburg. 40 M. Geldstrafe Genosse Köste wegen Verleumdung eines Fabrikanten in Husum.
31. Dresden. Wegen Aufforderung zu einer nicht genehmigten Geldsammlung Genosse Hänisch 10 M. Geldstrafe.
32. Driesen. Ein Genosse 10 und vier andere je 6 M. Geldstrafe wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
33. Dortmund. Genosse Lebins wegen Verleumdung der Schaller Polizeibehörde 10 M. Geldstrafe, und wegen Verleumdung des Vorstandes der Selsenfischener Aktiengesellschaft 3 Wochen Gefängnis.
34. Eberwalde. Die Maurer Schiele und Bastian wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung je 2 Monate Gefängnis.
35. Die Maurer Frieß und Rannel wegen Sachbeschädigung 2 bezw. 1 Monat Gefängnis.
36. Köthen. Wegen Verleumdung der Polizeiverwaltung Genosse Gänther-Dessau 200 M. Geldstrafe.
37. Halle. 3 Wochen Gefängnis der Maurer Kloppe wegen Verleumdung von Streikbrechern.
38. Lüneburg. Wegen des gleichen Vergehens der Maurer Schwedt eine Woche Gefängnis.
39. Mannheim. Drei bezw. einen Tag Gefängnis die Zimmerer Bahl und Sander wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
40. Dortmund. Der Bergarbeiter Ludowski-Herne wegen Verleumdung acht Monate Gefängnis.
41. Bochum. Wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Besetze zc. der Bergarbeiter Kofoska sechs Monate Gefängnis.
42. Halle. Die Genossen Hehn, Grothe und Swienty je 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Kollektierens.
43. Schwelge. Je 10 M. Geldstrafe die Genossen Koch und Krim wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung.
44. Essen. Bergarbeiter Petkowski wegen Mißhandlung 30 M. Geldstrafe.
45. Magdeburg. 3 Jahre Gefängnis Genosse A. Schmidt wegen Majestätsbeleidigung.
46. Leipzig. In der Revisionsinstanz Genosse Levy-Saalfeld 1 Monat Gefängnis wegen Nichterleiddung.
47. Halberstadt. Die Genossen Keller, Verkauf und Ballmann je 10 M. Geldstrafe wegen unerlaubten Sammelns.
48. Dresden. 3 Monate Gefängnis der Maurer Solissa wegen Verleumdung von Streikbrechern.
49. Naumburg. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung bezw. Verleumdung von Streikbrechern der Maurer Zimmermann 1 Monat, und der Maurer Pfloßsch 4 Monate Gefängnis.
Zusammen wurden erkannt auf 20 Jahre, 4 Monate, 12 Wochen und 4 Tage Gefängnis und 940 M. Geldstrafe.
Berlin, den 3. Oktober 1899.
Der Parteivorstand.

nicht vorwärts gehen will, liegt weniger an den äußeren Hindernissen und Schwierigkeiten der Landogitation, als an dem Umstand, daß die in der Principienklärung des Erfurter Programms ausgesprochenen Grundideen des marxistischen Socialismus für die Landwirtschaft nicht zutreffen. Sie werden von der Kleinbauernmasse mit Unglauben aufgenommen. Die darauf begründeten Zukunftsvorhersagen ziehen erst recht nicht. Da der Kapitalismus sich hartnäckig weigert, die Landwirtschaft für die socialistische Gesellschaft in ähnlicher Weise reif zu machen wie die Industrie, so verlegt uns die Frage, wie wir es demalst mit der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion für und durch die Gesellschaft halten wollen, in nicht geringe Verlegenheit.

Der Kautsky's „Agrarfrage“ in der Hoffnung durchgelesen hat, aus dieser Verlegenheit befreit zu werden, und zugleich eine zugkräftige Agitationsparole zur Eroberung der politischen Macht auf dem Lande zu erhalten, der dürfte bitter enttäuscht worden sein. Kautsky's Buch ist ein mit viel Fleiß und Scharfsinn ausgeführter Versuch, den Komplex von Erklärungen, den wir als Agrarfrage zusammenfassen, mit den Grundlagen des Marxismus in Einklang zu bringen. Die letzteren erscheinen dabei als das Feststehende, der sichere Boden unerschütterbarer Wahrheit, von dem aus die agrarischen Erklärungen zu betrachten und zu verstehen sind. Umgekehrt ist zu verfahren! Vom Boden der empirisch gegebenen agrarischen Thatfachen aus müssen die Marx'schen Lehren von der Produktionsentwicklung auf ihre Nichtigkeit hin geprüft werden. Ergeben sich dabei Widersprüche, so dürfen nicht die Thatfachen gebeugt werden, sondern die Theorie muß nachgeben; sie muß sich korrekturen gefallen lassen, so weit das manchem begeisterten Schüler von Marx auch thun mag.

„Uebersetzungen sind die schlimmsten Feinde der Wahrheit“, sagt Ritsche einmal, und der mußte es wissen, denn darin hat gerade er Großes geleistet. Auch Kautsky ordnet seinen Verstand seiner Uebersetzung unter. Kühne Interpretationen und falsche Verallgemeinerungen drücken seinem Buche den Stempel der Tendenz auf. Dies im einzelnen an Hand eines reichen statistischen Materials nachzuweisen zu haben, ist das Verdienst des österrichischen Parteigenossen Friedrich Hery.

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb hat sich, allen Unterangaprophezeungen zum Trotz, bis jetzt nicht nur behauptet, er befindet sich sogar nach Betriebszahl und Arealbestand in steigendem Vordringen begriffen. Die deutsche Statistik von 1895 spricht dies so deutlich aus, daß auch Kautsky die Thatfache selbst nicht in Abrede stellen kann. So bleibt ihm nichts übrig, als sie so zu „erklären“, daß das Dogma von der Ueberlegenheit des Großbetriebes seinen Schaden dabei nimmt. Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb hält sich darum nach Kautsky bei Leibe nicht etwa durch seine produktive Leistungsfähigkeit, sondern lediglich aus folgenden drei Gründen: durch einen industriellen Nebenerwerb, durch Lohnarbeit beim landwirtschaftlichen Großbetrieb, und, wo das eine wie das andere mangelt, wo der Kleinbauer reiner Landwirt bleibt, wo er dem Großbetrieb nicht als Lohnarbeiter sondern als Konkurrent entgegentritt, durch Ueberarbeit und Unterkonsumtion, durch die Barbara, wie Marx sagt. („Agrarfrage“ S. 209). — Mit diesem Satz geht Hery gründlich ins Gericht.

Was zunächst die Behauptung anlangt, die Lebensfähigkeit des bäuerlichen Selbstwirtschafers beruhe auf dem Nebenerwerb außerhalb seines Betriebes, so paßt dieselbe zwar sehr schön in Kautsky's Generalidee von der „Industrialisierung der Landwirtschaft“ hinein, schade nur, daß ein ganz kleiner Umstand den großen Gedanken zu Fall bringt. Die Statistik zeigt nämlich, daß gerade diejenigen Betriebe größten am besten gedeihen, die ihren Inhabern gar keine Zeit zu außerbetrieblichem Nebenerwerb lassen. Das sind die Betriebe von 5—20 Hektar Größe, also die echten und rechten Bauernwirtschaften, in denen die Familie im eigenen Betrieb voll beschäftigt ist. Sie haben von 1882—1895 in Deutschland einen Arealzuwachs von 583 477 Hektar zu verzeichnen! Nächst ihnen hat die Größenklasse 2—5 Hektar, in der sich in Gegenden besseeren Bodens noch zahlreiche reine Landwirte befinden, am meisten gewonnen, nämlich 65 751 Hektar. Die Betriebe unter 2 Hektar dagegen, also diejenigen, die in der Regel auf Nebenerwerb außerhalb des Betriebes angewiesen sind, haben um 17 404 Hektar abgenommen. — Es ist ein starkes Stück, angeht dies dieser statistischen Thatfachen dem rein bäuerlichen Betrieb die innere Existenzkraft zu bestreiten und in dem außerbetrieblichen Nebenerwerb die Wurzel seiner Lebensfähigkeit zu suchen!

Auch in England finden wir die rein bäuerlichen Betriebe im besten Gedeihen, während die kleinsten auf Nebenerwerb angewiesenen Betriebe zurückgehen. Nur in Frankreich zeigt die Zwergebetriebe eine Zunahme, während die Klein- und Mittelbetriebe einen Rückgang aufweisen. Grund genug für Kautsky, um auf dieses Land als Beispiel der von ihm herausdestillierten kapitalistischen Musterentwicklung hinzuweisen. In Frankreich hatten von der landwirtschaftlichen Gesamtfläche inne die

Table with 4 columns: Betriebe, 1892, 1893, Zunahme bez. Abnahme. Rows: unter 1 Hektar, 1-10 Hektar, 10-40 Hektar, über 40 Hektar.

Hier zeigt sich also der mit Lohnarbeitern wirtschaftende Großbetrieb und der auf Nebenerwerb angewiesene Zwergebetrieb im Vormarsch begriffen. Kautsky erklärt das damit, daß der Großbetrieb sich zu seiner eigenen Erhaltung kleinste Betriebe schafft, die ihm die nötigen Arbeitskräfte stellen.

Allein das Beispiel erweist sich bei schärferem Zusehen als eine hohle Ruh. Hery untersucht die Betriebsbewegung in den einzelnen Regionen. Dabei findet er in den verschiedensten Gegenden die

*) Die agrarischen Fragen im Verhältnis zum Socialismus. Von Friedrich Otto Hery. Mit einer Vorrede von Ed. Bernstein. Wien 1899; 141 S. — Preis 2 M. — Der Titel „Die agrarischen Fragen“ ist mit Absicht gewählt. Hery bezeichnet es als falsch, von der „Agrarfrage“ zu reden, da die Verschiedenheit der natürlichen und der historischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern für jedes Land eine besondere Agrarfrage, d. h. Agrarkrisis, bedingen. — Letzteres ist zwar richtig; nichtsdessenweniger halte ich die singuläre Bezeichnung für berechtigt. So verschieden auch die speziellen Agrarkrisen in den einzelnen Ländern sein mögen, in letzter Instanz entspringen sie alle der nämlichen Grundursache: der steigenden Konkurrenz, welche die extensive Landwirtschaft auf jungfräulichem Boden verbunden mit der Ausbeutung hilfloser Arbeitskräfte der intensiven Erziehungsfähigkeit mit relativ teneren Arbeitskräften macht. — Führt man die Agrarfrage von der theoretischen Seite als Problem der ökonomischen Theorie, mit dem sich speziell der marxistische Socialismus auseinandersetzen hat, so erweist sie erst recht als eine große Frage, die lautet: Gibt die Marx'sche Lehre von der Produktionsentwicklung auch für die landwirtschaftliche Produktion? — Sie ist mit einem generellen Nein zu beantworten. Der landwirtschaftliche Produktionsvorgang ist wesentlich verschieden von dem Produktionsvorgang in der Industrie. In der letzteren handelt es sich um die Herstellung toter Maschinen; in der Landwirtschaft dagegen um die Hervorbringung und Pflege lebender Organismen. Wogen sich auch zahlreiche sekundäre Analogien in dem beiderseitigen Arbeitsprozeß vorfinden, die primäre Wesensverschiedenheit, die biologischer — die mechanischer Produktionsprozeß, schlägt immer wieder siegreich durch. Dieser fundamentale Gegensatz strahlt noch allen Richtungen hin aus und zwingt beiden Sphären der Produktion gegenwärtige Gesetze und Entwicklungstendenzen auf.

verschiedensten Bewegungen; nirgends aber ergeben sich im einzelnen Zahlen, die die Kautsky'sche Behauptung bestätigen. „Für die Zahlen für ganz Frankreich gewinnt es freilich den Anschein, daß sich alles in ihnen summiert; offenbar läßt sich aber der von Kautsky behauptete Zusammenhang nicht finden, wenn im Norden die kleinsten Betriebe zunehmen und im Süden die großen.“ Man müßte denn annehmen, daß die Zwergebauern aus dem Norden nach Südfrankreich auf Jagelohn gingen.

Außerdem weist Hery auf die Statistik betreffend Verteilung der landwirtschaftlichen Arbeit hin. Aus den Enquêtes von 1862, 1882 und 1892 ergibt sich für Frankreich folgendes: „Die ausschließlich eigenen Boden allein, mit Hilfe der Familie oder anderer Kultivierenden, also die eigentliche Bauernschaft, nahm in 30 Jahren um über 26 Proz. zu, während die noch außerdem im Lohn arbeitenden Bauern auf das stärkste abnahmen, von 1862—1882 um 35 Proz., von 1882 bis 1892 um 11 Proz., von 1862—1892 also um die Hälfte.“ (S. 55.) — Das ist aber das direkte Gegenteil von Kautsky's Konstitution!

Doch Kautsky hat ja noch einen anderen Erklärungsgrund im Hinterhalt, der ansprechen muß, um die Jähligkeit des Bauern plausibel zu machen, da wo der außerbetriebliche Nebenerwerb als rettender Gedanke versagt. Er lautet: Ueberarbeit und Unterkonsumtion. Ich habe schon an anderer Stelle („Soz. Monatshefte“, Februar 1899) dieses Argument beleuchtet. Kautsky citiert einige Gläubigerberichte aus armen Gebirgsgegenden und zieht daraus den allgemeinen Schluß, daß nicht die volle Scheune, sondern der leere Magen die Quelle der Widerstandskraft bilde. Die Glanznummer in dieser Beweisführung bildet der Reisebericht „eines englischen Beobachters“, den Kautsky ohne den leichesten Versuch einer Kritik zum Fundament seines Urteils über die Lage „des“ französischen Bauern macht. Nach diesem Bericht leben diese halbtierischen Geschöpfe in Schweineställen, inmitten unbeschreiblicher Verhüllungen, ohne jeden Sinn für Anstand. „Fast immer liegen des Nachts Männer, Weiber, Kinder und Vieh bunt durch einander.“ „Nicht ein Buch oder eine Zeitung war je zu sehen, nicht ein Bild oder ein Holzschmitt an der Wand, nicht ein bischen Porzellan, nicht ein Bierkrug, nicht ein gutes Möbel, keine Wanduhr usw.“ Kurz: „eine fäulige, armselige, abgelaugte Existenz!“

Hery weist zunächst auf den wissenschaftlichen Untert jenes Citates hin, das einem englischen Zeitungsausschnitt zu entnommen scheint und seit 14 Jahren als eine Art Erstling in der „Neuen Zeit“ herum spukt, obgleich es längst widerlegt ist. Er führt dann eine lange Reihe von Auszügen aus dem umfangreichen Werke Vandrillarts (Les populations agricoles de la France, 3 Bände, 1885—1893, Paris) vor, die die verschiedensten Gegenden Frankreichs betreffen und ein ganz anderes Gesamtbild ergeben, als das aus jenem obskuren Blatt „eines englischen Beobachters“ abgeleitete. Neben Schilderungen von Dürftigkeit stehen Berichte, die von durchaus guten Nahrungs- und Wohnungsverhältnissen Kunde geben. Die Lage — sagt Hery zusammenfassend — ist selbst in den einzelnen kleineren Bezirken sehr verschieden, aber kaum eine einzige Schilderung haben wir gesehen, die, mag sie noch so traurig klingen, nicht einen Fortschritt gegen früher betonte!

Dieser Fortschritt spiegelt sich denn auch deutlich in der Steigerung des Fleischkonsums auf dem Lande wieder. Es wurden nach der „Stat. agricole“ konsumiert per Kopf und Jahr 1840: 14,91 Kilogramm, 1862: 18,67 Kilogramm; 1882: 21,89 Kilogramm; 1892: 26,25 Kilogramm. Also seit 50 Jahren ein Fortschritt um 76 Proz. Dabei ist, wie die Statistik selbst betont, manches selbstgeschlachtete Schwein der Aufnahme entgangen; Geflügel und Fische sind überhaupt nicht gezählt.

Wer sich mit gläubigem Gemüt ins Kautsky's Darlegungen vertieft, der sieht die bäuerliche Bevölkerung tiefer und tiefer in Schmutz und Elend versinken. Ein unbefangener Blick in die Wirklichkeit zeigt das entgegengesetzte Bild: eine Aufwärtsbewegung zu menschenwürdigerer Lebenshaltung! Weder im Nebenerwerb noch in der „Barbarei“ wurzelt die Existenzkraft des Bauern, sondern in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Auch für diese erbringt Hery ein reiches statistisches Material; das geeignet ist, das Märchen von der absoluten Ueberlegenheit des Großbetriebes in seiner ganzen Lächerlichkeit zu zeigen.“ (S. 68.)

Höchst bemerkenswert ist die immer deutlicher hervortretende Thatfache, daß die Erträge in England, dem Rußland intensiver Großwirtschaft, in starkem Rückgang begriffen sind. Koch Schaw-Lefebvre betrug der Durchschnittsertrag von Weizen in Großbritannien 1803—1808: 30,8 Bushels, 1869—1874: 27,2 Bushels, 1875—1880: 22,6 Bushels per Acre. Nach den Untersuchungen der Union der ländlichen Arbeiter fiel in 19 Grafschaften in 10 Jahren die Durchschnittsernte von 38,2 auf 24,2 Bushels. Englische Fachleute erklären das übereinstimmend als die Folge übermäßiger Anwendung von künstlichem Dünger, wodurch der Boden erschöpft wird. Dem gegenüber zeigen die Kleinbetriebsländer, allen voran Belgien, Dänemark und Holland, ein fortgesetztes Steigen der Erträge. Dank ihres viel reicheren Viehstandes treiben sie eine gesunde Erziehungsfähigkeit, die den Boden verbessert statt ihn auszurauben.

Hery weist Kautsky noch eine ganze Reihe weiterer grober Irrtümer und Entstellungen nach, so hinsichtlich der Behandlung der amerikanischen Betriebsstatistik, des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und der Verhältnisse der Agrarfrage. Hinsichtlich der letzteren kommt Hery zu demselben Resultat, das Bulgakov in seiner Kritik der Kautsky'schen Agrarfrage (Wraus Archiv 1899 Nr. 2) ausdrückt, und das auch ich in einem Mitteilungsblatt dieses Jahres der „Neuen Zeit“ eingehend, bis jetzt leider nicht erschienenen Aufsatz vertreten habe. Da Kautsky in seiner neuesten Schrift gegen Bernstein bereits den Versuch macht, die an dem betreffenden Punkte seiner „Agrarfrage“ geäußerte Kritik zu widerlegen, so sei hier kurz darauf eingegangen.

Da sich die Bewegung der landwirtschaftlichen Betriebe der Lehre von der Konzentration durchaus widerspricht, so sucht Kautsky das „Marx'sche Dogma“ auf andere Weise zu retten. Vollzieht sich auch keine Konzentration der Betriebe, so vollzieht sich doch eine „Konzentration des Grundbesitzes“ und zwar auf dem Wege des Hypothekensystems, so behauptet er in seiner „Agrarfrage“ (S. 80 ff.). Der Hypothekensystem ist der Besitzer der Grundrente, erklärt er, und „damit auch der tatsächliche Besitzer von Grund und Boden selbst“. Dann bringt er mächtige Zahlen, die die Konzentrierung der Hypothekensforderungen in den Händen großer Boden-Kreditinstitute (Aktienbanken, Landbanken, Sparbanken, Versicherungsgesellschaften zc.) illustrieren sollen. Das sind Zahlen — ruft er triumphierend — die wohl deutlich darauf hinweisen, daß das „Marx'sche Dogma“ für das Grundeigentum nicht minder gilt, wie für das Kapital!

Dieser „Rettung“ der Konzentrationstheorie gegenüber erlaube ich mir in dem erwähnten Aufsatz darauf hinzuweisen, daß ja die Aktionäre der Hypothekenbanken gar nicht die Besitzer der den Schranken der Bank verwahten Hypotheken seien, sondern die Gläubiger jener Aktionäre, die Hunderttausende von Rentendriefen inhaber; daß also durch jene Institute zwar eine Konzentration der Hypothekenvermittlung, aber eine Decentralisation des Hypothekensbesitzes bewirkt werde. Dasselbe gilt in noch viel höherem Maße für die in Sparbanken, Versicherungsgesellschaften usw. „konzentrierten“ Hypotheken resp. Hypotheken-Anteilsgeldern.

Bulgakov und Hery erheben genau denselben Einwand. Letzterer untersucht den Hypothekenbestand der österrichischen Sparbanken, genossenschaftlichen Hypotheken-Institute, Darlehnsbanken, Landbanken, Pfandbriefbanken, Versicherungsgesellschaften, Stiftungen und öffentlichen Fonds und kommt zu dem Resultat, daß es in Oesterreich mindestens 4 Millionen Hypothekensantheilhaber giebt, wovon ein

Neues zur Agrarfrage.

Von Eduard David.

In dem Anmelde von Problemen, um den sich die Bernstein-Diskussion dreht, steht mitten drin auch die Agrarfrage. Die Eroberung der politischen Macht ist unmöglich ohne die Gewinnung der in der Landwirtschaft beschäftigten Volksmasse. Daß es damit

r oder Teil in ländlichen Kreisen selbst zu suchen ist. Statt der von Kantzsch behaupteten, entschiedenen Tendenz zur Zentralisation, die namentlich beim hypothekarischen Eigentum aufs schärfste zu Tage tritt" (Agrarfrage S. 325), findet auch Gresh die allerentschiedenste Tendenz zur Dezentralisation, zur Verpflanzung des Hypothekensystems in kleine und kleinste Pösten!

Wie zieht sich nun Kantzsch aus der Schlinge? — In seiner neuesten Schrift erklärt er: "Man hat freilich darauf hingewiesen, daß die Hypothekendarlehen nicht die eigentlichen Gläubiger der Landwirte seien, sondern nur die Vermittler zwischen ihnen und den einzelnen Kapitalisten (L), welche die Pfandbriefe kaufen. Das macht allerdings einen großen Unterschied für die Kapitalisten, nicht aber für die Landwirte. Sie haben es mit der Bank zu thun und nicht mit den Inhabern der Pfandbriefe." Und dann gleitet er unversehens in eine Betrachtung hinein, daß durch die Organisation der Kreditvermittlung in bürokratischen Zentralanstalten, die Verstaatlichung derselben zu einer "technisch sehr einfachen Sache" werde.

In der That eine Glanzleistung, unterirdischer Selbstentfaltung! Also ursprünglich behauptete Kantzsch: in den Hypothekendarlehen vollzieht sich die Konzentration des Grundeigentums. Man entgegnet ihm: Du irrst, es handelt sich nur um eine Konzentration der Geldvermittlung, hinter der eine Dezentralisation des Grundeigentums steht. Also habe ich doch recht, repliziert Kantzsch ganz vernünftig, es findet eine Konzentration des — Geldvermittlung statt! — Auf diese Weise behält man allerdings immer recht, das wußten schon die Meister der Sophistik im alten Griechenland. Ich habe Diskussionen nie große Erwartungen entgegengebracht, kaum je hat sich eine solche als Mittel erwiesen, zu zeigen, auf welcher Seite die Wahrheit liegt, — so feucht Kantzsch im Gewand seiner Antikritik gegen Vernunft. Kein Wunder! Wer es so wenig über's Herz bringen kann, einen ihm nachgewiesenen offenbaren Irrtum einzugehen, kann nichts anderes erwarten.

Um so notwendiger ist es, daß die Leser von Kantzsch "Agrarfrage", sofern es ihnen ersichtlich um eine Vertiefung ihres Urteils über die agrarischen Probleme zu thun ist, nun auch die herrliche Schrift studieren. Der Raum gestattet natürlich hier ein näheres Eingehen auf die überaus interessanten Details. Ebenso wichtig wie die kritische Seite des Buches, die das Verhältnis des Sozialismus zur Landwirtschaft behandelt, was Gresh über die relative Leistungsfähigkeit der verschiedenen Betriebsformen, über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und deren Auswirkung auf die Betriebsorganisation ausführt, und vor allem seine Verantwortung der landwirtschaftlichen Eigentumsfrage ist im höchsten Maße beachtenswert.

Man mag über die Revision der Marginalen Begriffe hinsichtlich der industriellen Entwicklung denken, wie man will, hinsichtlich der Landwirtschaft kann die Notwendigkeit dieser Revision ersichtlich nicht mehr bestritten werden.

Zum Parteitag.

In der "Neuen Welt" erörtert A. Kantzsch die Aufgabe des Parteitags in Hannover im Hinblick auf Programm und Taktik der Partei. Er sagt:

Die Frage der Taktik wird wohl im Vordergrund stehen. Erst in zweiter Linie dürfte sich's um unser Programm handeln. Bestimmte Vorschläge zu seiner Aenderung sind nicht gemacht worden, auch nicht von Vernunft selbst. Ebenso wenig hat Schippel beantragt, den Punkt 3 unseres Programms anders zu fassen.

Auf der anderen Seite weisen selbst die heftigsten Gegner Vernunft den Gedanken einer "Rehrichterrei", einer Abschließung Vernunft aus der Partei entschieden zurück. Man muß es in der Regel jedem Parteimitglied selbst überlassen, zu entscheiden, ob er noch auf dem Boden der Partei steht oder nicht. Mit dem Ausschluß geht man doch gegen Elemente vor, welche die Partei schädigen, wegen rein sachlicher Kritik ist noch nie jemand aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden, die stets auf die Freiheit der Diskussion den höchsten Wert gelegt hat. Selbst wenn Vernunft nicht so große Verdienste um unsere Sache sich erworben hätte, und wenn er nicht wegen seiner Parteithätigkeit im Exil säße, würde seine Ausschließung nicht in Betracht kommen.

Die Welt erwartet vom Parteitag, er werde keinen Zweifel darüber lassen, ob die Parteigenossen noch auf dem grundsätzlichen Boden stehen, auf dem sie vor acht Jahren standen, ob die Sozialdemokratie noch an sich selbst, d. h. an ihre sozialistische Disziplin glaubt, ob sie noch der Ueberzeugung ist, daß die ökonomische Entwicklung ihre diesseitigen Ziele weist, die sie sich selbst gesetzt.

Aber weit mehr als die Frage des Programms dürfte die der Taktik den Parteiführer beschäftigen. Hier handelt es sich nicht um Fragen, die eine Broschüre oder ein Artikel willkürlich aufgeworfen, sondern um Fragen, die uns die politische Entwicklung selbst aufdrängt, vor allem um jene Frage, die heute die Sozialisten aller Länder beschäftigt: die Feststellung unseres Verhältnisses zur bürgerlichen Demokratie. Deren rascher Niedergang auf der einen Seite, auf der anderen das ebenso rasche Erstarken der Sozialdemokratie, und dem gegenüber das gleichzeitige Anwachsen der reaktionären Strömungen, haben überall die Frage gestellt, wie die Sozialdemokratie die große Macht, die sie erlangt, praktisch am besten am besten, und ob und wie sie mit den demokratischen und liberalen Elementen des Wahrgertums zusammenwirken kann und soll, um die Reaktion nicht übermächtig werden zu lassen. Dementsprechend sehen wir in Belgien Wahlbündnisse zwischen Sozialdemokraten und Radikalen, in Italien eine Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Republikanern, ebenso in Spanien, in Frankreich sogar der Eintritt eines sozialistischen Ministers in ein liberales Ministerium, in Deutschland endlich die Frage der Wahlkompromisse an allen Ecken und Enden.

Bei uns im Reich wird die Frage noch kompliziert durch die Unvollkommenheit der staatslichen Einheit. Das Erkennen der Reaktionen äußert sich namentlich in dem Ausspielen der Landtage dort, wo sie reaktionär, gegen den Reichstag, andererseits wirkt das Erkennen der Sozialdemokratie ebenfalls dahin, dem Kampfe um die Landtage erhöhte Bedeutung zu geben, da sie fast überall in diese eindringen versucht. Aber dank den Resten deutscher Zerrissenheit, die von den deutschen Patrioten so liebevoll gebietet werden, ist in jedem Lande nicht nur die Stellung der Parteien zu einander, sondern auch die Wahltechnik eine andere, meist eine höchst künstliche und komplizierte. Das hat zu einem Chaos von Wahlbündnissen geführt, das anfangs, bedauerlicherweise zu werden und das die Einheitlichkeit unserer Partei ernstlich zu beeinträchtigen droht.

So unendlich es ist, alle diese verschiedenartigen Verhältnisse unter eine Schablone zu bringen, so unumgänglich ist es, bestimmte Grundzüge für ein eventuelles Zusammenwirken mit bürgerlichen Parteien festzusetzen, sollen sich nicht die Verhältnisse der Wahlbündnisse zu Gegenständen entwickeln, die mit der Einheitlichkeit auch die Einheit der Partei gefährden.

Die Diskussion darüber dürfte sich verschlingen mit jener über die Taktik im allgemeinen, die den Parteitag beschäftigen und sich wohl wesentlich um die Frage unseres Verhältnisses zu dem liberalen Wahrgertum drehen wird. Leider wird sich diese Diskussion sehr in Allgemeinheiten zu bewegen haben. Bei der Frage der Landtagswahlen freilich handelt es sich um höchst greifbare Tatsachen. Wenn wir aber fragen, welche Taktik jene Männer beifürworten, deren Kritik die Veranlassung zu den Diskussionen der letzten Monate geworden, dann werden wir höchst verschiedenartige Antworten bekommen, aber keine bestimmten.

Drei Arten von Taktik sind für uns möglich. Vor allem die Fortführung der bisherigen: Die Sozialdemokratie ist die Partei des kämpfenden Proletariats; sie sucht dieses aufzufassen, zu bilden, zu organisieren, seine politische und ökonomische Macht durch jedes geeignete Mittel zu erweitern, jede Position zu erobern, deren Erlangung in Frage kommt, und so ihm die Kraft und Reize zu verleihen, die es schließlich in den Stand setzen, die politische Macht zu

erobern und die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Dies schließt keineswegs aus, was schon das kommunistische Manifest betont, daß die Sozialdemokratie unter Umständen die bürgerliche Demokratie unterstützen und mit ihr zusammenwirken kann, wo es den Kampf gegen gemeinsame reaktionäre Feinde gilt.

Diese Taktik ist vollkommen anpassungsfähig an die verschiedensten Bedingungen, sie schließt auch Wahlbündnisse nicht aus, kann sie unter Umständen notwendig machen.

Kantzsch erörtert dann die gegen diese Taktik erhobenen Einwände, zunächst den, der mit dem Worte vom Aufgeben der Freilegende gekennzeichnet ist und führt dazu aus, daß gerade unsere besten Aktionskreise ebenso wie die einer demokratisch-radikalen Bewegung die Städte und die industriellen Bezirke sind. Das führt ihn zu dem Schluß, daß eine starke bürgerlich-radikale Partei und eine starke Sozialdemokratie zwei Begriffe sind, die sich ausschließen. Um in Deutschland wieder eine starke bürgerliche Demokratie möglich zu machen, müßte die Sozialdemokratie nicht nur die "Freilegende", sondern sich selbst aufgeben.

Als dritte mögliche Taktik, für die Kantzsch die Stimmungen in Parteikreisen als vorhanden ansieht, bezeichnet er die Anpassung der Sozialdemokratie an die Bedürfnisse der besitzenden Klassen. Er bezeichnet den Gegensatz zwischen dieser und der bisherigen Taktik als den einer unselbständigen zu einer selbständigen Klassenpolitik des Proletariats.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird in Hannover die Diskussion über die von Vernunft und Schippel aufgeworfenen Fragen nicht die Form eines großen Kampfes zweier klar bestimmten Richtungen annehmen, sondern bloß die eines Widerstreits zwischen einer entschiedenen, unabweisbaren und rücksichtslosen proletarischen Politik und einer Politik der gleichen Richtung, aber verschwommener, unentschiedener und zweideutiger. Wir erwarten eine große Entscheidung nicht nur nicht in der Frage des Programms, sondern auch nicht in der der Taktik, es sei denn, daß für die Beteiligung an den Landtagswahlen eine feste Richtschnur gegeben würde.

Vom Verlauf des kommenden Parteitags wird es abhängen, ob die volksparteiliche (so nennt A. die menschenhebeue Richtung) Stimmung in unseren Reihen gestärkt oder räumt wird, das heißt, ob wir in den nächsten Jahren eine Fortsetzung und vielleicht sogar Verschärfung der inneren Kämpfe und Disputationen ohne jedes praktische Ergebnis zu befechten haben, oder ob wir erwarten dürfen, daß wir wieder geschlossen und einmütig unsere ganze Kraft dem Kampfe gegen den "äußeren Feind" — unseren äußeren Feind — zuwenden.

In Pforzheim beschloß die Parteiverammlung eine Resolution, welche wünscht, daß die Partei dem Vernunft Vernunft nicht auf die schlechte Ebene folgen möge, auf die er sich mit seinen Angriffen gegen die von Marx und Engels begründete Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus begeben hat. Zum Schluß ihrer wissenschaftlichen Grundlage, ihrer inneren Festigkeit und Glaubwürdigkeit würde die sozialdemokratische Partei zu einer einflussreichen Reformpartei sich entwickeln. Gegenüber stimmt man dem Vernunft Vernunft zu, wenn er "Auswütsche phantastischer oder utopischer Art, sowie eine von gewissen Personen gepflegte Unbilligkeit in unserer Parteiliteratur wendet". Die Versammlung betrachtet ferner mit Vernunft es als eine nächste praktische Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, sich mit der Agrarfrage, der Gemeindepolitik und dem Genossenschaftswesen zu befassen; und teilt auch Vernunft's Ansicht, daß die Arbeiterklasse moralisch und intellektuell noch bedeutend gehoben werden müsse, um die Missionen der Ueberführung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische erfüllen zu können.

Eine internationale Umfrage über sozialdemokratische Taktik.

Von den Antworten, welche die "Petite République" auf ihre Umfrage wegen des Verhaltens der sozialistischen Partei Frankreichs zur Dreifus-Affaire (Einmischung in bürgerliche Streitigkeiten), so wie wegen des Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium (Jall Milerand) erhalten, teilen wir weitere im Auszuge mit.

Curio Ferri.

I. Aus den allgemeinen Grundlagen des Marxismus und dem allgemeinen Charakter des Sozialismus folgert er, daß die sozialistische Partei bei ihrer Beschäftigung mit der Dreifus-Affaire eine gewisse Gewissenspflicht erfüllt habe. Der Fall stellt für das sozialistische Proletariat nicht etwa lediglich einen Justizierum dar, sondern durch sie ist ein edler und entscheidender Kampf zwischen dem Geist der modernen Zivilisation und der mittelalterlichen, militaristischen und hierarchischen Tyrannie entbrannt, die wir unter der Hülle von bürgerlichen und republikanischen Einrichtungen wiederfinden.

Ich kann also nur meine enthusiastische Bewunderung für das Werk ausdrücken, das durch die Anregung und unter dem Einfluß von Jean Jaures von der sozialistischen Partei Frankreichs in der Dreifus-Affaire vollführt worden ist.

II. Sicherlich können die Sozialisten an der Staatsregierung in derselben Weise Anteil nehmen, wie an der Verwaltung der Kommune. Darin besteht gerade die marxistische Taktik, die Eroberung der öffentlichen Gewalt.

Aber die Anteilnahme darf nur als Massenpartei geschehen. Als Individuum, ohne Vertrauensmann der Partei zu sein, kann ein Sozialist sicherlich nicht in eine städtische Verwaltung eintreten, und der Vertrauensmann der Partei kann er sicherlich nicht sein, bevor die Partei die gefegliche Majorität im Gemeinderat hat.

Wenn daher in einem Parlament die Sozialisten die Majorität bilden oder auch nur eine dominierende Gruppe, welche die farblose Masse, die ja immer die meisten Abse zählt, in ihren Vorkämpfen zucht, so kann und muß die sozialistische Partei an der Staatsregierung in derselben Weise, wie an der Kommunalverwaltung teilnehmen.

Wenn jedoch die Majorität des Parlaments und eines ministeriellen Ausschusses nur bürgerlich im höchsten Grade ist, wie z. B. Baude-Rouffeu und Gaillet, so kann ein sozialistisches Individuum, selbst von der Geschicklichkeit eines Milerand, nur wie ein Mann ohne Auftrag teilnehmen. Er kann weder die wirklichen Dinge gewaltiam ändern, noch dem historischen und politischen Augenblick vorzukommen, noch entscheidende Reformen, die nur Stationen auf dem Wege zum sozialistischen Ideal sind, durchführen, kurz, er kann nicht der Vertrauensmann der sozialistischen Partei sein.

Und wenn in Ausnahmefällen die sozialistische Partei die Verantwortung der Zivilisation gegen die Rückkehr zur mittelalterlichen Barbarei verteidigt, so darf und muß er es thun, aber immer als Partei, niemals als Individuum ohne Auftrag seiner Kampfgenossen.

Zu diesem Fall hat er eine schwierige Stellung, die bei sehr zweifelhaften Vorteilen ganz sicher gewaltige Enttäuschungen hervorruft wird. Zwar werden diese den Fortschritt des Sozialismus nicht hindern, denn er ist das notwendige Produkt der sozialen Entwicklung; aber sie werden immer politische Verwirrung in die Masse der Sozialisten bringen, welche keine Geschichtsphilosophie treiben, sondern nur dem Einfluß der sich alltäglich abspielenden Dinge stehen.

Liebnecht.

Zu der Umfrage gab Liebnecht keine besondere Antwort. Er hatte sich in Bezug auf die Dreifus-Affaire Angelegenheit und die Taktik in der "Affaire" vorher schon eingehend ausgesprochen und seine deutschen Erklärungen waren in die französische Presse übergegangen und hatten sogar zu einer weiteren Erklärung in einem Pariser Blatte — dem "Temps" — geführt.

Liebnecht's Ansichten waren also in Frankreich bekannt. Und was den Eintritt Milerands in das Ministerium Baude-Rouffeu-Gaillet betrifft, so hatte Liebnecht auf den Wunsch

Quedde's und anderer französischer Freunde unterm 10. August ein ausführliches Schreiben an den Kongreß von Bern abgeschrieben. Um nicht bereits Gesagtes zu wiederholen, verwies Liebnecht in einem Briefe an die Redaktion der "Petite République" einfach auf jene Erklärungen und dieses Schreiben. Die Erklärungen liegen den deutschen Genossen vor. Das Schreiben, das auch in der letzten erschienenen Broschüre Liebnecht's "Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis" abgedruckt ist, lautet:

Meine Freunde!

Sie wissen, daß ich es mir zur Pflicht gemacht habe, mich in die Angelegenheiten der Sozialisten anderer Länder nicht einzumischen. Aber da Sie meine Meinung über die brennenden Fragen, die Ihren Kongreß und das ganze arbeitende und sozialistische Frankreich beschäftigen, zu kennen wünschen, und da diejenigen ihrer sozialistischen Landsleute, die in Bezug auf diese Fragen anderer Ansicht sind als Sie, sich ebenfalls an mich gewandt haben, so habe ich keinen Grund, mit meiner Meinung zurückzuhalten. Und es ist im Grunde doch auch keine uns Deutschen fremde Angelegenheit, die Sie jetzt in Frankreich beschäftigen.

Die Internationalität des Sozialismus ist eine Tatsache, die sich von Tag zu Tag mehr fühlbar und geltend macht. Wir Sozialisten sind eine Nation für uns — eine und dieselbe internationale Nation in allen Ländern der Erde. Und die Kapitalisten mit ihren Agenten, Verlegungen und gefügigen Gläubigen (dupes) sind ebenfalls eine internationale Nation, so daß wir in Wahrheit sagen können: es gibt heute nur noch zwei Nationen in allen Ländern, die eine die andere bekämpfend in dem großen Klassenkampf, welcher die neue Revolution ist — dem Klassenkampf, welcher gekämpft wird einerseits von dem Proletariat, vertreten durch den Sozialismus, andererseits von der Bourgeoisie, vertreten durch den Kapitalismus.

Und da der Kapitalismus die bürgerliche Welt (der Bourgeoisie) beherrscht, so sind, so lange der Kapitalismus herrscht, mit Notwendigkeit alle Staaten Klassenstaaten und alle Regierungen Klassenregierungen, dienend dem Jöden und Interessen der herrschenden Klasse, und bestimmend den Klassenkampf für die Bourgeoisie gegen das Proletariat zu führen. — Für den Kapitalismus gegen den Sozialismus, für unsere Feinde gegen uns, gegen uns. Vom Standpunkt des Klassenkampfes, dieser Grundlage des kämpfenden (militanten) Sozialismus, ist das eine Wahrheit, welche durch die Logik des Gedankens und der Thatfachen über jeden Zweifel hinaus gehoben ist. Ein Sozialist, der in eine Bourgeoiseregierung eintritt, geht entweder zum Feind über oder er giebt sich in die Gewalt des Feindes. In jedem Fall treibt ein Sozialist, der Mitglied einer Bourgeoiseregierung wird, sich von uns, den kämpfenden Sozialisten. Er kann sich vielleicht noch für einen Sozialisten halten, aber er ist es nicht mehr; er kann von seiner Ehrlichkeit überzeugt sein, aber dann hat er nicht das Befehl des Klassenkampfes begriffen — nicht begriffen, daß der Sozialismus den Klassenkampf zur Grundlage hat.

Heutzutage unter der Herrschaft des Kapitalismus kann eine Regierung, selbst wenn sie voll Wohlthätigkeit und von den besten Absichten befeuert ist, nichts Gutes für unsere Sache thun. Man muß sich vor Illusionen (Selbsttäuschungen) hüten. Schon vor Jahrzehnten sagte ich: wenn der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist, so der Weg zu Niedergängen mit Illusionen. In der heutigen Gesellschaft ist eine nicht kapitalistische Regierung eine Unmöglichkeit. Und der unglückliche Sozialist, den der Zufall in eine solche Regierung wirft, wenn er seine Klasse nicht verraten will, zur Ohnmacht verurteilt. Die englische Bourgeoisie hat das Aussehen, die Opposition durch Teilnahme an der Regierung zu lähmen, seit einem Jahrhundert gelernt, und es ist in England traditionelle Praxis aller Regierungen, daß das radikalste Mitglied der Opposition, welches wenigstens sich zu dem Spiel herzugeben, in die Regierung genommen wird. Der Mann dient den "Kollegen" als Dichtung und entspannt seine Freunde, die nicht auf ihn schließen können — wie man in der Schacht nicht auf die Gezeiten schließen kann, die der Feind vor sich gestellt hat.

Das meine Antwort auf die Frage betreffend den Eintritt eines Sozialisten in eine Bourgeoiseregierung.

Netzt zu der zweiten Frage: der Frage der Einheit und Einigung. Die Antwort wird nur blühen durch die Prinzipien und die Interessen der Partei. Sie bin für die Einheit der Partei — für die nationale und internationale Einheit der Partei. Aber es muß die Einheit des Sozialismus und der Sozialisten sein. Die Einheit mit Gegnern, mit Feinden, die andere Ziele und andere Interessen haben, ist keine sozialistische Einheit. Ihr müßt unter Einheit um jeden Preis und mit allen Opfern streben. Aber damit wir uns einigen und organisieren können, haben wir aller fremden und feindlichen Elemente uns zu entledigen. Was würde man von einem General sagen, der in Feindesland die Reihen seiner Arme mit Rekruten aus den Reihen der Feinde fällen wollte? Wäre das nicht der Gipfel der Thorheit? Wohlja: in unsere Arme — das ist in unsere Partei, die eine Arme ist für den Klassenkampf und Klassenkrieg — in unsere Arme Gegner hereinziehen, Soldaten mit den unsrigen entgegengelegten Zielen und Interessen — das wäre Wahnsinn, das wäre Selbstmord.

Auf dem Boden des Klassenkampfes sind wir unbeelegbar; verlassen wir ihn, so sind wir verloren, weil wir keine Sozialisten mehr sind. Die Kraft und Macht des Sozialismus besteht in der Thatsache, daß wir einen Klassenkampf führen, daß die arbeitende Klasse durch die Kapitalistenklasse ausgebeutet und unterdrückt wird, und daß, in der kapitalistischen Gesellschaft wirksame Reformen, welche der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung ein Ende machen, unmöglich sind.

Wir können nicht mit unseren Prinzipien schwachen, wir können keinen Kompromiß, keinen Vertrag mit dem herrschenden System schließen. Wir müssen mit dem herrschenden System brechen, es auf Leben und Tod bekämpfen. Es muß fallen, damit der Sozialismus siegen kann; und von der herrschenden Klasse können wir doch wahrhaftig nicht erwarten, daß sie selber sich und ihrer Herrschaft den Grundstoß giebt. Die Internationale Arbeiter-Association hat deshalb den Arbeitern gerechtigt: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Kein Zweifel, es giebt Bourgeois, die aus Rechtsgefühl und Menschlichkeit sich auf Seiten der Arbeiter und Sozialisten stellen.

Ich habe an diesen Erklärungen nichts zu ändern. Der weitere Verlauf der "Affaire" hat mich in meiner Ansicht nur bestärkt. Und wenn Bebel gemeint hat, falls in Deutschland eine ähnliche Affaire aufgetaucht wäre, so hätte ich anders gehandelt, so irrt er sich vollständig. Eine "Kampagne", die einen einzelnen Justizfall, der an sich nicht schlimmer ist als tausend andere, zum Mittelpunkt der gesamten Parteithätigkeit macht, würde ich unter allen Umständen verurteilen, und ich halte es für sehr unlogisch, jene Taktik in Frankreich zu billigen und den Eintritt Milerands in die Regierung zu verurteilen. Eins ist vom ändern nicht zu trennen. Die Frage in Bezug auf diesen Punkt ist in der Umfrage nicht richtig gestellt. Denn daß wir Sozialdemokraten, ohne gegen das Prinzip des Klassenkampfes zu verstoßen, an den Streitigkeiten der bürgerlichen Parteien teilnehmen können, das ist wohl von niemand bestritten, und von mir insbesondere mein ganzes Leben lang geübt worden.

Nebst dem wäre eine Dreifus-Affaire in Deutschland nicht möglich. Die Leiter und Vorkämpfer der "Kampagne" hätten nach wenigen Tagen hinter Schloß und Riegel geiffen.

Daß die Dreifus-Kampagne den Militarismus in Frankreich nur befestigt hat, wie ich voraussagte, wird manchem, der früher anders dachte, inzwischen klar geworden sein, und den anderen wird es noch klar werden.

Berlin, den 4. Oktober 1899.

Wilhelm Liebnecht.

allein das sind nur Ausnahmen. — Die Masse der Bourgeoisie hat Klassenbewußtsein, das Bewußtsein der Herrschenden und ausbeutenden Klasse. Ja, die Masse der Bourgeoisie hat, weil herrschende Klasse, ein scharferes und stärkeres Klassenbewußtsein, als das Proletariat.

Ich schreibe — Sie haben mich um meine Meinung befragt, ich habe sie Ihnen gesagt. An Ihnen ist es zu thun was die Principien und das Interesse der Partei Ihnen zu thun gebieten.

Grüßlichen Gruß dem Könige von Bayern. Hoch das Frankreich der Sozialisten und Arbeiter! Hoch der internationale Socialismus!

Weimar, den 10. August 1899.

W. Liebknecht.

Ed. Bernstein.

I. In der modernen Gesellschaft, in der die gesetzmäßigen Klassen-, Staats- oder Jurist-Privilegien verschwunden sind oder doch im Verschwinden begriffen sind, gehen die Streitigkeiten der politischen Parteien, gleichviel ob sie bürgerlich sind oder nicht, fast immer die Arbeiterklasse an.

Was soll man da von einem Prinzip denken, das dieser verbietet, gerade in dem Augenblick in diese Streitigkeiten einzugreifen, wo sie sich aus einfachen persönlichen Parteinereien zu Kämpfen gestalten, bei denen es sich um die politische Freiheit oder um die Menschlichkeit handelt? Das wäre ein Verbot an das Proletariat gleich, seine eigenen Interessen und seine Menschlichkeits-Ideen zu verteidigen. Ein solches Prinzip wäre eines des Schwachsinns, nicht aber des Klassenkampfes.

Das Nicht-Eingreifen kann verteidigt werden, indem man sich auf die Schwäche oder Unerschaffenheit einer Partei stützt, oder auf die Nichtigkeit des in Frage stehenden Gegenstandes, niemals aber im Namen des Klassenkampf-Prinzips. Im Gegenteil, sobald ein Lebensinteresse politischer Freiheit in Frage steht, würde man gerade gegen das Prinzip des Klassenkampfes verstoßen, wenn man nicht eingriffe.

Was die allgemein menschlichen Fragen anlangt, so zeigt schon die einfache Thatsache, daß die sozialistische Arbeiterpartei die Partei der Unterdrückten ist, daß keine dieser Fragen ihr fremd sein kann. Es genügt hier, auf die Haltung der Internationalen während des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten hinzuweisen, dieses „einzigen großartigen Ereignisses der modernen Geschichte“, wie Marx ihn im Kapital genannt hat. Obwohl die Parteien des Nordens Bourgeois waren, hat sich die Internationale für sie erklärt.

Der das Interesse der sozialistischen Partei an der Affaire Drehschneid bespricht, weil Drehschneid ein Bourgeois ist, schenkt mir den Klassenkampf in der modernen Gesellschaft mit dem Klassenkampf im Mittelalter zu verwechseln. Für die Hörsen kommt die Rechteverletzung der Edeln vielleicht eine sehr gleichgültige Sache sein; aber der moderne Arbeiter ist kein Hörsen und kann nicht die enge Auffassung eines Selbstigen haben.

II. Diese Betrachtungen führen mich zur zweiten Frage, die ich im Prinzip schon durch die eben abgegebenen Erklärungen beantwortet habe.

Wenn man die Notwendigkeit der politischen Thätigkeit im Allgemeinen zugiebt und somit man erkannt hat, daß eine Gesellschaft die notwendigen Stufen ihrer Entwicklung weder überspringen noch wegdiskretieren kann (Marx), so muß man auch anerkennen, daß bei der Entwicklung der modernen Nationen sich Zustände ergeben können, bei welchen die teilweise Festsetzung der Ministerialgewalt für die sozialistische Arbeiterpartei nicht nur etwas Geliebtes, sondern sogar eine außerordentlich wichtige Pflicht werden kann.

In welchem Maße die Teilnahme statthaben kann und statthaben muß, hängt von der Lage der Parteien und von der Natur der politischen Verfassung eines Landes ab. Ueber diesen Punkt im voraus eine dogmatische Feststellung zu treffen, würde heißen, im voraus über alle in der Zukunft möglichen Kombinationen eine Entscheidung treffen zu wollen. Jeder neue Fall bietet unserer Beurteilung das Material dar, um zu entscheiden, ob die gegebenen Verhältnisse den Eintritt der Partei oder einiger ihrer Mitglieder in eine Minister-Kombination zulassen oder erfordern. Grundsätzlich scheint mir jede Kombination zulässig, welche die allgemeine Stellung der Arbeiterklasse nicht schwächt und die dauernden oder höheren Interessen ihres Befreiungskampfes nicht einem zeitweiligen Vorteil aufopfert oder unterordnet.

In dieser Hinsicht wird es fast immer Schwierigkeiten und Erörterungen geben, die von den Unterschieden des Temperaments, des Urteils und der Erfahrung herrühren; das ist jedoch kein hinreichender Grund, sich der Verlogenheit der Wahl durch eine abstrakte Erklärung der Enthaltung zu entziehen. Ich kenne in der Politik nichts Dummes, als die allgemeinen Verzichtleistungen. Sie enden fast immer damit, das gegebene Versprechen zu brechen, und nötigen, um weiter zu kommen, zum Gebrauch einer falschlichen Coarctation, gleichgültig, ob es sich um die Verzichtleistung eines Cromwell handelt oder um ähnliche Verpflichtungen, die der Socialismus in keiner Weise auf sich genommen hat.

Für eine Partei, die weis, was sie will, und die sich als Hüterin der Interessen einer Klasse betrachtet, ist es wichtiger, zu erklären, sie sei entschlossen, nach den Erfordernissen des Augenblicks zu handeln und jede Verantwortlichkeit, die daraus entsteht, auf sich zu nehmen.

Karl Kautsky.

1. Im Interesse der Freiheit und Menschlichkeit an den Kämpfen zwischen verschiedenen bürgerlichen Parteien teilzunehmen, halte ich nicht für das Recht, sondern für die Pflicht des sozialistischen Proletariats.

Der Klassenkampf bildet ja nicht einen Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Erreichung des Zweckes; dieser höhere Zweck, dem alles untergeordnet werden muß, besteht darin, zur Entwicklung der Gesellschaft zu einer höheren Stufe der Vollkommenheit beizutragen. Der Klassenkampf ist hierzu das mächtigste Mittel, doch erfüllt der Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat bis jetzt noch nicht das gesamte politische und soziale Leben.

Die zahlreichen Gegensätze zwischen den verschiedenen bürgerlichen Klassen geben beständig zu politischen und sozialen Kämpfen Veranlassung, die keineswegs für die Entwicklung der Gesellschaft unwichtig sind. Diesen inneren Kämpfen der Bourgeoisie muß die Arbeiter-

zuschauen, anstatt thätig einzugreifen und die Sache des Fortschritts zu unterstützen, wäre für die Sozialisten geradezu Märsch.

Marx und Engels haben eine solche enge Auffassung des Klassenkampfes niemals vertreten, sondern das gerade Gegenteil schon im kommunistischen Manifest erklärt, und gegenüber dem russischen Schlagwort von der einen reaktionären Masse hat Marx betont (1875), es könne leicht dazu führen, die inneren Gegensätze und Kämpfe zwischen den nichtproletarischen Klassen zu vernachlässigen.

Neuquenterweise hat auch die Internationale für alle Unterdrückten Partei ergriffen, für die Unabhängigkeit Polens, für Home Rule in Irland, für die Nordstaaten gegen die Südstaaten während des Sezessionskrieges.

Mit unserem Votum wächst diese Verpflichtung. Denn je mehr die Proletarier von der bürgerlichen Demokratie zur sozialistischen übergehen, werden die bisher radikalen Bourgeois reaktionär. Zugleich mit dem Socialismus wächst auch die Reaktion.

Damit werden die bürgerlichen radikalen Parteien mehr und mehr unfähig, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Wenn aber die Sozialisten durch ihre Propaganda die bürgerliche Demokratie schwächen und sich gleichzeitig von ihren Kämpfen gegen die wachsende Reaktion fernhalten, so heißt das doch nichts anderes, als diese letztere begünstigen. Je mehr wir die bürgerliche Demokratie durch unsere Propaganda schwächen und zur Erfüllung ihrer historischen Aufgabe unfähig machen, um so mehr sind wir gezwungen, bei der Erfüllung dieser Aufgabe uns selbst an ihre Stelle zu setzen. Nur auf der Grundlage einer demokratischen Republik kann sich eine sozialistische Republik erheben.

2. Ob und in welchem Maße das sozialistische Proletariat an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen soll, ist eine Frage der Taktik, auf die es eine absolute und unbedingte Antwort nicht geben kann. In der Schweiz und in England scheint mir eine solche Teilnahme möglich, in Deutschland unmöglich. Aber gerade, weil ich keine unbedingte Antwort geben kann, so kann ich auch nicht behaupten, daß das Prinzip des Klassenkampfes einem Socialisten unter allen Umständen verbietet, in ein bürgerliches Ministerium einzutreten.

Unter normalen Umständen wird ein Socialist, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ebensowenig in ein Bourgeoisministerium eintreten wollen, wie ein Atheist in ein kirchliches, ein Republikaner in ein monarchistisches Ministerium. Seine Thätigkeit in einem solchen Ministerium könnte unter diesen Umständen kein anderes Resultat zeitigen, als das, ihn wie die Partei, die ihn führt, zu korrumpieren und kompromittieren.

Aber damit soll nicht gesagt sein, daß notwendigerweise das Prinzip des Klassenkampfes verletzt wird, wenn unter Ausnahmeverhältnissen und zu einem bestimmten Zweck Socialisten mit bürgerlichen Demokraten in einer Exekutivbehörde gegen einen gemeinsamen Feind zusammenwirken. Ein derartiges Vorgehen wird unter allen Umständen gefährlich sein, aber es kann eine Zwangslage eintreten, die es zur Not rechtfertigt.

Meine Meinung über den konkreten Fall, um den es sich besonders handelt, habe ich schon im „Vorwärts“ geäußert (am 1. August 1899). Hier will ich daher nur die allgemeine Seite der Frage hervorheben, und da kann ich nur erklären, daß ein solcher Schritt, wenn auch nicht unter allen Umständen unbedingt zu verwerfen, doch stets anormal ist, daß er sehr große Verantwortlichkeiten mit sich bringt und nur im äußersten Notfall unternommen werden darf.

Was jedoch das Prinzip des Klassenkampfes unter allen Umständen verlangt, ist die Organisation des Proletariats zu einer unabhängigen und geschlossenen Partei.

Das ist besonders in Zeiten nötig, die so kritisch sind, daß sie manches Parteimitglied den Eintritt eines Socialisten in ein bürgerliches Kabinett für erwünscht halten lassen. So das sozialistische Proletariat einig, fest organisiert und unabhängig ist, wird es auch am besten den Gefahren zu begegnen wissen, die aus dem Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Demokratie entstehen können.

Die Sozialisten außerhalb Frankreichs erwarten ungeduldig die Entscheidung des Nationalkongresses über den Fall Millerand. Aber welche Meinung auch jeder einzelne von uns über diesen Fall haben mag, vollständig einig sind wir in dem brennenden Wunsch, es möge dem Kongress gelingen, die Bande, welche das Proletariat Frankreichs einig, aufs engste zu schlingen, damit es die mächtigste Waffe in dem großen Kampfe gegen den Militarismus und Clerikalismus werde, der gegenwärtig dieses Land durchdringt.

Aus der Frauenbewegung.

In Hamburg hat sich ein Frauenkomitee gebildet, welches den Zweck verfolgt, im kommenden Winter Propaganda für die Frauenbewegung zu machen. Es sei hier gleich betont, daß von praktischer Arbeit vollkommen abgesehen wird und es sich nur darum handelt, die Bestrebungen der Frauenbewegung des In- und Auslandes in Hamburg zu verbreiten und dem Publikum zugänglich zu machen. Ferner stellt das Komitee sich die Aufgabe, den Frauen die rechtliche oder rätliche Stellung der Frau klarzulegen. Das Komitee hofft, seinen Zweck durch unentgeltliche, öffentliche Vorträge und durch Veranstaltung von Reichstagen zu erreichen.

Ein Frauentag, der in Verbindung mit der Generalversammlung des allgemeinen deutschen Frauenvereins in Königsberg tagte, beschloß eine Petition an den Reichstag zu richten, dahingehend, daß bei der Beratung der Gewerbeverordnungen die §§ 135—139b auch auf die Heimarbeit und die Hausindustrie ausgedehnt werden. Die nähere Ausarbeitung der Petition wurde der Arbeiterinnen-Anspruch-Kommission des Bundes deutscher Frauenvereine überlassen.

Ueber Frauennarbeit in Lemberg (Galizien) berichten die „Dokumente der Frauen“. Darin heißt es über die Beschäftigung von Frauen bei Hausarbeit und in Piegereien: Die Arbeit ist in beiden Gewerben hart, da sie in beständigem Tragen schwerer Lasten, wie Holz oder Ziegel, in ewigen Bücken oder Steigen besteht und in Piegereien 11, bei Bauarbeiten 10 Stunden dauert. Der Verdienst schwankt zwischen 40 und 60 Kr. (70 Pf. bis 1 Mk.) pro Tag und dauert selbstverständlich bloß während der wärmeren Jahreszeit. Vom November bis März oder April hört die Arbeit auf. Die

Piegearbeiterinnen sind besser situiert, da sie von heute an morgen nicht entlassen werden. Die Maurergehilfen müssen täglich auf einem Plage der Stadt warten, bis sie gemietet werden, und haben immer Konkurrentinnen in Arbeiterinnen, welche vom Lande zuziehen und billiger arbeiten wollen. Auch ist das Benehmen der Maurer und Werkmeister gegenüber weiblichen Gehilfen, welche abhängig von ihnen sind, oft höchst verlegend, so daß anständige Frauen nur durch Not gezwungen werden, bei der Arbeit zu bleiben.

Frauen im russischen Staatsdienst. Bestimmungen darüber, in welchen Verrichten Frauen angestellt werden können, enthält eine dieser Tage in der Gezeitsammlung veröffentlichte, vom Jaren bestätigte Resolution des Ministerkomitees. Danach können Frauen in den Kausleien und Rechnungskammern der Verwaltungen der Domänen und des Forstdepartements angestellt werden; sie genießen aber nicht die Rechte der Staatsbeamten, können also weder einen Rang erhalten, noch sind sie pensionsberechtigt usw. Dem Landwirtschaftsminister wird es anheimgestellt, demnach zu bestimmen, welcher Art die Arbeit in Rechnung- und Schriftweisen sein kann, die den Frauen im Staatsdienst zu übertragen ist, und in welcher Anzahl sie angestellt werden können.

Sociales.

Eine Brügelmess-Konferenz. Die Volksschullehrer-Konferenz der Stadt Halbesand nahm folgende Satze an:

1. Körperliche Züchtigungen können nach dem Urteile fast aller praktischen Schulmänner in der Volksschule nicht entbehrt werden; das Wort Gottes gebietet und das „Allgemeine Landrecht“ gestattet sie.
2. Die körperliche Züchtigung tritt erst ein, wenn die anderen Schulfestsetzungen sich als fruchtlos erwiesen haben.
3. Die Prüfung der Notwendigkeit einer körperlichen Züchtigung und die Verantwortung für dieselbe bleibt dem Lehrer allein überlassen.
4. Jede notwendig gewordene Züchtigung werde — mit Ausnahme in der Religionsstunde — sofort vollzogen.
5. Die Bestrafung der schweren Vergehungen der Schüler außerhalb der Schule werde den Eltern und Polizeibehörden übertragen.
6. Die körperliche Züchtigung muß sich nach Geschlecht, Alter und Charakter des Kindes richten.
7. Bei großer Erregung vermeide der Lehrer körperliche Züchtigungen.
8. Körperliche Züchtigungen, welche der Gesundheit des Kindes schaden, müssen vermieden werden.

Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß der neue Kultusminister den Gehalt seines Vorgängers bald aufheben möge.

Der Einfuhrzoll auf Steinkohlen von Oberschlesien nach Rußland-Polen ist von Rußland bis auf weiteres aufgehoben worden, weil die russischen Gruben, auf denen angeblich noch immer gestreift wird, nicht die nötigen Kohlen liefern können. Die ober-schlesischen Kohlenwerke sind deshalb in äußerst günstiger Lage. Die Russen bezahlen gern jeden nur einigermaßen diskutablen Preis. — Die Löhne steigen endlich auch in Oberschlesien. Es fragt sich nur, wie lange diese Schnitzzeit dauere.

Durch den Zusammenbruch eines Pfeilers auf der fiskalischen Königl. Laise-Grube sind zwei Häuser und Leben gekommen. Kohlenfall und Pfeilerzusammenbruch sind auch nach den offiziellen Berichten des Bezirks die häufigsten Todesursachen bei Unfällen von Bergleuten. In den gegenwärtigen guten Zeiten tritt der weniger ergiebige, gefahrlose Streckenabbau gegen den ergiebigeren, aber auch gefährlicheren Pfeilerabbau sehr zurück. Die guten Zeiten beglücken die Bergleute mit ihrem Leben. Gegen die genannten Unglücksursachen ist immer noch kein ernstliches Hilfsmittel versucht worden.

Veränderungen der Lohnhöhe und Arbeitszeiten englischer Arbeiter im Jahre 1898. Wie das englische Handelsamt die Veränderungen in der Lohnhöhe und für jeden Monat genau registriert und veröffentlicht, so gibt es auch jedes Jahr einen umfangreichen Bericht heraus, in welchem die Beobachtungen, für das ganze Jahr zusammengefaßt, wiedergegeben werden. Soeben ist der sechste dieser Jahresberichte, der für 1898, erschienen. Die „Labour Gazette“ bringt davon einen Auszug, dem wir folgendes entnehmen: Das Jahr 1898 war wieder ein Jahr großer Thätigkeit in Industrie und Handel, die Zahl der Arbeitstagen war verhältnismäßig die niedrigste seit vielen Jahren. Es war deshalb zu erwarten, daß die Löhne in die Höhe gehen würden; durch die Statistik wird bestätigt, daß die Zahl der Personen, denen eine Erhöhung des Lohnes zu gute kam, und die in Betracht kommende Summe eine höhere war, als in den letzten fünf Jahren. Nicht weniger als 1 016 100 Personen hatten im Jahre 1898 eine Veränderung der Lohnhöhe zu verzeichnen, gegen 697 444 im Jahre 1897. Von diesen erhielten 1 003 200 eine Erhöhung des Lohnes. Hierbei fehlen aber noch die Landarbeiter, Seelente und Eisenbahnbediensteten, von denen eine exakte Statistik nicht zu haben war; soweit aber was aus dem Erhaltenen ersichtlich, daß auch sie Lohn erhöhungen zu verzeichnen hatten. Die Summe, die der Arbeiterklasse dadurch mehr an Lohn zufließt, machte pro Woche 1 900 000 M. aus, oder im Laufe des Jahres beinahe hundert Millionen. Im vorhergehenden Jahre betrug das Mehr pro Woche nur 900 000 M.

Die Veränderungen der Arbeitszeit waren weniger erheblich. Weniger denn 40 000 Personen hatten eine solche zu verzeichnen; die Reduktion der Arbeitsstunden betrug pro Woche 82 000 gegen 285 000 im Jahre 1897. Sehr befriedigend, so heißt es im Bericht, sei der Umstand, daß der weitaus größte Teil der Arbeiter, nämlich 95 Proz., die Erhöhung des Lohnes ohne Arbeitsverlängerung erreichten. 75 Proz. erhielten den höheren Lohn durch direkte Unterhandlungen mit den Unternehmern, der Rest durch die Bestimmungen der gleitenden Lohnskala, durch Schiedspruch der Einigungs- und Schiedsämter.

Der Umstand, daß der größte Teil der Arbeiter die Lohn erhöhungen durch direkte Unterhandlungen mit den Unternehmern erhielten, zeigt, wie viel einsichtsvoller, entgegenkommender das englische Unternehmertum ist. Es dünkt sich nicht zu gut, mit den Arbeitern zu unterhandeln; damit wird mancher Streik vermieden, den deutsche Unternehmer durch ihr prozenthaftes Auftreten geradezu provozieren.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr, in Cohns Festsälen, Benthstrasse 19:
Vortrag des Rechtsanwalts Viktor Fränkl über:
„Bildungsbestrebungen der Arbeiter.“
Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammeln u. Tanz.
Eintritt 10 Pf. Gardorob 10 P.

Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal „Englischer Hof“, Neue Rosstr. 3 (oberer Saal):
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand (Wahl zweier Revisoren und einer Kommission zur Vorbereitung des Stiftungsfestes. 3. Anträge und Schlußangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert. 5/3
Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Marmorarbeiter Berlins und Umgegend.
Donnerstag, 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 19:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Der Streit bei der Firma Fink. 2. Bericht über den. — Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vertrauensmann.

Achtung!

Isolierer und Rohrenhüller.

Am Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal des Herrn Lange, Drogenstraße 15, eine
Außerordentl. Vereins-Versammlung
statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung!

Verein der Former.

Am Sonntag, den 15. Oktober 1899, in Louis Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Gr. Wohlthätigkeits-Matinee

zum Besten hilfsbedürftiger Mitglieder.
Auftreten der altrenommierten Steinmetz-Quartett-Sänger und Humoristen.
Anfang mittags 12 Uhr. Eintritt 30 Pfennig.
Um recht erge Beteiligung bitten
Der Vorstand, J. K. W. Friedrich.
Billets sind noch bei sämtlichen Vorstands- und Kommissionsmitgliedern zu haben.

Den Mitgliedern hierdurch nochmals zur Nachricht, daß unsere Jahres-Versammlung am Sonntag, den 8. d. M., vormittags 10 Uhr im Vereinslokal, Bispstraße 9 stattfindet und ist zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.
01/15

Achtung!

Sonntag, den 8. Oktober cr., vormittags 11 1/2 Uhr:
Öffentl. Mitgliederversammlung
der Orts-Krankenkasse d. Tischler u. Pianoortarbeiter Berl.
Bezirk A: Gabels Bronerei, Bergmannstr. 5-7.
Bezirk B: Kolberger Salon, Kolbergerstraße.
Bezirk C: Süd-Club, Waldemarstr. 25.
Bezirk D: Ströcher, Andreestraße 71.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung der Delegierten. Auffstellung von Kandidaten zur Generalversammlung. — Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch erforderlich. 122/11
J. A.: Der Vertrauensmann der Holzarbeiter Berlins: Otto Klinger, Grüner Weg 39.

Achtung! Spandau. Achtung!

Freitag, den 6. Oktober cr., abends 8 Uhr:
Öffentl. Gewerkschaftsversammlung
im Lokal des Herrn Wehe, Dicksdorferstr. 39. 200/13
Sämtliche Gewerkschaften sind eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen bitten. Der Obmann.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Tellezahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk.
Leipzigstr. 130, im Hause des
Vollkomm. schmerzlos. Zahnarztwoi, jetzt Hofphotogr. Scharwächter,
Zahnziehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. (b

Sozialistische Presse Deutschlands.

IV. Quartal 1899.

Central-Organ.

„Vorwärts“ Berliner Volksblatt, Beutstr. 2, SW. 19 Täglich erscheinend.

Wissenschaftliche Zeitschrift.

„Die Neue Zeit.“ Neue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furtwänglerstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

- Altenburg „Altenburger Volkszeitung“ Kunstgasse 12.
Bamberg „Norddeutsches Volksblatt“ Neue Wilhelmshaveners-
straße 38.
Bielefeld „Volksrecht“ Schulstr. 20.
Bonn „Volksblatt“ Postamtstr. 10.
Brandenburg „Brandenburger Zeitung, Märkisches
Volksblatt“, St. Annenstr. 33.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Hölle 4.
Bremen „Bremser Bürger-Zeitung“ Dankenstr. 21/22.
Bremervorstadt „Norddeutsche Volksstimme“ Am Markt 6.
Breslau „Volksmacht“ Neue Graupenstr. 6.
Cassel „Volksblatt für Hessen und Waldeck“ Hohenhofstr. 2.
Chemnitz „Volksstimme“ Uferstr. 14.
Dresden „Volksblatt für Anhalt“ Wallensteinstr. 5.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“
Weidenhellerweg 120.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Zwingerstr. 22.
Düsseldorf „Niederdeutsche Volksblätter“ Graf Adolph-
straße 43.
Erfurt „Freie Presse“ Kleine Klostergasse 10.
Erfurt „Tribüne“ Furtstr. 7 p.
Essen „Der Westfälische Volksfreund“ Gollingsplatz 9.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ Großer Fischgraben 17.
Fürth „Fürthener Bürger-Zeitung“ Königstr. 95.
Gera „Rheinische Tribüne“ Richardstr. 54.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Geisstr. 21.
Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.
Hannover „Volksblatt“ Großer Schippweg 4 p.
Hannover „Volksstimme“ Burgstr. 9.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Lorenzstr. 23.
Karlshagen „Volksfreund“ Werderplatz 31.
Kiel „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ St. Agatha 3.
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Mittelstr. 6/7.
Ludwigshafen „Rheinische Post“ Döggersheimerstr. 10.
Lübeck „Lübecker Volksbote“ Johannisstr. 50.
Münster „Münsterer Volksblatt“ Altstadt 20.
Magdeburg „Volksstimme“ Breiterweg 127.
Mannheim „Rheinische Volkszeitung“ (Rheinische Volksstimme)
Margarethenstraße 13.
Mannheim „Volksstimme“ R. 3, 14.
München „Münchener Post“ und „Münchener Volks-
zeitung“ Senefelderstr. 4 I.
Münster „Rheinische Tagespost“ Weizenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Große Marktstr. 25.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rodmaringasse 15.
Stettin „Volks-Bote“ König Ritterstr. 15.
Strasbourg i. G. „Freie Presse für Elsass-Lothringen“
Schillingstr., Wilhelmstr. 23.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1899.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

- Stuttgart „Schwäbische Tagespost“ Furtwänglerstr. 12.
Würzburg „Fränkische Volksblätter“ Stiefgängerpfaffen-
gasse 3.
Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.
Erfurt „Niederdeutsche Volksblätter“ Breitestr. 44.
Dortmund „Westfälische Volksblätter“ Adenstede,
Rouvenstr. 7.
Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
Gallenstein „Sächsisches Volksblatt“ Angelstr. für
Stadt und Land.
Forst i. S. „Märkische Volksstimme“ Frankfurterstr. 11.
Gotha „Volksblatt für die Herzogthümer Coburg und
Gotha“ Mohrenberg 7.
Görlitz „Sächsischer Volksfreund“ Leichstr. 2.
Greiz „Rheinische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Halberstadt „Halberstädter Arbeiterzeitung“ Patenstr. 37.
Hollfeld „Der Volks-Tribüne“ Knochenstr. 32 p.
Köln „Rheinische Volksblätter“ Postamtstr. 19.
Lößlingen „Bergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

- Nachen „Nachener Volksblatt“ Kirchstr. 14.
Dresden „Die Arbeiter“ Neue Graupenstr. 5/6.
Delmenhorst „Delmenhorster Volksblatt“ Koppelstr. 6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Ostgebirge“
Ober-Langenbielau, 2. Bezirk.
Zaandam „Leipziger Volksfreund“ (Zür. Waldpost)
Hörmannstraße 7.
Leipzig „Leipziger Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund)
Rodmaringasse 7.

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

- Bamberg „Die Nord-Bacht“ Neue Wilhelmshavenersstr. 38.
Berlin „Gazeta Robotnicza“ Andreevstr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote“ Höhe 4.
Dresden „Der arme Teufel“ Hallenstr. 10.
Gießen „Mitteldeutsche Sonntags-Zeitung“ Kirchen-
platz 11.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung“ Patenstr. 37.
Köln „Rheinische Zeitung“ (Wochenausgabe) St. Agathe 3.

Monatlich einmal erscheinend.

- Hannover „Der Bauernfreund“ Philipp Ludwigs-Anlage 9.

Wochenblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

- München „Süddeutscher Volksfreund“ Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jacob“ Furtwänglerstr. 12.

Illustrirte Unterhaltungsblätter.

- Berlin „In freien Stunden“ Beutstr. 2 SW. 19. Er-
scheint in Wochenheften.
Hamburg „Die Neue Welt“ Große Theaterstr. 44. Er-
scheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse Deutschlands.

IV. Quartal 1899.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

- Leipzig „Correspondent für Deutschlands Buch-
drucker und Schriftsetzer“, Salomonstr. 6.
Altenburg „Correspondent für die Arbeiter und Ar-
beiterinnen der Gut- und Filzwaren-
Industrie“, Wilhelmstr. 2, parterre.
Berlin „Die Arbeiter“, Organ des Vorklassen-
arbeiter-Verbandes, Charlottenburg,
Marktstr. 22 I.
Bielefeld „Leipziger Zeitung“, Reanderstr. 3.
Die „Einigkeit“, Organ der Vertrauensmänner-
Centralisation Deutschlands, Adalbertstr. 19 II.
Mg. Fahr-Zeitung, Schützenstr. 58.
Der „Wahlkreis“, Adenstr. 34.
Der „Steinbrücker“, Hirschg. Steinwegstr. 14.
Bonn „Deutsche Berg- und Hütten-
arbeiter-Zeitung“.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung“, Langestr. 100 I.
Burglände „Der Textilarbeiter“, Marienstr. 285.
Gotha „Schwarzacher-Fachblatt“, Mohrenberg 7.
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalcom-
mission der Gewerkschaften Deutschlands“,
Postvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8 I.
Der „Arbeiter“ (für Bau- und Hilfsarbeiter)
Gilde, Friedenstr. 4 p.
„Glad auf!“ (für Formex), Hamburg-Gilde,
Konventstr. 5.
Der „Grundstein“ (für Maurer), St. Georg, Neue
Bremmerstr. 19 I.
„Holzarbeiter-Zeitung“, Einsiedel, Bismarck-
straße 10.
„Bruder Schmied“, Ulfenhorst, Gerderstr. 21.
Haus 8 II.
Anzeigen für Schneider, Lehmsweg 41 II.
Verbands-Anzeiger für Maler etc., Barmbeck, Sogel-
weide 19.
Der „Zimmerer“, Barmbeck, Fehlfersstr. 28 I.
Leipzig „Buchdrucker-Wacht“, Mittelstr. 7.
Leipzig „Der Tabakarbeiter“ (für Cigarrenarbeiter),
Mittelstr. 7.
Leipzig-Zwickau „Graphische Presse“, Schöndlg.
Leipzig-Hannover „Drucker-Zeitung“, Burgstr. 9.
Sobian „Dresden“ (Der Buchhändler) (für Glas-,
Porzellan- u. Thonwaren-Arbeiter), Kleinfürststr. 34.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“, Weizen-
straße 12.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung“.
Stuttgart „Buchbinder-Zeitung“, Heufeldstr. 30.
Der „Handschuhmacher“, Gerderstr. 21 II.

Wöchentlich erscheinend.

- Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die
deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lech-
schüler-Verbande, Nauesgasse 4 b.
Berlin „Der Courier“, Centralorgan für die Inter-
essen der im Handels-, Transport- und Verlehd-
gewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, O., Wischof-
straße 13, u. I.
Die „Gewerkschaft“, Organ für die Interessen
der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen häuslichen
Betrieben, Berlin 30 W., Weidstr. 49.
Handlungsgehilfen-Blatt“, NO. Binien-
straße 242 I.
Der „Handels-Hilfsarbeiter“, Organ für
alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten
Hilfsarbeiter Deutschlands, O., Kommandanten-
straße 25 I.
„Lehrer-Zeitung“, N., Pringens-Allee 60.
„Sattler- und Tapezier-Zeitung“, N., Ju-
valdenstraße 118.
Mg. „Steinbrücker-Zeitung“, NW., Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Beruf
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reiniden-
dorferstr. 7.
Braunschweig „Barbier- u. Friseur-Zeitung“,
Nebenhaus 5.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-
Zeitung“, Buchgasse 10.
Hamburg „Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des
Bäcker-Verbandes, Adastr. 15/17.
Der „Schiffszimmerer“, Gilde, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung“, Organ für die Interessen
der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Markt-
straße 10, S. p.
Der „Kupfer-Schmied“, Gilde, Wandbäcker-
Gasse 180 II.
Der „Seemann“, St. Pauli, Hafenstr. 118.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Ar-
beiter und Arbeiterinnen), Lehmstr. 31 III.
Leipzig-Mendau „Zeitschrift für Gravüre und
Stereotyp“, Köhlerstr. 30 I. Georg Wagner.
Correspondenzblatt der Tapezierer, Ge-
meindestr. 19 I.
Pforzheim „Der Goldarbeiter“, St. Georgenstr. 50.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Inter-
essen der Arbeiterinnen, Furtwänglerstr. 12.

Monatlich dreimal erscheinend.

- Berlin „Der Töpfer“ (Fachblatt für Töpfer und
Biegler), Rosenhalestr. 57.

Alle 14 Tage erscheinend.

- Altenburg „Einigkeit“, Publikationsorgan für die
deutschen Müller und Konditoren, Pfeffer- und Lech-
schüler-Verbande, Nauesgasse 4 b.
Berlin „Der Courier“, Centralorgan für die Inter-
essen der im Handels-, Transport- und Verlehd-
gewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands, O., Wischof-
straße 13, u. I.
Die „Gewerkschaft“, Organ für die Interessen
der Arbeiter in Gasanstalten und sonstigen häuslichen
Betrieben, Berlin 30 W., Weidstr. 49.
Handlungsgehilfen-Blatt“, NO. Binien-
straße 242 I.
Der „Handels-Hilfsarbeiter“, Organ für
alle im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten
Hilfsarbeiter Deutschlands, O., Kommandanten-
straße 25 I.
„Lehrer-Zeitung“, N., Pringens-Allee 60.
„Sattler- und Tapezier-Zeitung“, N., Ju-
valdenstraße 118.
Mg. „Steinbrücker-Zeitung“, NW., Waldenstr. 18.
„Solidarität“, Organ aller im graphischen Beruf
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, Reiniden-
dorferstr. 7.
Braunschweig „Barbier- u. Friseur-Zeitung“,
Nebenhaus 5.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-
Zeitung“, Buchgasse 10.
Hamburg „Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ des
Bäcker-Verbandes, Adastr. 15/17.
Der „Schiffszimmerer“, Gilde, Konventstr. 5.
„Gärtner-Zeitung“, Organ für die Interessen
der Gärtner und ihrer freien Vereinigungen, Markt-
straße 10, S. p.
Der „Kupfer-Schmied“, Gilde, Wandbäcker-
Gasse 180 II.
Der „Seemann“, St. Pauli, Hafenstr. 118.
Hannover „Der Proletarier“ (für Fabrik- u. Ar-
beiter und Arbeiterinnen), Lehmstr. 31 III.
Leipzig-Mendau „Zeitschrift für Gravüre und
Stereotyp“, Köhlerstr. 30 I. Georg Wagner.
Correspondenzblatt der Tapezierer, Ge-
meindestr. 19 I.
Pforzheim „Der Goldarbeiter“, St. Georgenstr. 50.
Stuttgart „Die Gleichheit“, Zeitschrift für die Inter-
essen der Arbeiterinnen, Furtwänglerstr. 12.

Monatlich einmal erscheinend.

- Berlin „Der Bäcker“, Organ für die Interessen der
Bäcker-Gesellen Berlins und Umgegend, Köhlerstr. 101.
Correspondenz-Blatt des Verbandes der im
Bergoldberggewerbe beschäftigten Arbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands, Gollaschstr. 43, 4 Tr.
Der „Bureau-Angestellte“, N., Antonplatz 3 II.
„Deutsche Maler- und Geizer“, Organ
der Maler- und Verputzgenossen Deutschlands,
SO., Pflaferstr. 55.

Obige Zusammenstellung veröffentlicht wir zu Beginn
jeden Anwarts. In der Zwischenzeit sich ergebende Abwech-
selungen oder sonstige Veränderungen bitten wir uns beifolgt Vor-
merkung mitteilen zu wollen.

Berlin, den 3. Oktober 1899.

Der Parteivorstand.

Zur Kritik der Grundanschauungen unseres Programms.

Auch ein Beitrag zur Vernstein-Diskussion.

Als Punkt 7 steht bekanntlich diesmal auf der Tagesordnung
unseres Parteitag die Erörterung der „Angriffe auf die Grund-
anschauungen und die tatsächliche Stellungnahme der Partei“, und
vorwiegend wird es in Hannover zu nicht weniger erregten De-
batten kommen, wie auf dem vorjährigen Parteitag in Stuttgart.
Unter diesen Umständen wird manchem, der wohl einzelne Artikel
für und gegen Vernsteins Ansichten in der Tagespresse gefolgt
hat, dem aber die Gelegenheit zu einem Einblick in die Gesamt-
heit der wichtigeren von Vernstein aufgeworfenen Fragen bisher
fehlte, die kürzlich erschienene Schrift Kautskys sehr gelegen kommen,
da sie Vernsteins Hauptpunkte gegen unser Programm und unsere
Taktik geschildert zusammenfasst und in eingehender Weise, als einer
Tageszeitung möglich ist, beantwortet. Es bietet sich dadurch die
Möglichkeit, die verschiedenen Auffassungen einander gegenüberzu-
stellen und durch Vergleich der beiderseitigen verschiedenen Gründe
und Gesichtspunkte, selbst einen festen Standpunkt im bunten Nir-
und Wider zu gewinnen. Von den Delegierten, die in Hannover
ihre Entscheidung treffen sollen, werden zwar die meisten sicherlich
schon mit sich „im Reinen“ sein; immerhin dürfte auch ihnen die
Kautskysche Schrift manche neuen Gesichtspunkte und neuen Einblicke
für die Beurteilung der aufgeworfenen Probleme eröffnen.
Der „Vorwärts“ hat in Nr. 229/23 bereits eine ausführliche
Inhaltsangabe der Kautskyschen Gegenchrift gebracht, vielfach unter
wörtlicher Wiedergabe charakteristischer Ausführungen und Gegen-
gründe des Autors. Das enthebt mich der Aufgabe, dem Gedan-
kengang des Buches zu folgen und da und dort, wo ich diese oder jene
Frage gerne noch etwas breiter oder unter etwas anderem Gesicht-
spunkt behandeln möchte, kritische Notizen anzuhängen. Sie würden,
da ich in den hauptsächlichsten Punkten mit Kautsky übereinstimme, doch
nur als kleinliche nebensächliche Nörgelei erscheinen. Ich möchte lieber
die Gelegenheit benutzen, einige flüchtige kritische Blicke auf eine
bisher in der Polemik wenig beachtete Seite der Vernsteinschen Aus-
führungen zu werfen, auf seine Methodik, die Art und Weise seiner
Darstellung und Begründung. — Vielleicht trägt es etwas zur
Klärung der verschiedenen Ansichten bei, die über Vernsteins Schrift
im Umlauf sind. Zunächst ist der von Vernstein in letzter Zeit
viel erhobene Einwand, man habe ihn nicht richtig verstanden, keines-
wegs nur eine Parodie. Gegner und Anhänger haben ent-
schieden manches aus seinen Ausführungen herausgeholt,
oft auch „herausempunden“, was, genau genommen, nicht
darin steht. Auch Kautsky wird schwerlich der Vorwurf
erspart bleiben, hier und dort Vernsteins Meinung miß-
verstanden zu haben, und meines Erachtens nicht ganz mit Unrecht.
Aberdings ist das weniger Kautskys, als Vernsteins Schuld. Wenn
dessen eigene Freunde — und das läßt sich durch ein Nebeneinander-
stellen ihrer verschiedenen Referate unabweisbar nachweisen — nicht
zu einer einheitlichen Meinung über seine Ansichten zu kommen ver-
mögen, dann muß unbedingt in seinen Darlegungen eine gewisse
Uneinheitlichkeit und Vieldeutigkeit liegen. Man frage einzeln zehn
politisch gebildete Leute, die Vernsteins Buch gelesen haben, wie sie
seine Bemerkungen über das Verhältnis des Sozialismus zum
Liberalismus und seine daraus gezogenen Folgerungen für unsere
Taktik auffassen, und man wird zehn verschiedene Meinungen hören.
Eben deshalb hat auch bisher die Diskussion zwischen Vernstein
und seinen Gegnern fast gar keine für die Klärung der strittigen
Fragen in Betracht kommenden Resultate geliefert. Durchaus zu-
treffend sagt hierüber Kautsky im Vorwort seiner Schrift: „Ich habe
Diskussionen nie große Erwartungen entgegengebracht, kann je
hat sich eine solche als ein Mittel erweisen zu zeigen, auf welcher
Seite die Wahrheit liegt. Aber in der Regel sind sie vortrefflich
geeignet, vorhandene Gegensätze zu enthüllen und durch zum Aus-
druck zu bringen und dadurch auflösend zu wirken. Dies
erwartete ich auch von der Diskussion über das Vernsteinsche
Buch. Sie hat mich enttäuscht, mehr noch als das Buch selbst; die
Artikelferie über die Probleme des Sozialismus hatte etwas anderes

erwarten lassen. Wir können es heute nicht verstehen, daß die
ganz die Diskussion über das Vernsteinsche Buch recht unfruchtbar ge-
blieben ist. Je mehr sie fortschreitet, desto mehr fühlt sich Vernstein
mißverstanden — absichtlich mißverstanden — und desto weniger
wissen wir, was er eigentlich will.
Die Ursache dieses ergebnislosen Verlaufs der Diskussion liegt
darin, daß Vernsteins Schrift wie sein Standpunkt etwas Unfertiges
ist, eine lose Zusammenreihung von Einbräusen, Beobachtungen und
Reflexionen, — darunter mancher meiner Ansicht nach richtigen und
scharfsinnigen Beobachtungen, aber nicht unter bestimmte Gesicht-
spunkte zusammengefaßt, nicht zu einer einheitlichen Auffassung aus-
gestaltet. Vernsteins neue Auffassung ist noch erst ein Werden;
neben Werten der Marxschen Lehre finden sich, diesen widerstrebend,
neuere Erkenntnisse und Anschauungen, — und dieser Zustand der
Gärung findet seinen entsprechenden Ausdruck in der Unklarheit, in
der verflankulierten Behandlung der aufsteigenden Fragen.
Von diesem Gesichtspunkt aus, der meines Wissens noch sehr
wenig in der Diskussion zur Geltung gekommen ist, möchte ich mir
einige kurze Bemerkungen gestatten, zunächst zu Vernsteins Stellung-
nahme zum Liberalismus.
Kautsky stellt im zweiten Teil seines Abschnittes über die Taktik
die Frage „Selbständige oder unselbständige Politik?“. Er präzisiert
diese Frage dahin: „Soll das Proletariat sich als eine selbständige
Klassenpartei organisieren, oder soll es mit anderen Klassen zu-
sammen eine große demokratische Partei bilden“, d. h. unter Deutsch-
lands gegenwärtigen politischen Verhältnissen; sollen wir Programm
und Taktik der Sozialdemokratie derartig gestalten, daß sie allen
demokratischen Klassen oder Schichten geöffnet ist? Und darauf
unterwirft Kautsky das Wesen der Demokratie und erörtert die Frage,
inwiefern die deutsche Sozialdemokratie durch Abschmähung ihres pro-
letarischen Charakters und Aufnahme demokratischer Elemente des Klein-
bürgertums, der Kleinbauernschaft und der sogenannten Intelligenz
zu gewinnen vermag. Die Ausführungen Kautskys unterfahre ich;
aber hat Vernstein wirklich die von Kautsky oben formulierten
Fragen dem Sinne nach gefaßt oder auch nur die ihnen zu Grunde
liegende Auffassung verstanden? Nach meiner Ansicht nicht. Wohl
lassen sich einzelne Bemerkungen Vernsteins in dieser Richtung deuten,
wohl sind Vernsteins Ansichten von verschiedenen Seiten in dieser
Weise aufgefaßt worden, wie denn auch z. B. nach Dr. Simkowitz
die Vernsteinsche Bewegung in der Sozialdemokratie auf „grund-
sätzliche“ Umgestaltung der Partei zu einer „radikalen bürgerlich-
demokratischen Reformpartei“ gerichtet ist. So Prof. Diehl kommt sogar
zu dem Ergebnis, Vernstein sei ein „demokratischer Sozialreformer“,
der mit der süddeutschen Volkspartei die meisten Verähnlichungspunkte
habe. Dennoch trotz dieser und ähnlicher Hergehungen ist meines
Erachtens die obige Auffassung der Ausführungen Vernsteins über
Demokratie und Liberalismus ebenso unrichtig, wie jene von Friedrich
Dery. Vernstein empfiehlt nur „zuweilen zur Erreichung bestimmter
Ziele“ ein Hand-in-Hand-Gehen mit bürgerlichen Elementen. Beide
Auffassungen beruhen auf Verlängerung Vernsteinscher Gedanken
über den Punkt hinaus, wo er innegehalten hat, auf Folgerungen,
die er nicht gezogen hat. Was aber empfiehlt denn Vernstein für
eine Taktik?
Ich lasse hier Vernsteins Definition der Demokratie fort und
beginne gleich mit S. 129, wo er seine Erörterung des Liberalismus
mit dem Satz einleitet: „Schließlich wäre es auch zu empfehlen, in
Kriegserklärungen gegen den Liberalismus“ etwas Maß zu halten.“
Weshalb? Darauf antwortet Vernstein: „Es ist ja richtig, die
große liberale Bewegung der Reuzer ist zunächst der kapitalistischen
Bourgeoisie zu gute gekommen und die Parteien, die sich den Namen
liberal zulegen, waren oder wurden in Verlauf reine Schutzgarde
des Kapitalismus. Zwischen diesen Parteien und der Sozialdemokratie
kann natürlich nur Gegnerschaft herrschen. Was aber den Liberalismus
als weltgeschichtliche Bewegung anbelangt, so ist der Sozialismus
nicht nur der Zeitfolge, sondern auch dem geistigen Gehalt nach sein
legitimer Erbe, wie sich das übrigens auch praktisch bei jeder
prinzipiellen Frage zeigt, zu der die Sozialdemokratie Stellung zu
nehmen hatte.“ Und nun führt Vernstein fort zu erläutern, welche
bedeutenden freigeistlichen Anschauungen wir dem Liberalismus ver-
danken, d. h. nicht dem heutigen, sondern dem theoretischen klassischen
Liberalismus, jenem, der in der Demokratie „seine politische Form“

und in Rousseaus Gesellschaftsvertrag bzw. in der französischen Ver-
fassung von 1793 seinen „folgerichtigsten Ausdruck“ findet.
Über dieser damalige Liberalismus ist, wie Vernstein zugesteh,
völlig verschieden von dem sogenannten Liberalismus unserer
heutigen liberalen Parteien und somit ergibt sich die
Frage: in welchem Verhältnis steht jener Liberalismus zum heutigen
und was folgt für uns daraus in Bezug auf unser Verhalten zu
legitimer? Indes so weit reicht Vernsteins Erörterung nicht. Er
bricht kurz seinen Gedankengang ab, springt von der weltgeschicht-
lichen Bedeutung des Liberalismus ohne weiteres auf das liberale
Prinzip der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit über und zieht
dann aus seiner Darlegung den, wie er selbst sagt, „barmherzigen
Satz“ (S. 139), daß die Ertrümpfung der Demokratie, die Ausbildung
von politischen und wirtschaftlichen Organen der Demokratie die un-
erlässliche Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus ist.“
Jeder wird erwarten, Vernstein werde nun endlich, da er uns
doch in dem betreffenden Kapitel die Aufgaben und die Taktik der
Sozialdemokratie klarlegen will, dazu übergehen, uns auseinander-
zusetzen, was wir zu thun, wie wir unser Verhalten einrichten
hätten, um dieses nächste Ziel, die Ausbildung politischer und wirt-
schaftlicher Organe der Demokratie“ (was sind unter diesem
unbestimmten Ausdruck eigentlich für demokratische Institutionen zu
verstehen?) zu erreichen. Doch nein, Vernsteins Gedankengang
reicht schon wieder ab. Ohne irgend welches Eingehen auf Deutsch-
lands politische Verhältnisse wagt er die Versicherung hin,
daß in Deutschland das Bürgerturn doch nicht so reaktionär
sei, wie es scheint, daß seine Haltung nur eine Folge des Drohens
der Sozialdemokratie mit der Expropriation sei, und behauptet dann
(S. 139) kurzweg: „Sie (die liberalen Elemente des Bürgerturns)
mögen unsichere Kantonsen sein. Aber man erzieht schlechte Bundes-
genossen, wenn man ihnen erklärt, wir wollen euch helfen, den Feind
fressen, aber gleich hinterher fressen wir euch. Da es sich nun unter
seinen Umständen um eine allgemeine, gleichzeitige und gewaltthätige
Expropriation, sondern um die allmähliche Ablösung durch Organi-
sation und Gesetz handelt, so würde es der demokratischen
Entwicklung sicher keinen Abbruch thun, der inhaltlich ver-
derbten Freilegende auch in der Phase den Abschied zu geben.“
Das ganze Resultat der langen Untersuchung läuft also be-
scheidentlich auf die Mahnung hinaus, die sensiblen Kerne der ehr-
samten Liberalen nicht durch das Sprechen von einer zukünftigen
Expropriation zu erregen.
Doch nun wird Vernstein sicher Ernst machen und uns sagen,
wie wir uns den Liberalen gegenüber verhalten sollen, inwiefern
wir ihnen entgegen zu kommen haben, wo die Wahrung unserer
Grundsätze beginnt usw. Keineswegs, sein Gedankengang ist schon
wieder beim toten Punkt angelangt. Unvermittelt geht er dazu über
zu behaupten, daß es einer Diktatur des Proletariats nicht bedarf,
daß wir uns nicht gewaltthätig der politischen Herrschaft zu bemächtigen
brauchen, und dann schließt der Exkurs mit den tönenden Worten
des „Marion“: „Ausbildung einer wahren Demokratie — das ist,
dessen bin ich sicher, die dringendste und wesentlichste Aufgabe, die
vor uns liegt. Das ist die Lektion, die unsere zehn Jahre
sozialistischen Feldzugs gelehrt haben. Das ist die Lehre, die sich
aus all meinen Kenntnissen und Erfahrungen politischer Dinge er-
giebt. Bevor der Sozialismus möglich sein kann, müssen wir eine
Nation von Demokraten aufbauen.“
Das Kapitel ist zu Ende. Nichts als die Mahnung bleibt, für
demokratische Institutionen einzutreten — was wir seit jeher schon
gethan haben — und die Liberalen nicht durch die „Freilegende“ zu
erschrecken. Sonst ist alles Reibel, in dem nur unsichere und undeut-
liche Konturen auftauchen, jetzt etwas schärfer, dann im nächsten
Augenblick wieder im Nebel verschwindend. Nehmen wir z. B. nur
den Satz (S. 139), daß „viele Elemente des Bürgerturns“ lieber
gegen „eine andere Seite“, als gegen die Arbeiterfront machen,
lieber „der letzteren als der ersteren Bundesgenossen sein“
müßten. Ganz abgesehen davon, daß hier eine völlig unbedeutende
Behauptung aufgestellt wird, was befragt der Satz für unsere Taktik?
Soll damit nur etwas konstatiert werden, oder darf daraus die
Folgerung gezogen werden, wir müßten zu scharfe Forderungen
unseres Programms einzuweichen zurückstellen und mit diesen „vielen
Elementen“ zusammengehen? Und wenn, wie ist dieses Zusammen-

gehen gedacht: im allgemeinen oder nur in gewissen Fällen, bis wie weit, in welcher Form? Wer weiß es? Jedem steht frei, Bernsteins Gedanken nach seinem Ermessen fortzuspinnen, und da dies oft auch geschieht, entstehen natürlich bei Gegner und Freund die abweichendsten Auffassungen.

Wenn aber Bernstein in seiner Schrift auch nirgends klar sagt, wozu er will, sollte man wenigstens denken: dann jedenfalls doch später, als er bemerkte, daß fast niemand ihn verstanden hatte? Ebensoviele. Man lese nur Bernsteins Artikel „Meine Stellung zum theoretischen Teil des Exekutiv-Programms“ in Nr. 206 des „Vorwärts“ (vom 3. September). Bernstein weiß dort gegen die verschiedenen Deutungen, die sein Exkurs über Demokratismus und Liberalismus erfahren hat, nichts anderes zu antworten, als: „Wie die Demokratie oder sagen wir, das nötige Maß von Demokratie in Deutschland erkämpft werden kann, ist eine Frage für sich. Daß die bürgerlich-demokratischen Parteien dazu heute nicht die Kraft haben, weiß jedes Kind. Ich habe nur gewisse Ueberlieferungen hinsichtlich der Absichten der Socialdemokratie beifügen, weil sie den unter Umständen“) immerhin ins Gewicht fallenden Einfluß der demokratischen Elemente des Bürgerturns nutzlos schwächen müssen.“ Darum also die Diskussion der Taktik, — nur um die bescheidene Mahnung auszusprechen, die Liberalen nicht zu erschrecken, weil der demokratische Teil von ihnen „unter Umständen immerhin“) einen ins Gewicht fallenden Einfluß auszuüben vermag und dieser geschwächt werden könnte! Und dieser unter so unglücklichen Geburtsbedingungen geboren ist das ganze Produkt der Zeitgenossen? Etwas wenig.

Vielleicht wird man mir vorwerfen, ich hätte einen besonders schwachen Abschnitt in Bernsteins Schrift hervorgehoben. Das ist indes keineswegs der Fall; die Behandlung wirtschaftlicher Probleme ist nicht besser, und die Kritik der grundlegenden Sätze des marxistischen Socialismus“) ist noch schlechter. Nehmen wir z. B. Bernsteins Ausführungen über die Trusts und Kartelle (S. 76 ff.). Mehrfach sind sie so verstanden worden, als wolle Bernstein sagen, die Kartelle, wie sie sich in letzter Zeit entwickelt haben, vernichten der Produktions-anarchie Einhalt zu thun. Das ist eine völlig irrtümliche Deutung; Bernstein meint nicht die wirklichen Trusts, sondern die Trusts „an sich“, d. h. vorgestellte, nicht vorhandene reine Trusts, welche nicht die Besonderheiten und bösen Eigenschaften der wirklichen haben. Nachdem er sich gegen Hl. Luxemburgs Darlegungen gewandt hat, daß die Trusts ihren Zweck durch Bruchlegung eines Teils des accumulierten Kapitals zu erreichen suchen und ihre Profiteure auf dem inneren Markt in der Regel nur dadurch erzielen, daß sie das in der Produktion für den Inlandskonsum nicht verwendbare Kapital mit viel niedrigeren Profitraten fürs Ausland arbeiten lassen, fährt Bernstein (S. 79) wörtlich fort: „Aber handelt es sich hier wieder um Ablenkung der schädlichen Wirkungen der heutigen einfachen und potenzierten Schutzzölle, noch um Apologie der Unternehmerverbände. Daß die Kartelle zc. das letzte Wort der ökonomischen Entwicklung und geeignet seien, die Gegensätze des modernen Wirtschafts-

lebens dauernd zu beseitigen, ist mir nicht eingefallen zu behaupten. Ich bin vielmehr überzeugt, daß, wie in modernen Industriestaaten Kartelle und Trusts durch Schutzzölle unterstützt und verschärft werden, sie in der That zu Krisenfaktoren der betreffenden Industrie auswachsen müssen — wenn nicht zuerst, so jedenfalls schließlich auch für das „geheilte“ Land selbst. Es fragt sich also nur, wie lange die betreffenden Völker sich diese Wirtschaft gefallen lassen werden. Die Schutzzölle sind kein Produkt der Ökonomie, sondern ein auf ökonomische Wirkungen abzielender Eingriff der politischen Gewalt in die Ökonomie. Anders der kartellierte Industrieverband an sich. Er ist — wenn auch durch Schutzzölle treibhausmäßig begünstigt — auf dem Boden der Ökonomie selbst erwachsen; ein ihr wesensgleiches Mittel der Anpassung der Produktion an die Bewegungen des Marktes. Daß er gleichzeitig Mittel monopolistischer Ausbeutung ist oder werden kann, ist außer Frage. Aber ebenso außer Frage ist, daß er in der ersten Eigenschaft eine Steigerung aller bisherigen Gegenmittel gegen die Ueberproduktion bedeutet. Mit viel weniger Gefahr wie das Privatunternehmen kann er in Zeiten der Ueberfüllung des Marktes zu zeitweiliger Einschränkung der Produktion übergehen. Besser als dieses ist er auch in der Lage, der Schleuderkonkurrenz des Auslands zu begegnen. Dies leugnen, heißt die Vorzüge der Organisation vor anarchischer Konkurrenz leugnen. Das aber thut man, wenn man principieil in Abrede stellt, daß die Kartelle auf die Natur und Häufigkeit der Krisen modifizierend einwirken können. Wie weit sie es können, ist vorläufig eine reine Frage der Konjunktur, denn noch liegen nicht genug Erfahrungen vor, um in dieser Hinsicht ein abschließendes Urteil zu erlassen.“

Ich möchte die Preisgabe stellen: Wie kann dieser Wandwurm von Möglichkeiten, Bedingungen und Einschränkungen widerlegt werden, wenn auch sämtliche Hoffnungen, die seit ungefähr einem Jahrzehnt auf die regulierende Wirkung der Trusts und Kartelle gesetzt sind, sich als völlig nichtig erweisen sollten? Wer das fertig bringt, muß ein geistiges Unikum sein. Vielleicht nimmt Freund Kantakly an, durch seine an und für sich durchaus zutreffenden Ausführungen über die amerikanischen Trusts (S. 147 ff. seiner Schrift) etwas gegen Bernstein ausgerichtet zu haben. Allein das wäre eine Selbsttäuschung. Was jemand noch so klar nachweisen, daß die amerikanischen Trusts nicht einschränkend auf die Produktion gewirkt, daß ihre Gründungen zu den schwindelhaftesten Spekulationsmanövern geführt haben, daß sie in einzelnen Branchen die Konkurrenz gesteigert, in andern schwindelhafte Preissteigerungen verursacht haben, so wird Bernstein ruhig entgegnen: Ich habe ja selbst gesagt, daß wo in modernen Industriestaaten Kartelle und Trusts durch Schutzzölle unterstützt und verschärft werden, sie in der That zu Krisenfaktoren der betreffenden Industrie auswachsen müssen“. Zeigt ein anderer auf das deutsche Nothensyndikat und den Reichsteil desselben für die Eisenindustrie hin, oder weist er nach, wie durch die Kartelle die verschiedenartigsten Arbeiter, Handlungsbereisende und sonstiges kaufmännisches Personal, Zwischenhändler zc.) freigesetzt werden, so entgegnet Bernstein einfach: Ist Deutschland nicht ebenfalls ein Schutzland und habe ich zudem nicht selbst betont, daß der Trust ein Mittel monopolistischer Ausbeutung werden kann; überdies habe ich ja nebenbei auch noch

heraus, daß durch die Kartellierung die Gegensätze des modernen Wirtschaftslebens nicht beseitigt werden. Und beweist ein dritter, daß in einem Freihandelsland, also England, die Trusts bei einer Krise in einer Branche verschärfend durch ihre Konkurrenz gewirkt haben, so erklärt Bernstein einfach: Ich habe doch nicht gesagt, daß die Trusts in solchem Fall einschränkend wirken müssen, sondern nur, daß sie es leichter können, als einzelne Privatunternehmer, und habe aus Voricht außerdem noch hinzugefügt, daß über den Grad dieses Könnens noch die Erfahrung fehlt. Und so weiter ad libitum.

Aber welchen Inhalt hat denn Bernsteins Darlegung? So viel ich verfolge, ist gemeint, daß das Kartell „an sich“ (d. h. nicht das gewöhnliche vorhandene) die Fähigkeit besitzt, sich unter Umständen möglicherweise zeitweilig besser den Bewegungen des Marktes anpassen zu können, daß einzelne Privatbetriebe, daß aber selbst diese Fähigkeit ihrem Grade nach noch völlig unbestimmt ist und selbst im günstigsten Fall nicht geeignet erscheint, die Gegensätze des modernen Wirtschaftslebens dauernd zu beseitigen. Wer kann diese als möglich angenommene unbestimmte Möglichkeit leugnen?

Doch ich will die Geduld des Lesers nicht länger in Anspruch nehmen. Zudem genügt das Gesagte, um den Blick auf Bernsteins Methode zu lenken, die so manche von haben und dräben gefallene Vorwürfe erklärlich macht. Ich möchte nur bitten, mir nicht zu imputieren, als wolle ich überhaupt Bernsteins Begabung und Fähigkeit des logischen Denkens leugnen. Eine solche Behauptung wäre eine lächerliche Annahme von meiner Seite; es ist nur meine Ansicht, die ich schon gleich nach dem Erscheinen von Bernsteins Buch brieflich geäußert habe, daß in Bernsteins Auffassung noch größere und kleinere Reste marxistischer Gedankengänge unermittelt neben neueren Einsichten und Anschauungen liegen, daß, wenn der Ausdruck erlaubt ist, Bernstein seinen neuen Ideen-Mittelpunkt noch nicht gewonnen hat. Die Widersprüche in der Auffassung finden ihren Ausdruck in der Unsicherheit der Argumentation. Das ist nur zu erklärlich. Wer sich in Marx' Gedankengänge hineingearbeitet, wer gewissermaßen mit seiner historisch-materialistischen Betrachtungs- und Denkweise denken gelernt hat, der streift sie nicht so ohne weiteres ab, wie ein unfauler gewordenes Hemd. Vielleicht am richtigsten beurteilt Prof. Diehl — der, nebenbei bemerkt, außerordentlich eingenommen für Bernstein ist — dessen Wandlung, wenn er schreibt: „Bernstein ist Ideologe und hierdurch wird er wie durch eine Kluft von der marxistischen Richtung getrennt; und es ist auch keine Kluft vorhanden, die von der einen zur anderen Weltanschauung herüberführen könnte...“ Ich möchte nur hinzufügen, daß Bernsteins Ideologie aber noch zum Teil sich in marxistischer Gedankenhülle bewegt. Gerade deshalb erscheint mir vorerst ausgeschlossen, mit Bernstein zur Verständigung oder zu einer präzisen grundsätzlichen Scheidung zu gelangen. Erst muß er selbst seinen eigenen festen Standpunkt gefunden und von diesem aus einen Ueberblick über das umgebende geistige Terrain gewonnen haben, erst dann läßt sich mit Erfolg diskutieren.

Heinrich Cunow.

*) Die Sperrung der Worte rührt nicht von Bernstein her.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 5. Oktober.
Opernhaus. Der Bildhauer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wie die Alten Jungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Essing. Abschieds-Vorstellung von Cleopatra. (2 Akt.) Adriana Lecouvreur. (5 Akt.) F. Belmont. (5 Akt. Glanz-Szene.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ma cousine. — 1807. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Ehre. Anfang 8 Uhr.
Preuss. Colonne. Anf. 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Reise nach China. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagiatör. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Jagdfreuden. Vorber: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Odeon. Geschlossen.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Die Reise nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Rund um Berlin. Im Reiche der Seceffion! Anfang 7 1/2 Uhr.
Holla. Frau Emma. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Vollge. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Jubalabend. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Lauden. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehausgeschichte.
Molly: Laura Wallstein a. D. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, im halben Preisen: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß.

Metropol-Theater.

Bärenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schnitz.
Sensationeller Erfolg!
Der Schloß der Saison!
Täglich ausverkauft!
Jubel! Lachen! Staunen!
Um 9 Uhr:
Rund um Berlin.
Berliner Lokale von v. Julius Freund.
Mit feinsten Kostümen.
Um 10 1/2 Uhr:
Im Reiche der Seceffion.
Bermer das Brill. Oktober-Programm.
Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelms-Theater

Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Zum 26. Male:
Die Reise nach der Teufelsinsel
Burleske Abenteuer-Pötte mit Gesang und Tanz in 5 Akten von „Musik von Albert Richter.“
In Scene geht vom Dir. Max Samst.
1. Bild: Auf zu Dreyfus.
2. Bild: Verbündete Mächte.
3. Bild: Attentat und Verrat.
4. Bild: Das belagerte Haus.
5. Bild: Die Gerichtsverhandlung.
6. Bild: Apotheose.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, den 7. Oktober, nachm. 4 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung: **Der Rattenfänger von Hameln.**
Sonntag, den 8. Okt., nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Der Trompeter von Säckingen.**

Palast-Theater

früher Foen-Palast, Burgstraße 22.
Das durchweg neue tiefere große Oktober-Programm. Zum 1. Male in Berlin:
Vasilescu-Trio.
Unübertreffliche Meister-Hochturner am schwebenden Luftreife.
In dieser Follendung noch nie dagewesen!
Novität! Um 8 1/2 Uhr: Novität!
Susanne im Bade.
Original-Burleske m. Ges. in 2 Bildern. Hauptrollen:
Rich. Winkler und Wilhelm Fröbel.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Solleöffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Sarverkauf vom b. 11—1 Uhr.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21.
Rosen aus dem Süden.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Rosam. Soubrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Handkämpfer. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Palast-Theater

früher Foen-Palast, Burgstraße 22.
Das durchweg neue tiefere große Oktober-Programm. Zum 1. Male in Berlin:
Vasilescu-Trio.
Unübertreffliche Meister-Hochturner am schwebenden Luftreife.
In dieser Follendung noch nie dagewesen!
Novität! Um 8 1/2 Uhr: Novität!
Susanne im Bade.
Original-Burleske m. Ges. in 2 Bildern. Hauptrollen:
Rich. Winkler und Wilhelm Fröbel.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Solleöffnung 1 Stunde vor Anfang. Billet-Sarverkauf vom b. 11—1 Uhr.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21.
Rosen aus dem Süden.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Rosam. Soubrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Handkämpfer. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21.
Rosen aus dem Süden.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Rosam. Soubrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Handkämpfer. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Maehrs Theater

Oranienstr. 21.
Rosen aus dem Süden.
Das großartige Oktober-Programm.
Elsa Messer, Rosam. Soubrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr. Dobbriek, Champion-Handkämpfer. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Humorist.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gültig.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Dr. Fridtjof Nansen.
„Geschichte der Polarforschung“
(I. Centonar-Vortrag.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Panopticum

Geöffnet von früh bis abends.
Compagnia Posilippo.
Italienisches Instrumental und Vokal-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden Neu!
Derwische
aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dronatorstr. 72/73.
Zum 26. Male:
Der Plagiatör.
Thomas, Tolschor, Holmarding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Wintertop-Terzett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehel, Vieton, Ziehl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader).

Stettiner Sänger

Mehel, Vieton, Ziehl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader.
Zum Schluss:
Studes Pflanzfahrt.
Ensemble von Reffel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Tagesklasse 11—1 Uhr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 8. Oktober er.:
nachmittags 2 1/2 Uhr, im Ostend-Theater:
III. Abteilung: **Goethes Faust I. Teil**
und gleichzeitig VI. Abteilung 9 1/2 Uhr im Lessing-Theater:
Die Journalisten.
Die Mitglieder werden dringend gebeten, pünktlich zu erscheinen. Nachzügler erhalten nur die aussergeordneten Gallerieplätze.
Achtung! Die Zahlstelle No. 23 (früher bei Zubell), befindet sich jetzt bei Süss, Markgrafenstr. 102.
Billets a 50 Pf. zum Herbstfest am 14. Oktober in der Branerei Friedrichshain gelangen für Mitglieder in allen Zahlstellen zur Ausgabe. Den Mitgliedern wird angetragen, sich umgehend mit Billets zu versehen, da später die nicht gelösten auch an Nichtmitglieder verkauft werden.
Mitwirkende sind: Berliner Sinfonie-Orchester und Typographia. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Ausstellung von Gasjelbit- und Fernzündern

ist in den Räumen der Waageburger Feuerversicherungs-Gesellschaft, Eingang Zimmerstraße Nr. 25 I. Etage, täglich von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr geöffnet. Die Beichtigung steht dem Publikum gratis zur Verfügung und ist jedermann, besonders Besigern von Schaufelnern zu empfehlen. 2622*

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr:
Frau Luna
mit dem sensationellen Luftballon:
„Grigolatis“.
Otto Reuter
The Barras
Chavita
Yumata Tiero
Blossoms
Francis Gerard
etc. etc. etc.

W. Noacks Theater.

Braunauerstraße 18.
Heute, Donnerstag, 5. Oktober er.:
Der Stabstrompeter.
Voll mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Rammstedt. Musik von Steffens.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Eintritt (Korcorauf) 30 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr.
Eintritt 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernspr. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwain u. C. Emmerich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 26. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! Die weiße Henne. Novität!
(La poule blanche).
Laudenreise in 3 Akten von Demouguin und Mars. Deutsch v. Holten-Büder. Musik v. B. Roger. In Paris mit jenat. Erfolge über 500 mal gegeben.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut
erklärtigen Specialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Eintritt:
Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf.
23689*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

Frau Luna

mit dem sensationellen Luftballon:
„Grigolatis“.
Otto Reuter
The Barras
Chavita
Yumata Tiero
Blossoms
Francis Gerard
etc. etc. etc.

W. Noacks Theater.

Braunauerstraße 18.
Heute, Donnerstag, 5. Oktober er.:
Der Stabstrompeter.
Voll mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Rammstedt. Musik von Steffens.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Eintritt (Korcorauf) 30 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr.
Eintritt 50 u. 75 Pf.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:
Tanz-Kränzchen.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernspr. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwain u. C. Emmerich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 26. Mal mit vollständig neuer Ausstattung:
Novität! Die weiße Henne. Novität!
(La poule blanche).
Laudenreise in 3 Akten von Demouguin und Mars. Deutsch v. Holten-Büder. Musik v. B. Roger. In Paris mit jenat. Erfolge über 500 mal gegeben.

Alcazar-Theater

Variété I. Ranges
Dresdenerstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut
erklärtigen Specialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Eintritt:
Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf.
23689*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

Arbeiter-

Notizkalender

1900
Gr. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.

Aus dem Inhalt haben wir heroor:
Zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Vertrags-, Wechsel-, Nachlass-, Erbschafts-, Ehe- und Scheidungs-, uneheliche Kinder, Erbrecht). — Die Reichstagswahlen von 1898 mit Angabe der in jedem Wahlkreise auf jede Partei abzugebenen Stimmen, unter Beifügung der sozialdemokratischen Stimmen und Prozentanteile von 1892. — Portraits und Biographien der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesstaaten. — Arbeiter- und Arbeitervereine der Fabriksinspektoren, der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Arbeitersekretariate, Gewerkschaften für Metzger, Postboten, Buchhändler und Ungehobenen zc.

Wie die früheren Jahrgänge dürfte auch der für 1900 heraus gegebene Notizkalender, auch den diesjährigen Kalender in einem praktischen Nachschlagebuch für Gewerkschaften zu gestalten.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Guthstr. 2.

H. Grupps Tanz-Institut.

Annenstr. 16 (früher Klubhaus).
Sonntag-Abend-Kursus von 8 bis 10 Uhr.
Dienstag-Abend-Kursus von 8 bis 10 Uhr.
Säle und Vereinzimmer für Versammlungen u. Festlichkeiten. [2604*]

Selten günstiger Gardinenkauf

bei **Bruno Güther**
aus Plauen in Sachsen.
Gegründet 1899.
Hoflieferant 2622*
Sr. H. Herzog von Sachsen-Altenburg.
So Grüner Weg So
parterre Eing. v. Flur. (Kohn Laden)
Engl. Tüll-Gardinen
von den billigsten bis zu den elegantesten.
Neueste Gewebe und Muster in Tüll, Tüllspachtel, Mull mit Tüll und Mull-Gardinen (auch Reste).
Proben nach ausserhalb kostenfrei.

Wöbel

auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97
parterre, Eingang vom Flur. I.